

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Mark für ein Jahr, frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen am Bestellen, Eisenbahn, Holland, Ostpreußen, Ostgalizien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeheilte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungs-Aussagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pf. (zweimalige 2-zeilige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußverträge gelten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. September 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Verbrecherischer Leichtfinn.

(Zum zweiten Balkankriege.)

Von Janko Sakafoff, Sofia.

Seit mehr als zwei Monaten durchlebt man in Bulgarien die schwersten und peinlichsten Stunden, die einem Volke in der neueren Zeit je beschieden sind. Mitten in der endlich wiederkehrenden Zubericht auf eine bessere arbeitsreiche Zukunft, wurden wir alle durch das Gerücht überrascht, an der Grenze sei gegen Serben und Griechen ein Kampf im Gange, der schon einige Tage dauere. Man war bestürzt, man wußte nicht, was die Feindseligkeiten herbeigeführt haben könnten.

Noch am 15./28. Juni war, wie man bestimmt wußte, die Regierung entschlossen nach Petersburg zur Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten der Balkanstaaten zu gehen. Die serbische Stupschina hatte beschlossen, die Frage der Verteilung der strittigen Gebiete dem Schiedspruch des Jaren zu überlassen. Ein russischer Dampfer in Borna wartete auf den bulgarischen Ministerpräsidenten Danev und die endgültige Abreise sollte jeden Tag erfolgen. Alles hing an dieser Entscheidung der serbischen und bulgarischen Regierung, den Gebietsstreit in Petersburg mit den anderen Balkan-Präsidenten zusammen zu entscheiden. Diesen Entschluß herbeizuführen und alle dagegen wirkenden chauvinistischen und militärisch-nationalistischen Einwirkungen zu bekämpfen und niederzuhalten — darin bestand in Bulgarien wie in Serbien die Aufgabe aller nüchternen Politiker.

Und nun die Nachricht von dem „auf der ganzen Linie, vom Ägäischen Meere bis zu der Donau“, ausgebrochenem Kampfe! Wer war der Urheber? Doch nicht die bulgarische Regierung, die ihre Vorbereitungen zur Abreise ihres Vertreters getroffen hatte, oder die serbische Regierung, die in der Stupschina den Beschluß hatte fassen lassen, sich dem Jaren zu unterwerfen?

Der Anfang der Feindseligkeiten fiel auf den 17./30. Juni, die Nachricht davon wurde am nächsten Tage verbreitet, und bereits am dem folgenden wurde offiziell bekannt gemacht, daß die Regierung einen Befehl an die Armeekommandos zur Einstellung der Kämpfe gerichtet hätte. Es war offenbar: die Regierung wollte den Krieg nicht.

Man atmete frei auf, doch nur für allzu kurze Zeit, denn am nächsten Tage erfuhr man, daß zwei bulgarische Regimenter von einer serbischen Division überrumpelt und zersprengt worden seien, und noch am demselben Abend verbreitete man „zum Ersatz“ das Gerücht, eine serbische Division (die Timof-Division) sei von den bulgarischen Truppen teils gefangen genommen, teils zersprengt worden. Alle Herzen waren beklümmert. Der Krieg, der gefürchtete, grausame Bruderkrieg schien nicht mehr aufzuhalten.

Die Ereignisse in den darauffolgenden Tagen bestätigten diese Befürchtungen. Der oberste Befehlshaber der bulgarischen Armee wurde abgesetzt, eine neue Dislokation der Heereskräfte angeordnet und all die vielen Soldaten und Offiziere, die man in letzter Zeit beurlaubt hatte, wurden wieder zurückberufen. Es war zweifellos, daß erst jetzt die endgültigen Maßregeln für den schon begonnenen Krieg getroffen wurden. Diesem Gedanken hat auch der bulgarische Ministerpräsident Ausdruck gegeben in seiner übrigens sonst sehr verlogenen Erklärung, in der er betonte, wenn die bulgarische Regierung den Krieg gewollt hätte, so würde sie ihn diplomatisch und militärisch vorbereitet haben.

Und in der Tat, man sah mit Erstaunen, daß die bulgarischen Truppen, die längs der serbischen Grenze um Sitov, Alegonah und Sakschar einige 30 bis 40 Kilometer eingedrungen waren, zurückbefohlen wurden, um zum Teil nach anderen Richtungen gerückt zu werden. Ein unbegreiflicher Unsinn wäre die ursprüngliche Disposition der Truppen gewesen, wenn man annehmen sollte, daß der Krieg von der bulgarischen Regierung absichtlich angezettelt worden sei.

Nicht minder erstaunlich wirkten die gleich darauf folgenden Nachrichten, daß Rumänien mit dreihunderttausend Mann nach Bulgarien vom Nordosten her eingedrungen sei und daß die Türkei nach Adrianopel mit bedeutenden Kräften vom Südosten marschiere. Wer von den Eingeweihten konnte annehmen, daß bei einer solchen diplomatischen Konstellation eine Regierung einen Krieg gewagt hätte?

Und doch wurde es bald dem Volke klar, daß es nicht die serbische Militärliga war, die mit der Entscheidung der Stupschina unzufrieden, den Krieg angezettelt hatte. Zwar hatten die Griechen die bulgarische Garnison in Salomki gewaltsam entwaffnet und gleich darauf alle Maßregeln zum Vorrücken ihrer Truppen getroffen, aber auch diese hatten die Bulgaren zuerst angegriffen. Alle verwundeten Soldaten, die in die Heimat zurückkehrten, bestätigten diese Vermutungen.

Was für einem Zweck konnte eine solche Provokation des Krieges dienen mit Greece, die seit Monaten hinter dem Rücken von Bulgarien eine rumänische und eine türkische Invasion vorbereitet hatten? Man suchte die Achseln und die Schläge, die dann kamen, nahm man ohnmächtig fluchend und jähneknirschend hin.

Und es ging immer schlimmer. Die Rumänen waren bis einige Kilometer weit von Sofia vorgeedrungen. Der Weg der Verproviantierung der bulgarischen Armee war abgeschnitten. Die an der Westgrenze gegen die Serben kämpfenden

Truppen waren zwischen die Serben und Rumänen geraten. Die Türken hatten die unlängst „befreiten“ Länder wieder okkupiert und die alte bulgarische Grenze überschritten. Die Bevölkerung Südbulgariens, ihr Hab und Gut im Stich lassend, flüchtete nach Norden. Die bulgarischen Truppen kämpften verzweifelt mit der lähmenden Sorge, daß unterdessen ihre Heimstätten von Rumänen und Türken beraubt würden. Die ausländischen Vertreter in Sofia versammelten sich um zu entscheiden, ob es in Bulgarien noch eine Regierung gibt. Ein rumänisches Flugzeug zog zwei Tage hindurch seine Kreise über der Hauptstadt Bulgariens.

Da gab die Regierung Danev's ihre Demission und der „König der Bulgaren“ wurde gezwungen, einen Rat der oppositionellen Parteien einzuberufen, um über die Lage des Landes zu entscheiden.

Es war zu spät. Dem heranziehenden Unheil war nicht mehr zu entinnen. Bulgarien mußte den bitteren Kelch bis zur Reize leeren. Der Bulgarer Friede hat es zugunsten Serbiens der größten Teile Mazedoniens beraubt und ließ ihm nur die fahlen Höhen der Pirius- und der Rhodope-Gebirge. Die Griechen nahmen Kawalla am Ägäischen Meere, Serres, Drama. Die Rumänen stellten die fruchtbaren Gebiete von Putrafan, Dobritsch, Valschit ein, und die Türken suchten es von dem Ägäischen Meere und Thrazien ganz zu vertreiben. Die Bulgaren, so scheint es, müssen jetzt froh und dankbar sein, wenn ihre Nachbarn und Verbündeten ihnen die Gebiete, die sie vor dem Kriege hatten, noch lassen.

Zweihunderttausend Männer geopfert, zwei Milliarden Staatsschulden kontrahiert, das ganze Arbeitervolk nahe an den Ruin gebracht, zwei Millionen von Nationsgenossen der Entnationalisierung preisgegeben, als das grausamste und unmenslichste Volk in der gebildeten Welt ausgehrien — wie konnte ein arbeitames, nüchternes Volk, wie es die Bulgaren sind, zu solchem schrecklichen Ende getrieben werden?

Dieser Gedanke zerfrisst wie eine ätzende Säure das Bewußtsein des gegläuteten und geplogten Bürgers und Bauers und fordert gebieterisch Antwort.

Es wäre falsch, wollte man all diese Resultate auf eine einzige Ursache oder auf eine einzige Person zurückzuführen. Wenn man auch darauf verzichtet, Handlungen der bulgarischen Regierung nach der Schlacht von Lüle Burgas, als der Großwesir Riamel Pascha um den Frieden bat, zu kritisieren, so muß man doch hervorheben, daß seit diesem Datum, 18./31. Oktober 1912, die bulgarische Regierung keine vernünftige Aktion unternommen hat, um das eroberte Territorium dauernd zu behalten. Die waghalsige Forcierung der Tschataldchalinie, der Abbruch der Friedensverhandlungen, die Wiederaufnahme des Krieges, die Erstürmung von Adrianopel und endlich der Bruch mit den Verbündeten — all das waren Fehler einer Politik, die nicht genau wußte, was sie unangefochten erreichen konnte. Freilich haben die Serben und die Griechen die Gelegenheit benützt, während die bulgarische Armee bei Tschataldchah und Galipoli beschäftigt war, um ihre territorialen Forderungen zu vergrößern, aber dazu hat sie die bulgarische Politik der Ausdehnung nach dem Osten selbst getrieben.

Und nun der letzte und größte Schlag — der Krieg mit den Verbündeten.

Wir haben ausgeführt, daß die bulgarische Regierung den Krieg mit den Verbündeten nicht gewollt und nicht vorbereitet hatte. Die Regierung wußte genau, daß die Rumänen nicht befreundet waren, und die rumänische Regierung hatte ja auch offiziell bekannt gemacht, daß sie sich nicht neutral verhalten werde. Die Türkei hatte ihre Armee nicht demobilisiert und eine neue Grenzregulierung verlangt.

Und dann die militärische Seite des Dramas. Die Heeresleitung und die Regierung waren sehr genau und von kompetenter Seite informiert über den Geist der Truppen. Es gab Putzsch und Gewalttaten gegen die Obrigkeit noch während der Verhandlungen mit den Türken. Die kommende Ernte machte die Bauern toll. „Lassen Sie uns freiwillig nach Hause, sonst gehen wir ohne jemand zu fragen“ — so lauteten die Erklärungen der Bauern. „Wir haben es satt, hier in den nassen Schlangen zu schlachten, wir sehnen uns nach der lieben friedlichen Arbeit“ — das war die Lösung, die die Reihen der bewaffneten Bürger besetzte. Die Nachrichten, die von der serbischen Grenze kamen, sagten dasselbe: Die Truppen wollen nicht kämpfen, sie drohen, die Offiziere zu entwaffnen. Man muß die friedliche Lösung mit den Verbündeten beschleunigen, sonst ist nichts sicher.

Dieser Zustand der Truppen war der Regierung und der Heeresleitung ebenso bekannt wie die verzweifelte diplomatische Situation. Wie konnte also die Regierung es unterlassen, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern?

In der Regierung Danev-Geshow lebten von vornherein zwei Seelen. Sie war auf das nationalistische Programm verpflichtet und wollte den chauvinistischen Elementen den Wind aus den Segeln nehmen; zugleich sah sie aber die tatsächlichen Verhältnisse, den Verlauf der militärischen und diplomatischen Ereignisse, der die Forderungen dieser Elemente als unerfüllbar erscheinen lassen mußte. Man wußte, daß Petersburg mehr die serbischen und die griechischen Präntensionen zu unterstützen geneigt war, als die bulgarischen. Man fürchtete aber die Agitation und die Rache der Nationalisten und der Mazedonier, wenn man sich nachgiebig gegen

Serbien gezeigt hätte. Der Ministerpräsident Danev soü Drohbriese erhalten haben, die ihn vor dem Gang nach Petersburg warnten, und er plante, wie es heißt, mit einem Automobil bis zu einer zweiten Station zu fahren, um seine Abfahrt nach Rußland zu verbergen.

Das war die alte Geschichte des Kampfes der nationalistischen Elemente gegen die Russenfreundschaft, und diesem Kampf ist Bulgarien zum Opfer gefallen.

In der Nacht vom 16./29. Juni hat das Armeekommando vom Hauptquartier den Befehl bekommen, einige Höhen der serbischen und griechischen Befestigungen zu erstürmen, um, wie es in dem einen Befehl heißt, die Intervention Europas zu erlangen. Am zweiten Tage gab man den Befehl, die Feindseligkeiten einzustellen, was in der Tat geschah, zum Verderben der bulgarischen stürmenden Kolonnen. Die Serben und die Griechen, genau unterrichtet und vorbereitet auf die Lage der Dinge, kummerten sich nicht mehr um den Gegenbefehl und der Krieg brach aus.

So verbrecherisch-leichtfinnig setzte man die Zukunft des ganzen Landes auf die eine Karte der vermeintlichen Intervention Europas, von der man eine richtigere Verteilung der strittigen Gebiete erwartete, ohne sich darum zu kümmern, ob diese Intervention möglich war und ob sie gleich erfolgen werde, ob die Gegner auf eine solche eingehen und ob die hinter dem Rücken Bulgariens stehenden Rumänen und Türken diese Intervention nicht überflüssig machen würden, wie es dann in der Tat geschah.

Diesem unbegreiflichen Leichtfinn der Regierung verdanken wir jetzt nicht nur die Verstümmelung Bulgariens, sondern auch die Schaffung einer Lage auf dem Balkan, die nichts Erfreuliches in sich birgt und die vielmehr der Anfang einer Periode erbitterter nationaler Kämpfe zwischen den Balkanstaaten bedeutet. Nur einen erfreulichen Ausweg sehen wir aus dieser Lage und das ist die Erstarkung der Demokratie und namentlich der Sozialdemokratie in Bulgarien und Serbien, die allein die Richtung der ruhigen inneren und äußeren Entwicklung des Balkans anbahnen kann. Der Aufschwung in Serbien wie die Demütigung in Bulgarien werden in beiden Ländern einen günstigen Boden schaffen, auf dem sich eine starke Volksbewegung für die innere Freiheit und Selbstbestimmung der hier wohnenden Völkerschaften entwickeln wird, die den nationalen Gegensätzen ein Gegengewicht bieten wird. Der zehnmonatige verheerende Kriegszustand und die Rolle der Sozialdemokratie bei diesem Kriege, die sich die Herzen aller Uninteressierten erobert hat, sind eine reiche Saat, aus der die innere Freiheit der Nationen einst sprechen wird.

Klassenjustiz. *)

Die nächste große Schlacht, die auf dem politischen Schlachtfelde zwischen den Vorkämpfern und den Feinden der Arbeiterklasse gekämpft wird, betrifft menschlicher Voraussicht nach die Strafrechtsreform. Hier dreht es sich für uns in erster Linie nicht um juristische Quisquilien, sondern um das, was wir als Klassenjustiz zu bezeichnen pflegen. Als eine treffliche Materialsammlung für jene bevorstehenden Kämpfe ist die Schrift des Genossen Kuttner zu begrüßen. Sie ist gleich wichtig als Belehrungsmittel für unsere Freunde wie als Kampfmittel gegen unsere Gegner. Wohl kaum einer der aus unseren Reihen ständig erhobenen Vorwürfe wird von den herrschenden Kreisen mit derartiger Entrüstung zurückgewiesen, als der Vorwurf der Klassenjustiz. Und wenn wir dann einzelne Entscheidungen anführen, aus denen sich mit Sicherheit ergibt, daß die betreffenden Richter bei Fällung ihres Urteils in Klassenvorurteilen befangen waren, also Klassenjustiz geübt haben, dann schallt uns wohl die Entschuldigung entgegen, daß es sich um vereinzelte Mißgriffe handelt, um Ausnahmen, die man nicht verallgemeinern dürfe. Wenn wir aber in Zukunft unseren Gegnern den Band des Genossen Kuttner präsentieren, in dem auf 138 Seiten viele Hunderte derartige Urteile in trautem Verein zusammengestellt sind, dann dürfte so mancher, der sich jetzt bei dem Vorwurf der Klassenjustiz empört ausbäumt, recht fleinlaut werden, besonders da gegenüber dieser Schrift auch nicht einmal die beliebte Entschuldigung gestammelt werden kann, daß es in letzter Zeit besser geworden sei. Bringt doch die Broschüre nur Urteile aus den letzten fünf Jahren!

Genosse Kuttner beschränkt sich in seiner Arbeit auf das Gebiet des Strafrechts. Mit Recht hebt er jedoch hervor, daß auch das Gebiet des Zivilrechts und des Verwaltungsrechts reiche Ausbeute gewähren würde.

Den ersten Teil seiner Arbeit widmet der Verfasser den „Organen der Klassenjustiz“. Er zeigt an prägnanten Beispielen, wie windig es um die Unabhängigkeit unserer Richter bestellt ist, geißelt das Wesen des Mißbräutums und den Mangel an Objektivität bei Staatsanwaltschaft und Polizei. Er berührt auch die unwürdige Stellung des den Nachhabern oft unbequemen Anwaltsstandes gegenüber Richter und Staatsanwalt, die den Anwälten so oft die Verurteilung verbittert.

*) Erich Kuttner: „Klassenjustiz!“ (Verlag Vorwärts, Berlin 1913, 138 Seiten, 1 M.).

Im zweiten Teil, dem Hauptteil seiner Schrift, geißelt Ruttner die „Urteile der Klassenjustiz“. Da ziehen in endloser Reihe, systematisch geordnet, alle die vielen Strafurteile an uns vorbei, die uns in den letzten Jahren bei der Lektüre der Gerichtsberichte in peinlichstem Ernsteindruck haben. Ruttner beginnt mit den Fällen der von ihm sogenannten „alltäglichen Klassenjustiz“. Er zeigt, wie der Richter auch in den Fällen, die an sich keinerlei politisches oder gewerkschaftliches Interesse haben, unbewußt einen Unterschied macht zwischen Hoch und Niedrig. Stehen doch unseren bürgerlichen Richtern die Angehörigen ihrer Klasse in ihrem Denken und Fühlen so nah, und die Proletarier so weitestferal wie sollte dabelst beim besten Willen eine wirklich gerechte Abwägung möglich sein.

Viel schlimmer muß sich das natürlich noch bemerkbar machen, wenn es sich um Straftaten handelt, die in Verbindung mit politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen begangen sind, und bei denen die angeborenen und anerzogenen sozialen und politischen Vorurteile des Richters naturgemäß besonders intensiv aufgeweckt werden. Die Urteile, die zu diesem Thema in den Kapiteln „Politische Justiz“ und „Streikjustiz“ zusammengestellt sind, sind geeignet, auch dem Blindesten die Augen zu öffnen.

Freilich ist die Klassenjustiz nirgends so in Reinkultur zu beobachten, wie beim Militär. Es ist deshalb durchaus sachgemäß, daß der Verfasser in einem besonderen Kapitel die Militärjustiz behandelt. Es hätte hier nichts geschadet, wenn Ruttner noch herzhafter aus dem Ueberfluß des hierzu vorliegenden Materials geschöpft hätte. Doch auch die zitierten Urteile reichen aus, um den Fischblütigen zu empören.

Einem vielfach auf Parteitagungen geäußerten Wunsch ist der Verfasser dadurch nachgekommen, daß er bei passenden Gelegenheiten Strafurteile zum Kontrast herbeigezogen hat, in denen Angehörige von Bevölkerungsfreien, die in den Klassenkämpfen der Gegenpartei auf der anderen Seite der Barrikade zu stehen pflegen, mit liebevollster Rücksicht beurteilt sind zur höheren Ehre des alten Justizministeriums approbierten Sprichwortes: si duo faciunt idem, non est idem. (Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe.) — Alles in allem: die fleißige Arbeit des Genossen Ruttner ist ein nützlichcs Unternehmen und verdient weitest Verbreitung.

Die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Mehrere Zeitungen berichten, daß nicht der kürzlich vom „Lokalanzeiger“ veröffentlichte, von uns wiedergegebene, sondern ein etwas anderer Gesetzentwurf dem Reichstag zugehen wird. Es ist im höchsten Grade zu tabeln, daß mit Gesetzentwürfen gehandelt zu werden scheint. Die Regierung sollte die Gesetzentwürfe, die dem Reichstag zugehen, gleichzeitig allen Zeitungen übermitteln. Welcher Grund liegt für die Geheimhaltung oder eine Bevorzugung einzelner Zeitungen vor?

Der Gesetzentwurf soll nach jenen Zeitungen folgenden Inhalt haben:

„Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, vorbehaltlich der nachfolgenden Vorschriften, an ersten Weihnachtst-, Ost- und Pfingsttage, überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nur wie folgt beschäftigt werden:

Im Betriebe der offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für Orte, in denen die Bevölkerung aus der Umgegend an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufsucht, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband kann durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbebezüge auf kürzere Zeit einschränken oder ganz untersagen. Die Polizeibehörde kann für jährlich sechs, mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen.

Im übrigen Handelsgewerbe kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen. Für das Expeditions- und das Schiffsmaschinengewerbe, sowie für andere Gewerbebetriebe, insoweit in ihnen Güterverladungen mit Seeschiffen vorgenommen werden, kann in gleicher Weise eine Beschäftigung bis zu fünf Stunden zugelassen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen.

Die Stunden, während denen eine Beschäftigung stattfinden darf, werden, soweit statutarische Bestimmungen erlassen sind, durch diese, im übrigen von der Polizeibehörde so festgesetzt, daß der Besuch des öffentlichen Gottesdienstes freibleibt. Die Stunden können für verschiedene Gewerbe verschieden festgesetzt werden.

In Betrieben des Handelsgewerbes, die am Sabbath und an jüdischen Feiertagen gänzlich ruhen, dürfen Angehörige jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen bis zur Dauer von drei Stunden mit der Aufgabe beschäftigt werden, daß die Geschäftsräume für den allgemeinen Verkehr geschlossen bleiben.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen erforderlich ist (vergl. § 106c der Gewerbeordnung) bleiben bestehen. Auch die Bestimmung der Gewerbeordnung über die Anlegung eines Bergschiffes bei der Beschäftigung von Arbeitern ist in den Gesetzentwurf übernommen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann für solche Gewerbebezüge, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von den obigen Vorschriften zulassen. Der Bundesrat trifft über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen nähere Bestimmungen; diese sind dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Die obigen Vorschriften stehen einer weitergehenden Beschränkung des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen durch Landesgesetze oder durch landesrechtliche Verordnungen nicht entgegen.

Die Vorschriften des Gesetzes finden auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmer einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenwertigkeit, der Versicherungsagenten und Makler, der Stellen-, Annoncen- und Auskunftsvermittler, der Sparbanken, der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung. — Der Gesetzentwurf enthält dann Bestimmungen seiner Geltung in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitern in einer Reihe von gewerblichen Betrieben, Schankwirtschaften, Schenkwirtschaften, Apotheken usw.

Wegen die neulich oder die oben wiedergegebenen Vorschriften den Inhalt des Gesetzentwurfs bilden, in jedem Fall sind sie völlig unzulänglich. Der Entwurf bringt nur eine unerhebliche

Besserung des geltenden Gesetzes. Er geht völlig an der Notwendigkeit vorbei, auch für Techniker und andere Angestellte einen freien Sonntag zu schaffen und gewährt auch Handlungsgehilfen, abgesehen von Weihnächten, Ostern und Pfingsten, keinen völlig freien Tag. Erforderlich und durchführbar ist völlige Sonntagsruhe mit der einzigen Ausnahme, daß Lebensmittel, Fleisch, Backwaren, Milch, Eis, in zwei Morgenstunden verkauft werden dürfen. In allen Ausnahmefällen müßte als Ersatz eines völlig freien Sonntags ein völlig freier Werktag eintreten. Daß dies durchführbar, zeigen England und die heute schon an einigen Orten geltenden ortstatutarischen Vorschriften.

Politische Uebersicht.

Die Merikalen Pharisäer.

Gewohnt, aus allen Blumen Honig zu saugen und sich alle Dinge dienstbar zu machen, haben die Merikalen sich des Rörders Wagner bemächtigt und schlichten ihn nach allen Regeln der Kunst für ihre Zwecke aus. Neben der „Germania“ tut sich darin besonders die „Königliche Volkszeitung“ hervor. Sie hat sich sogar einen Mitarbeiter zugelegt, der den Fall Wagner „psychologisch erklärt“ und dabei (Nr. 813 vom 19. September) folgenden Satz bader produziert:

„Der wissenschaftliche Hochmut, das philosophische Brausengelügel, wird für Wagner zum Dogma, und er opfert diesem Dämon seinen angeblich „scharfen Verstand“ und seine ruhige Jugenderinnerung. Es wird sich so noch herausstellen, welche Konstanten seiner Lebenswelt zur Lektüre gebiert haben. Die Phantasie des Mannes ist zu einem Stapelplatz unverstandener Begriffe, Schlagwörter und Welt- und Menschheitsideen geworden, und Wagner hat bedauerlicherweise einmal die unerbittlichen Konsequenzen aus Nietzsche's Herden- und Herrenmoral gezogen. Nietzsche's Dämon ist sein Mentor zu „Jenseits von Gut und Böse“ geworden, und er hat aus dem Werke: „Also sprach Zarathustra“ die letzten Folgerungen gezogen. Das eine kann nicht genug betont werden: Wehe der Welt, wenn die Ideen der modernen Herrenmoral konsequent in die Tat umgesetzt würden. Wehlagungen wird die Welt erfüllen, weil dann alle Schranken der Wahrheit und des Rechts, der Sittlichkeit und der Menschlichkeit fallen. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!“

Der Zweck der Uebung ist klar. Es soll der Welt klar gemacht werden, daß nur noch vom Merikalismus das Heil zu erwarten ist. Die Merikalen Pharisäer haben freilich Recht, denn gerade jetzt, da sie diese Kapuzinerpredigt loslassen, muß ihnen der in Amerika abgefahrene bayerische Kaplan Schmidt in die Parade fahren, der trotz aller frommen Erziehung zum Massenmörder und abgefeimten Verbrecher geworden ist. Man darf vielleicht gegenüber dem scheinheiligen Gerede der „Königlichen Volkszeitung“ auch daran erinnern, daß im Jahre 1908 der 23jährige Sohn des früheren Reichs- und Landtagsabgeordneten des Zentrums Nade seinen Vater und seine drei erwachsenen Schwestern ermordete. Der Mörder verübte seine Tat in der Nacht zum zweiten Weihnachtstfesttag, nachdem er am ersten Feiertag an der gemeinschaftlichen Kommunion der Familie teilgenommen hatte. Der Zentrumsabgeordnete Nade gehörte zu den hervorragenden Mitgliedern der Zentrumsparlei. In Zentrumsversammlungen und auf Rathollentagen war er ein beliebter Redner. Man wird also nicht behaupten können, daß der Mörder, sein Sohn, keine gute, christliche und fromme Erziehung genossen habe.

Es fällt natürlich keinem vernünftigen Menschen ein, für die Muttat des jungen Nade etwa seine Merikale Erziehung verantwortlich zu machen, aber man muß sich auch verblissen, daß die „Königliche Volkszeitung“ die antimerikale Weltanschauung für die Verbrecher krank oder entarteter Menschen verantwortlich macht.

Der Wahlanruf der badischen Konservativen

ist nun auch erschienen. Bemerkenswert ist die Auslassung über die Forderung der Einführung der Verhältniswahl für die Landtagswahlen. Es heißt darüber im Wahlanruf:

„Auch die Konservativen haben dem Antrag an die Regierung auf Vorlage eines Wahlrechts, das sich auf den Proporz aufbaut, zugestimmt. Es kann aber keine Rede davon sein, den Proporz einzuführen, wenn nicht andererseits dafür gesorgt wird, daß den natürlich-staatserhaltenden Schichten unserer Bevölkerung ein vermehrter Einfluß auf die Gesetzgebung zugesichert wird. Die reformmechanische Anwendung des Proporz mit seiner geistlosen Herrschaft der Zahl würde eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in unserem Staatswesen für alle Zeiten bedeuten. Soll die Proporzwahl nicht zu einer neuen scharfen Waffe der Sozialdemokratie werden, so ist es nötig, daß die landwirtschaftltreibende Bevölkerung und die der kleinen Städte in ihrer natürlichen Bestimmung für Staat und Gesellschaft im Geleze gebührende Berücksichtigung finden. Es darf bei dieser Wahl nicht ausschließlich aus großstädtischen Rücksichten verfahren werden. Die Stimmen sollen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden.“

Man sieht, die badischen Konservativen sind gelehrige Schüler ihrer norddeutschen Meister. Stimmen sie früher für den Proporzantag im Landtag, so haben sie jetzt ein Haar in der Suppe gefunden und sind dagegen. Gut ihr's, daß sie vor den Wahlen noch Farbe bekennen in dieser Frage, die bei den kommenden badischen Landtagswahlen mit im Vordergrund des Interesses steht.

Von der preussischen Rechtsgleichheit.

Das preussische Justizministerium hat wieder einmal seine Eignung, als oberster Hüter der Justiz zu fungieren, glänzend bewiesen. Es handelt sich um den Versuch, dem Genossen Dr. Arthur Schulz, der durch seine agrartheoretischen Ausführungen bekannt geworden ist, die Ausübung der Rechtsanwaltspraxis in Preußen unmöglich zu machen.

Schulz ist gegenwärtig Rechtsanwalt in München. Als Doktor der Nationalökonomie und Gutsbesitzer in Ostpreußen hat er aber einmal einer Landarbeiterversammlung beigewohnt, wo er sich übrigens lediglich zühörend verhalten hatte. Ein deshalb wegen Verstoßes gegen das preussische Vereinsgesetz anhängig gemachtes Strafverfahren endete mit seiner Freisprechung. Nichtsdestoweniger wurde Dr. Schulz auf Verreiben des Landrats seines Kreises durch Anordnung des jetzigen Staatssekretärs Dr. Lisco (damals im preussischen Justizministerium) von der Zulassung zum Referendarexamen ausgeschlossen, weil er „im Interesse der sozialdemokratischen Partei agitatorisch tätig gemessen“ wäre (was unrichtig war). Es heißt in der Verfügung weiter:

Ein solches Verhalten ist mit der Stellung eines preussischen Beamten, also auch mit der eines Referendars, unvereinbar. Da durch die erste juristische Prüfung nur die Fähigkeit zur Bekleidung einer derartigen Stellung festgesetzt werden soll, so ist ihnen die Zulassung zu dieser Prüfung in dem angeführten Bescheide mit Recht versagt worden.

Damit wäre Schulz auch die Möglichkeit, Rechtsanwalt zu werden, abgeschnitten gewesen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, in Bayern zum Examen zugelassen zu werden, freilich unter dem Zwange, einen Teil der Universitätsstudien

formhalber noch einmal zu wiederholen. Dort hat er sämtliche Staatsprüfungen bestanden, ist Rechtsanwalt in München geworden und möchte nun gern in seiner ostpreussischen Heimat, wo seine Familie seit Generationen ansässig ist, als Rechtsanwalt wirken. Trotz Befürwortung durch die ostpreussische Anwaltskammer hat die preussische Justizverwaltung ihn zurückgewiesen, und ebenso, als er eine Reihe von Zulassungsanträgen für andere Oberlandesgerichtsbezirke gestellt hatte. Der preussische Justizminister erspart sich die Angabe von Gründen, es ist aber kein Zweifel, daß hier eine rein politische Verfolgung vorliegt.

Nach dem Besche muß freilich jeder zur Anwaltschaft zugelassen werden, der in dem Bundesstaat, wo er sich niederlassen will, die zum Richteramt erforderlichen Prüfungen bestanden hat. Die Zulassung bei einem weiteren Gericht und die Zulassung von „Ausländern“ unterliegt aber der Willkür der Justizverwaltungen. Ja, diese entscheidet auch über die Zulassung zu den Prüfungen selbst und dem Vorbereitungsdienste, und hat es damit in der Hand, „unerwünschte“ Elemente auch von der Advokatur fernzuhalten. Es wäre wirklich an der Zeit, dieser Willkür ein Ende zu machen und den Rechtsanwältten das Recht der Freizügigkeit durch das Reich zu gewähren.

Zwei Reichsgesetze über Wandererfürsorge.

Ein wichtiges Teilproblem der Arbeitslosenfürsorge ist die Frage der Wandererfürsorge, das bisher noch nicht reichsgesetzlich geregelt worden ist. Für Preußen besteht das Wandererfürsorgegesetz vom 29. Juni 1907, nach dem die Provinziallandtage die Stadt- und Landkreise zur Errichtung von Wandererarbeitstätten an bestimmten Provinzen verpflichten konnten. Die Landtage der einzelnen preussischen Provinzen nahmen dem Gesetz gegenüber eine sehr zwiespältige Stellung ein; durchgeführt wurde das Gesetz in Hessen-Kassau, Westfalen, Hannover und Sachsen, während Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Posen und Pommern von der Errichtung von Wandererarbeitstätten nichts wissen wollten. Von den übrigen deutschen Staaten hat nur Württemberg auf dem Verwaltungswege 37 Wandererarbeitstätten eingeführt.

Ein Reichsgesetz soll nunmehr, wie die „Königliche Zeitung“ mitteilt, dieser Verwirrenheit ein Ende bereiten. Im Reichsamt des Innern wurden zwei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und den Bundesstaaten zugestellt, die dem Reichstag zur Winter-tagung zugehen sollen.

Das erste Gesetz heißt „Wandererfürsorgegesetz“ und bestimmt, daß in jedem Bundesstaate Arbeitstätten und Arbeitsheime zu errichten sind für mittellose, arbeitsfähige, mindestens 16 Jahre alte männliche Personen, die unter Einhaltung der Wandererordnung umherziehen und Arbeit suchen. Die Arbeitstätten haben die Aufgabe, Wanderern, denen eine Arbeitshelle nicht alsbald vermittelt werden kann, vorübergehend gegen Arbeitsleistung Beschäftigung und Obdach zu gewähren. Sie entsprechen also den heutigen Wandererarbeitstätten. Die Arbeitsheime haben die Aufgabe, Wanderern, denen durch die Arbeitshelle eine Arbeitshelle nicht verschafft werden kann, für längere Zeit gegen Arbeitsleistung Lohn und Unterhalt zu gewähren. Die Aufnahme in Arbeitshellen und Arbeitsheimen soll nicht als Armenunterstützung gelten.

Der zweite Gesetzentwurf bezweckt eine Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Hier wird bestimmt, daß wenn eine Person, die arbeitslos das Land durchzieht, Hilfsbedürftig wird, der Landarmenverband verpflichtet ist, jedem Ortsarmenverbande die für eine solche Person aufgewandten Kosten zu erstatten, ohne Rücksicht darauf, ob der Wanderer landarm ist oder anderswo einen Unterhaltungswohnsitz hat.

In der Begründung zu den Gesetzentwürfen wird ausgeführt, daß die bestehenden Verhältnisse eine reichsgesetzliche Regelung unumgänglich notwendig machten; nur bei einer geordneten Wandererfürsorge sei die Trennung der Wandererarmen in „Arbeitswillige“, „Arbeitscheue“ und „Arbeitsunfähige“ möglich. Außerdem sei die Höhe der Unterstützung, die den Wandererarmen in den einzelnen Orten gewährt werde, sehr verschieden, so daß an einzelnen Plätzen arbeitswillige Wanderer infolge unzulänglicher Unterstützung zum Betteln gezwungen würden, während an anderen Orten die Arbeitscheuen infolge der „reichlich gewährten Unterstützung“ zu „ungehöriger Ausnutzung“ der vorhandenen Wohlfahrtsanstalten veranlaßt würden. Darum müsse eine auf sozialen Grundfragen aufgebaute Wandererfürsorgegesetzgebung und eine entsprechende Änderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes vorgenommen werden.

Nach diesen Mitteln scheinen in den Gesetzentwürfen hinter den politischen Gesichtspunkten die volkswirtschaftlichen und sozialen völlig in den Hintergrund zu treten. Eine organische Verbindung der Wandererarbeitstätten mit Arbeitsnachweisen fehlt, und völlig fehlt eine hinreichende Arbeitslosenfürsorge. Eine solche ist ohne Arbeitslosenversicherung nicht zu schaffen.

Eine „nationale Säule“ obstruiert.

Der frühere Vorsitzende des Verbandes der nationalen Krankenassenbeamten in Sachsen, Franz Ernst Meyer wurde vom Schöffengericht zu Dresden wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat diese Unterschlagungen in seiner Stellung als Sekretär der Dresdener Ortskrankenkasse, bei der er eine Zweigstelle verwaltete, begangen. Trotzdem der Angeklagte seinerzeit die Unterschlagungen eingestanden hat, leugnete er jetzt vor Gericht jede Schuld. Das unterschlagene Geld ist vollständig erbeut worden. Meyer brachte damals nach der Revision 600 M., die seine Frau angeblich noch im Bücherschrank aufbewahrt und in der Bestürzung gefunden hatte. Es fand über Meyers Angaben eine mehrstündige Beweisaufnahme statt. Der Angeklagte vermachte jedoch das abgelegte Geständnis und die falschen Buchungen in den Kassenbüchern nicht zu erschüttern, und das Gericht kam zur Verurteilung.

Interessant ist bei der Sache noch, daß der Verband der nationalen Beamten auf seiner Tagung für die Unschuld Meyers eine ganze Broch und ihn als ein „Opfer der sozialdemokratischen Klassenherrschaft“ hinstellte, obgleich der Beschluß über die Entlastung und Strafverfolgung Meyers einstimmig von Unternehmer- und Arbeiterbeisitzern im Kassenvorstande gefaßt wurde. Meyer war früher einer der lautesten Krufer im Kampfe gegen die „sozialdemokratische Rührwirtschaft“ in den Krankenassen und steht im Verdacht, der Lieferant von Material zu verschiedenen Angriffen, die auf die Kassenverwaltungen in Dresden und im Reichstage erfolgten, gewesen zu sein.

Das deutsche Volkvermögen.

Dr. Karl Helfferich, der Direktor der Deutschen Bank, hat eine Untersuchung über den Besitzstand des deutschen Volkes veranstaltet. Der Zweck der Untersuchung war, anlässlich des Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms II. zu zeigen, welche genalgige wirtschaftliche Arbeit Deutschland in den letzten 25 Jahren geleistet hat. Man muß daher der Arbeit Dr. Helfferichs sehr skeptisch gegenüberstehen. Das Schlussergebnis der Untersuchung ist nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse folgendes:

Das deutsche Volkvermögen beträgt heute rund 40 Milliarden Mark jährlich, gegen 25 bis 26 Milliarden Mark im Jahr 1885.

Von den 40 Milliarden werden jährlich etwa 7 Milliarden Mark, also nahezu ein Sechstel, für öffentliche Zwecke aufgewendet, etwa 25 Milliarden Mark dienen dem privaten Verbrauch, und etwa 8-9 Milliarden, die sich durch den automatischen Wertzuwachs des vorhandenen Vermögens auf 9 1/2-10 Milliarden erhöhten, wachsen als Mehrung des Volksvermögens zu, gegen etwa 4 1/2-5 Milliarden Mark vor 15 Jahren.

Das deutsche Volksvermögen beträgt heute mehr als 300 Milliarden Mark gegen rund 200 Milliarden Mark um die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Da das Buch Helfferichs, das dem Kaiser überreicht wurde, für gewöhnliche Sterbliche 125 M. kostet, so ist es uns nicht möglich, weiteres über die Untersuchung mitzuteilen. Doch wird in Aussicht gestellt, daß eine Sonderausgabe demnächst erscheint. Wir dürfen aber wohl annehmen, daß aus der Arbeit Helfferichs nicht ersichtlich ist, auf welche Schichten der Bevölkerung dieser Reichtum entfällt und wie die Steigerung bei den einzelnen Bevölkerungsschichten ist. Die Statistik für 1911/12 z. B. verzeichnet in Deutschland 3936 Aktiengesellschaften mit 1571,89 Millionen Mark Jahresgewinn. An Dividenden zahlten die Aktiengesellschaften im genannten Jahre 1220,93 Millionen Mark oder 8,39 v. H. Der Arbeiterschaft ist nichts geblieben. Das dürfte Dr. Helfferich in seinem Buche übersehen haben.

Jugend-Kriegsspiele mit aktiven Truppen.

Daß sich Offiziere der antisozialdemokratischen Jugendpropaganda durch Beteiligung an Kriegsspielen usw. hingeben, kommt längst nicht mehr vereinzelt vor. Das genügt, wie es scheint, aber noch nicht. Für Sonntag, den 28. September, haben z. B. die Jugend-, Schützen- und Kriegervereine dreier Kemter in Westfalen (Bären) ein umfassendes „Kriegsspiel“ vorgemerkt. Das Programm liegt vor. Nach dem Gottesdienst (hiesige heilige Messe) wird ausgerückt und am Schluß gibt es Besprechung und Paradebericht. Dann heißt es:

„Das Regiment 188 stellt eine Kompagnie, die auf beide Parteien verteilt und vom 27. auf den 28. u. in Aeteln und Fürstenberg einquartiert wird.“

Die Soldaten werden über diesen Sonntags-Extradiens im Interesse der antisozialdemokratischen Jugendbewegung sicher recht erfreut sein.

Sieg des Maifeiergedankens in Rußland.

Nachdem sich einflussreiche Gruppen der Unternehmer gegen die Einmischung der Polizei und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Maifeier in Anbetracht ihrer aufreizenden Wirkung ausgesprochen haben, hat die Regierung nun auch ihren Standpunkt in dieser Frage gewechselt. Laut Beschluß des Ministerrates soll nun der entsprechende Beschluß von 1908 verwirkt werden, wonach es den Fabrikanten gestattet wird, die Feier des 1. Mai in die Fabrikordnung aufzunehmen.

Es ist höchst bezeichnend, daß die Frage, ob der Unternehmer den 1. Mai freigegeben darf, im Ministerrat entschieden wird. Selbst wo eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern geschlossen ist, hält sich der russische Polizeistaat für berechtigt, in diese Vereinbarungen bestimmend einzugreifen. Ebenso charakteristisch ist es, daß der Ministerrat seinen Beschluß von 1908 erst jetzt zur Verwirklichung bringt. 5 Jahre lang bot die Regierung Polizei und Militär gegen die Arbeiter auf, die am 1. Mai ihre Solidarität mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt bekundeten. Erst der mächtige Ansturm der russischen Arbeiterklasse in diesem und im vorigen Jahre belehrte die Regierung, daß die russischen Arbeiter sich das Recht auf die Maifeier durch keine Gewalt der Welt entreißen lassen.

Allerdings sucht die Regierung ihren Rückzug dadurch zu maskieren, daß sie die Abhaltung der Maifeier nur dort gestattet, wo „mit diesem Tage ein Brauch oder ein kirchlicher Feiertag verknüpft ist“. Diese Einschränkung kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die grundsätzliche Anerkennung der Arbeitseinführung am 1. Mai einen gewaltigen Sieg der russischen Arbeiterklasse bedeutet. Diese Ertrugenschaft wird sie noch mehr anfeuern, in ihrem Kampfe gegen politische und soziale Bedrückung fortzuführen.

Die Balkanfragen.

Serbisch-albanische Kämpfe.

Wien, 28. September. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Belgrad: Albanische Streitkräfte in Kolonnen von 800 bis 400 Mann sind seit Freitag nacht längs der ganzen Grenze in Kämpfe mit serbischen Grenztruppen verwickelt. Bei Dibra und Djakowa waren die Angriffe besonders heftig. Die Grenzkommandos verlangten dringend Verstärkungen, die auch bereits abgegangen sind. Die Blätter bringen sensationell gefärbte Berichte über die Grenzlämpfe.

Frankreich.

Gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 28. September. In Firmin (Dep. Haute Loire) fanden aus Anlaß der Bestellungen der zwanzigjährigen Straßenknechtungen gegen die dreijährige Dienstzeit statt. Schaulente und Gendarmen entrißen den Aufstrebenden mehrere Tafeln mit der Aufschrift: „Nieder mit den drei Jahren“, worauf die Manifestanten kleine Luftballons, die dieselbe Aufschrift trugen, aufsteigen ließen. Als die Offiziere der Bestimmungskommission das Bürgermeisteramt verließen, wurden in der Menge feindliche Rufe laut.

England.

Die Francerechtlerninnen.

London, 28. September. Wie ein Telegramm aus Liverpool meldet, steckten Anhängerinnen des Frauenstimmrechts gestern nacht ein großes Haus in Scaforth bei Liverpool in Brand, das von den Ortsbehörden für Gefestete neu erbaut war. Das Feuer konnte erst nach mehreren Stunden gelöscht werden. Der Schaden wird auf 80000 Pfund Sterling geschätzt. Am Tatort wurden Schriften von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts gefunden.

Amerika.

Die Wirren in Mexiko.

New York, 28. September. Wie aus Laredo (Texas) gemeldet wird, haben die mexikanischen Aufständischen einen Zug der Nationalbahn südlich von Saltillo in die Luft gesprengt. Hierzig Mann Bundesstruppen und zehn Reisende der zweiten Klasse wurden getötet.

Aus der Partei.

Ein Bebelbuch.

Wohl wird das Andenken an unseren August Bebel in den Herzen des Proletariats lebendig bleiben, da sein Werk lebendig ist und täglich neues Leben hervorruft, nichtdestoweniger wird der

Wunsch, das Erdentwollen und Schaffen unseres großen Vorkämpfers näher kennen zu lernen, gerade jetzt, da der Schmerz über seinen Verlust noch frisch ist, in weiten Arbeiterkreisen vorhanden sein. Zwar hat August Bebel in seinem Memoirenwerk „Aus meinem Leben“ uns den besten Aufschluß über seine Persönlichkeit und sein Wirken für die Partei gegeben. Aber er konnte dieses Werk nicht vollenden, außerdem ist es auch nicht allen Arbeitern zugänglich. Es ist daher nur zu begrüßen, daß die Buchhandlung Vorwärts schon wenige Wochen nach dem Hinscheiden Bebels mit einem Bändlein herauskommt, das dem Gedächtnis und der Würdigung des unvergesslichen Vorkämpfers gewidmet ist. Genosse Hermann Wendel zeichnet in der Schrift knapp und doch anschaulich ein Lebensbild August Bebels und stellt ihn plastisch als Mensch, Parteiführer und Politiker vor unser geistiges Auge. Die Schrift hat tatsächlich den großen Vorzug, daß sie nicht allein mit dem Kopf, sondern wie der Verfasser sagt, mit dem Herzen geschrieben ist; sie wird sicherlich auch zu Herzen sprechen.

Die 108 Seiten starke Schrift ist würdig ausgestattet und enthält ein farbiges Bild des greisen Bebel nach dem Porträt von Trommer. Der Preis der Vereinsausgabe beträgt 50 Pf. Wir wünschen dem Bändlein die weiteste Verbreitung.

Ueber eine Bebel-Gedächtnisfeier in Kanada

wird uns geschrieben:

Montreal, 7. September 1913. Ueberall auf dem Erdball, soweit es eine Kulturmenschenheit gibt, hat unser geliebter und unvergesslicher August Bebel eine Trauergemeinde hinterlassen. In Montreal waren es wohl über 350 Personen, die sich in der St. Josephs-Hall zu einer Gedächtnisfeier versammelt hatten, darunter mehr als die Hälfte Frauen des hier stark anhängigen jüdischen Proletariats. Es war im wahren Sinne eine internationale Trauer. In zehn verschiedenen Sprachen wurden Gedächtnisreden gehalten, darunter in deutscher und französischer Sprache. Alle sangen aus in den von den Versammelten aufgenommenen Schwur, die dem großen Kämpfer entsprungene rote Sturmflut weiter zu tragen bis zum endlichen Siege.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Viefelsfeld-Wiedenbrück, die am Sonntag, den 21. September, in Viefelsfeld stattfand, nahm nach Aenderung des Vereinsstatuts den Bericht der Delegierten zum Parteitag in Jena entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Gegen die vom Festausfluß für die Hundertjahrfeier für Viefelsfeld zur Erzielung einer starken Beteiligung der Arbeiter propagierte frühere Schließung der Betriebe am 18. Oktober beschloß die Generalversammlung, eine Gegendemonstration zu machen. Mit der Gestaltung wurde der Vorstand beauftragt.

Der Kampf um die Pressefreiheit in Rußland.

Seitdem in den letzten Jahren eine gewisse politische Bewegung in Rußland eingetreten ist, nimmt die Anhebung der Presse mit jedem Jahre zu. Kamentlich in diesem Jahr, wo die Arbeiterpresse sich eine feste Stellung erobert hat, haben die Rahregelungen der Presse eine unerhörte Stärke angenommen. Allein in den ersten 8 Monaten dieses Jahres sind der Presse 228 Strafen in Höhe von 89 400 Rubel auferlegt worden. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Steigerung von 48 125 Rubel. Es versteht sich von selbst, daß die Verfolgungen sich größtenteils gegen die Arbeiterpresse richteten. So wurden dem sozialdemokratischen „Lutsch“ 12 Strafen in Höhe von 6000 Rubel auferlegt, der „Pravda“ 10 Strafen in Höhe von 6000 Rubel, der Zeitung „Schwaja Sijia“ 4 Strafen im Betrage von 2000 Rubel, der „Neuen Arbeiterzeitung“ 8 Strafen im Betrage von 2000 Rubel, der „Radotschaja Pravda“ 2 Strafen im Betrage von 1000 Rubel, der „Sewernaja Pravda“ 2 Strafen in Höhe von 1000 Rubel usw. Auf Geldstrafen allein beschränken sich aber die Verfolgungen der Presse nicht. Kamentlich die Arbeiterpresse hat noch durch die fortwährenden Konfiskationen zu leiden. So wurden von 19 Nummern der jetzt eingestellten Zeitung „Schwaja Sijia“ 11 konfisziert, von 17 Nummern der „Rad. Pravda“ 13, von 29 Nummern der „Sew. Pravda“ 20, von 28 Nummern der „Neuen Arbeiterzeitung“ 5 usw. Besonders heftig sind die Verfolgungen gegen die neugegründete Moskauer Arbeiterzeitung „Nash Putj“ (Unser Weg). Von acht Nummern ist bisher nur eine nicht konfisziert worden. Die Wut der zarischen Prekzoren geht so weit, daß sie in jeder Nacht die Drucker umzingeln, um sich im Augenblick der Fertigstellung der Zeitung in die Druckerei zu stürzen, die fertigen Exemplare zu konfiszieren und die Druckplatten zu vernichten. — Da die Arbeiterblätter die Geldstrafen natürlich nicht aufbringen können, sitzen zurzeit eine ganze Anzahl von Redakteuren im Gefängnis.

Jugendbewegung.

Bildungsarbeit an der Jugend.

Eine Wanderbibliothek beabsichtigt der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes für seine Jugendabteilung einzurichten. Der Vorstand unterbreitet den Jugendpflegern einen Plan mit dem Ersuchen, dazu Stellung zu nehmen. Die Bibliothek soll vornehmlich Bücher allgemeinen und fachwissenschaftlichen Inhalts, in vollständiger Sprache geschrieben, daneben leichtverständliche Abhandlungen aus der Staatsbürgerkunde und ausgewählte Jugendliteratur enthalten. Die Benutzung ist unentgeltlich; die Festlegung einer niedrig gehaltenen Sicherheitsleistung bleibt den Pflegern überlassen. Grundriß soll sein: Für jeden Jugendlichen ein Buch. Von jedem Buch sollen je nach der Art des Inhalts etwa 20-30 Exemplare beschafft werden, so daß die Möglichkeit gewährleistet erscheint, den Abteilungen voraussichtlich für zwei Jahre stets neuen Lesestoff zu geben.

Zur Einrichtung der Bibliothek sind 3000 M. in Ansatz gebracht; 2500 M. entfallen davon auf den Ankauf von Büchern.

Soziales.

Sind Heimarbeiter gewerbesteuerpflichtig?

Der Versuch, Heimarbeiter zu Unternehmern zu stempeln und sie dadurch aller Schutzvorschriften zu berauben sowie ihnen auch noch Steuern aufzulegen, gelangte vor der Strafkammer in Darmstadt gestern zur Erörterung. Uns geht über diese wichtige Frage der nachstehende Bericht aus Darmstadt zu:

Der 58jährige Portefeisler Jean Puth in Offenbach arbeitete für einen dortigen Fabrikanten in eigener Wohnung als Heimarbeiter. Er erhielt nämlich die „Arbeit“ in zugeschnittenem Zustande vom Fabrikanten zugestellt und hatte diese genau nach den vorgelegten Mustern zu bearbeiten; eigene Ideen durften dabei nicht Verwendung finden. Nach dem Geßch sind Heimarbeiter verpflichtend. Dieserhalb ist in Offenbach zwischen der Organisation der Arbeiter und den Unternehmern in der Lederindustrie schon längere Zeit ein Tarifvertrag abgeschlossen, der unter anderem auch bestimmt, daß der Arbeitgeber für den Heimarbeiter die gesetzliche Beitragsleistung zur Kranken- und Invalidenversicherung zu erfüllen habe. Es hatte sich aber dann auch eine Anzahl Heimarbeiter als freiwillige Mitglieder der Krankenkasse angemeldet, um — wie sie sagten — bei einem Wechsel des Fabrikanten nicht so viel Schmerzen zu haben. Das war auch bei Puth der Fall. Die Steuerbehörde leitete indessen daraus die Auffassung ab, Puth sei kein Heimarbeiter, sondern ein selbständiger Hausgewerbetreibender. Weiter wurde ein Hausgewerbe-

betrieb daraus noch gefolgert, daß der Heimarbeiter in seiner Arbeitszeit unbeschränkt und an keine Arbeitsordnung gebunden sei. Aus diesen Gründen sei er gewerbesteuerpflichtig. Weil Puth nun kein Gewerbetreibender gelöst hatte, wurde er auf Grund des Gewerbesteuergesetzes und der dazu erlassenen Verordnung von 1881 in eine Geldstrafe von 6 M. genommen. Einer Beschwerde des Puth gab das Offenbacher Schöffengericht statt und erkannte auf Freisprechung. Dagegen erfolgte die Staatsanwaltschaft Berufung an die Darmstädter Strafkammer, die jetzt über die Sache verhandelt.

Der Sachverständige Finanzassessor Nikolai vertrat die Auffassung, daß ein Hausgewerbetreibender dann als solcher zu betrachten sei, wenn er persönliche Selbständigkeit besitze. Auf die wirtschaftliche Selbständigkeit oder Unselbständigkeit komme es dabei nicht an. Da die Offenbacher Heimarbeiter an keine bestimmte Arbeitszeit gebunden sind, hätten sie auch nicht als Heimarbeiter zu gelten, sondern seien in Wirklichkeit Hausgewerbetreibende, die auch zur Lösung eines Gewerbetaxipatens verpflichtet seien.

Der Sachverständige Handelskammersekretär Dr. Craig war gegenteiliger Ansicht. Für ihn hat der Puth zweifelsohne als Heimarbeiter zu gelten. Ein genereller Begriff für Heimarbeiter sei überdies nicht aufzustellen; die mannigfaltigen wirtschaftlichen Verhältnisse ließen sich nicht in einen juristischen oder volkswirtschaftlichen Begriff pressen. Der § 14 der Gewerbeordnung enthalte auch nicht einen festumschriebenen Begriff des Heimarbeiters. Wenn ein Heimarbeiter, der zur Einhaltung einer bestimmten Arbeitszeit nicht verpflichtet ist, tatsächlich kein Heimarbeiter mehr sein solle, dann gäbe es eben in ganz Deutschland keine Heimarbeiter mehr. Besonnt ein Heimarbeiter sämtliche Zutaten und stellt die Arbeit mit Hilfe seiner Familie, aber ohne fremde Hilfe, fräste her, so sei er dennoch als Heimarbeiter zu betrachten. Der Heimarbeiter Zutaten zuzukaufen, so falle er unter den Begriff Hausgewerbetreibender. Das gleiche gelte, wenn er seine über 25 Jahre alten Söhne mitbeschäftigt entlohne. Diesen Ausführungen schloß sich der dritte Sachverständige, der Gauleiter des Lederarbeiterverbandes, Off, an. Puth sei das typische Beispiel eines Heimarbeiters. Er erhalte nur Arbeitslohn und keinen Unternehmergewinn, sei daher zur Lösung eines Gewerbetaxipatens nicht verpflichtet.

Während der Staatsanwalt diese Verpflichtung aufrechterhielt, erkannte das Berufungsgericht in seinem Urteil auf Freisprechung des Puth. Es könne nie gesagt werden, daß Angeklagte sei ein selbständiger Gewerbetreibender. Der Hinweis auf die freiwillige Versicherung der Heimarbeiter bei der Krankenkasse sei hinwiegend; die Heimarbeiter wechselten oft ihren Arbeitgeber und da sie es praktisch gehandelt und liege im Interesse von Versicherten und Krankenkasse, wenn die Heimarbeiter die Versicherung selbst in die Hand nehmen. Nichts habe sich aus der Verhandlung ergeben, was für eine Selbständigkeit des Heimarbeiters spreche. Er bezöge keinen Unternehmergewinn. Auch wenn er Kleinigkeiten an der Arbeit wieder anderweitig verbeße, liege keine Selbständigkeit vor, da er seinen festumschriebenen Arbeitspreis erhalte. Die Arbeitszeit sei nicht maßgebend, da der Heimarbeiter sein Pensum zu leisten habe und demnach in der Arbeitszeit freie Hand haben müsse. Der Heimarbeiter ist also nicht verpflichtet zur Lösung eines Gewerbetaxipatens, sonach auch nicht gewerbesteuerpflichtig.

Richtig wäre es, durch Reichsgesetz alle Hausgewerbetreibenden, die nicht ausschließlich oder überwiegend auf Vorrat arbeiten, ausdrücklich als Arbeiter zu bezeichnen, um die Veruche endgültig zu beseitigen, Arbeiter zu Unternehmern zu stempeln.

Wie auf einer königlichen Domäne ein Landarbeiter beerdigt wurde.

Die Junker jammern fortgesetzt über die Leutenot, aber wie sie die Arbeiter behandeln, spottet jeder Beschreibung. Da war in der vorigen Woche der Vater eines Deputatarbeiters auf dem zur königlichen Domäne Mettinen gehörigen Vorwerk Justinenhof in Ostpreußen gestorben. Man ließ das Grab machen und bestellte den Geistlichen. Der Kirchhof liegt zwei Kilometer von Justinenhof entfernt und die Leiche mußte mit Fuhrwerk dorthin geschafft werden. Der Sohn des alten Landarbeiters hatte auch selber darauf gerechnet, daß ihm sein Herr ein Fuhrwerk stellen würde, damit er seinen Vater in würdiger Weise unter die Erde bringen konnte. Doch in diesem Vertrauen auf die Güte des Herrn wurde er schwer getäuscht. Der Domänenpächter — natürlich eine echt christliche und haatserhaltende Seele — verweigerte ihm aber das Fuhrwerk, und der Sohn mußte überall herumlaufen, um einen Wagen aufzutreiben. Doch die Leute waren überall auf den Feldern und so gelang es ihm erst gegen Abend, ein Fuhrwerk zu bekommen. Von irgendeiner Feiler bei der Beerdigung konnte nun nicht mehr die Rede sein. Einige Hilfsbereite Arbeiter nahmen sich des Arbeiters an und halfen ihm seinen Vater beerdigen. Gegen 18 Uhr abends ging die Beerdigung — beim Schein einer Laterne — vor sich. So geschah im Jahre 1913 in einem christlichen Staate und auf einer königlichen preussischen Domäne. Wenn nun solch ein Arbeiter erbittert über solche Zustände dem Junkerparadies den Rücken kehrt, sojeln die agrarischen Blätter davon, daß es die — Bergnügungssucht sei, die den Arbeiter in die Großstadt treibe.

Letzte Nachrichten.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ beschlagnahmt.

Wien, 28. September. (S. B.) Die „Arbeiterzeitung“ ist heute wegen eines Artikels über den Rücktritt des Generalsadjutants Conrad von Hödenhoff konfisziert worden.

Ein erbitterter Kampf zwischen Albanesen und Serben.

Belgrad, 28. September. (Meldung des serbischen Pressebureaus.) Gestern früh gegen 10 Uhr fand ein Zusammenstoß zwischen Albanesen und serbischen Truppen in unmittelbarer Umgebung von Dibra statt, der Kampf war erbittert und dauerte bis mittag, wo sich die zwei Kompagnien starken serbischen Streitkräfte auf Kischewo zurückzogen. Die Albanesen zogen in Dibra ein, sie sind 6000 Mann stark. Unter den Offizieren befinden sich Fremde, deren Nationalität noch unbekannt ist. Serbischerseits sind unverzüglich Ber t r ä t u n g e n nach Dibra gelangt worden.

Tunneleinbruch in Frankreich.

Kouen, 28. September. (S. B.) Nach der Durchfahrt eines Zuges nach Paris stürzte der Tunnel beim Bahnhof an der Rue Verte, von dem ein Teil gerade wegen Vergrößerung des Bahnhofes abgebrochen wird, in einer Länge von 300 Metern ein. Personen sind nicht zu Schaden gekommen; der Verkehr wird durch Umleiten aufrechterhalten.

Ueberschwemmung in Indo-China.

Marselle, 28. September. (S. B.) Soeben hier angelommene Nachrichten aus Tonking melden, daß das ganze Land unter furchtbaren Ueberschwemmungen zu leiden habe. In sieben Provinzen ist die Ernte vernichtet. Zahlreiche Menschen sind ertrunken. Man befürchtet, daß sich schwere Katastrophen ereignen haben. Die übergläubige Bevölkerung führt das Unheil auf das Wirken des berüchtigten kontinentalen Pioniersführers Tutul zurück. Man befürchtet Revolten.

An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

Werkstattvertrauenspersonen!

Am Sonntag, den 28. September 1913, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags findet die Wahl der 60 Ausschussmitglieder und 120 Stellvertreter zur Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin statt.

Die Liste der Freien Gewerkschaften und Angestellten Berlins trägt die Ordnungsnummer 1.

Es ist nun Pflicht aller Vertrauenspersonen, von Werkstätten, Büreaus, Bauplätzen und Arbeitsstuben, mittels der entnommenen Feststellungsscheine die Wahlkarten von ihren Krankenkassen abzuholen und den in den Betrieben Beschäftigten auszuhandigen.

Mitglieder der sich auflösenden Kassen bekommen diese Wahlkarten bis zum 27. September in den Krankenkassen, denen sie bisher angehörten.

Neuversicherungspflichtige, auf Grund der Erhöhung der Gehaltsgrenze von 2000 auf 2500 M. (Privatbeamte usw.) melden sich bei der Kasse, welche für den betreffenden Betrieb zuständig ist, in welchem sie beschäftigt sind.

Die übrigen Neuversicherungspflichtigen, die im Wandergewerbe Beschäftigten, Diensthöfen und die Mitglieder der freien Hilfskassen erhalten die Wahlkarten von der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin, Köpenicker Str. 80-82.

Da vier Listen aufgestellt sind, ist eine rege Beteiligung an der Einzeichnung und Wahl erforderlich.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

300/5* J. A. A. Körsten.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Rüderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 25. September 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung in Halle. (Fortsetzung der Diskussion.)
2. Bericht über den Bauarbeiterkongress.
3. Diskussion.
4. Verbandsangelegenheiten.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet

138/11* Die Ortsverwaltung.

Die Zahlstelle für den Osten befindet sich jetzt Große Frankfurter Straße 16 bei Werkmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis: Teleph.: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1280, 9714.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr: Klempner-Versammlung

in den Muster-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, großer Saal.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Bauarbeiterkongress Leipzig. Berichterstatter Kollege R. Hoffmann.
2. Diskussion.
3. Bericht der Schlichtungskommission.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Kollegen von Bischof, Dewitz u. Herz, Gehrede, Kiefewetter, Kufferow u. Veder, Ebering (Müllerstraße und Charlottenburg), Kunstgewerbliches Treibriecher und Windhoff, sowie die Kollegen aus den Bronzeverfähten sind hierzu ganz besonders eingeladen. Ferner werden in dieser Versammlung die Billets zum Herbstvergnügen ausgegeben.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

im Lokale von Brinkmann (früher Verkovski), Andreasstr. 26.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Agitationskommission.
2. Neuwahl des Branchenvertreter und der Agitationskommission.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Fahrstuhlmonateure und Helfer und der in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen

in den Voruffia-Sälen, Rüderstraße 6/7.

Tagesordnung:

1. Bericht der Agitationskommission.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Branchenvertreter.
4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch obiger Versammlungen wird erwartet!

Ferner machen wir alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß von der 41. Woche ab, also mit dem 4. Oktober beginnend, der Wochenbeitrag 90 Pf. beträgt. Dafür tritt vom gleichen Tage an eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 2 M. und der Streit- und Gemagregeltenunterstützung um 1 M. pro Woche ein.

120/14 Die Ortsverwaltung.

Ich habe mein Bureau von Neue Königstr. 35

nach Berlin C. 2, Klosterstr. 65-67,

am Untergrundbahnhof Klosterstraße, gegenüber dem Stadthaus verlegt. Mein Telefonanschluß bleibt Königstr. 11516.

Dr. Siegfried Weinberg,

Rechtsanwalt.

23705* Berantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neufuß. Informatenl. verantw.: E. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft

DEUTSCHE BANK

BERLIN W., Behrenstraße 9-13

Zentralleitung der Depositenkassen: W., Mauerstr. 28

Aktienkapital 200 000 000 Mark
Reserven 112 500 000 Mark

Im letzten Jahrzehnt (1908-1912) verteilte Dividenden: 11, 12, 12, 12, 12, 12, 12 1/2, 12 1/2, 12 1/2, 12 1/2 %.

Zweigniederlassungen: Bremen, Brüssel, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Konstantinopel, Leipzig, London, München, Nürnberg.

Depositenkassen: Augsburg, Chemnitz, Wiesbaden.

Depositenkassen in Berlin:

W.:	N.:
Mauerstraße 26-27 Kasse A*	Chausseestraße 17 Kasse L
Potsdamer Straße 134a C	Schönhauser Allee 8 V*
Königsgrüner Straße 6 CD	Reinickendorfer Straße 3 X
Potsdamer Straße 96 (a. d. Balowstr.) P	Brunnenstraße 24 Z
	Badstraße 40/41 JK*
NW.:	NO.:
Alt-Moabit 129 (Ecke Werftstraße) K	Landsberger Straße 89 N*
Turmstraße 51 FG*	Greifswalder Straße 2 MN*
SW.:	O.:
Krausenstraße 38/39 H*	An der Jannowitzbrücke 4 F
Belle-Alliance-Platz 2 O	Frankfurter Allee 89 DE*
Ritterstraße 48 EF	SO.:
Belle-Alliance-Straße 21 HJ*	Dresdener Straße 3 (Kottbuser Tor) T
Friedrichstraße 209 (Ecke Kochstr.) PQ	Köpenicker Straße 30 QR*
S.:	C.:
Oranienstraße 140-142 D*	Königsstraße 41-42 G
	Am Spittelmarkt 8-10 E
	Hackescher Markt 2-3 B

Depositenkassen in den Vororten:

Charlottenburg:	Potsdam:
Berliner Straße 66 Kasse J*	Am Alten Markt 17
Kurfürstenstraße 115 M*	Berlin-Schöneberg:
Savignyplatz 6 Q*	Kaiser-Wilhelm-Platz 2 Kasse U*
Kantstraße 162 R*	Martin-Luther-Straße 5 AB*
Kurfürstendamm 188-189 KL*	Bayerischer Platz 1 ST*
Taunentzenstraße 21-24 NO*	Spandau:
Bismarckstraße 84 OP*	Markt 4 SP*
Berlin-Friedenau:	Berlin-Steglitz:
Rheinstraße 58 Y*	Schloßstraße 88 GH*
Berlin-Halensee:	Berlin-Weißensee:
Joachim-Friedrich-Straße 15 TU*	Berliner Allee 246 LM*
Berlin-Lichtenberg:	Berlin-Wilmersdorf:
Frankfurter Chaussee 152a RS*	Uhlandstraße 57 W*
Neukölln:	Schaperstraße 1 BC*
Berliner Straße 102 S	Uhlandstraße 89-90 UV*
	Kaiserplatz 11-12 VW*

Die mit einem * bezeichneten Kassen besitzen Stahlkammereinrichtung.

Die Depositenkassen eröffnen Geschäftstreibenden, Industriellen und Privaten laufende Konten für den **Depositen- und Scheck-Verkehr** und besorgen

- den An- und Verkauf von Wertpapieren, fremden Geldsorten, Schecks und Wechseln auf das Ausland, die Ausschreibung von Kreditbriefen,
- die Ausgabe von Welt-Zirkular-Kreditbriefen, zahlbar an all. Hauptplätzen der Welt, etwa 2000 Stellen, die Diskontierung sowie Einziehung von Wechseln,
- die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren,
- die Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslosung,
- die Einziehung der abzutrennenden Coupons.

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern.

Nachlaß- und Vermögensverwaltung, Uebernahme von Testamentvollstreckungen.

Sonderabteilung für Buchforderungen.

Stahlkammern.

Die Stahlkammerfächer der Depositenkassen stehen unter eigenem Verschluss der Mieter und eignen sich zur

Aufbewahrung von Wertpapieren, Hypotheken-Dokumenten, Urkunden, Wertgegenständen und Schmucksachen.

Die Vermietung dieser Schrankfächer erfolgt je nach Wunsch auf beliebige Zeit.

Bedingungen für den Depositenverkehr und die Benutzung der Stahlkammern werden an den Schaltern der Kassen ausgehändigt.

Die Deutsche Bank ist mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen und Depositenkassen amtliche Annahmestelle von Zahlungen für Inhaber von Scheck-Konten bei dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Postsparkassen-Amte in Wien.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Steglitz und Dahlem

in Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung.

Wegen Umzuges bleibt die Kasse am 25. September geschlossen. Vom 26. September an befinden sich die Kassenträume

Steglitz, Körnerstr. 55, Kassenstunden werktäglich von 9 bis 1 Uhr.

Berlin-Steglitz, 22. September 1913.

Der Vorstand.

Emil Barthel, Schriftföhrer.

Haben Sie Stoff?

ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick. anwerh. Zusteln von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Dachdecker und Berufsgenossen.

Donnerstag, den 25. September 1913, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei Fritz Wilke, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung:

Die gegenwärtigen Zustände im Dachdeckergerwerbe und wie ist eine Besserung möglich? Referent: Kollege Hermann Höppler.

Alle Kollegen und Berufsgenossen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer: Karl Görnitz, Sebastianstraße 6.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau: Kaiser-Wilhelm-Straße 20. — Geöffnet von 9-5 Uhr.

Heute Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Allgem. Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Diskussion über die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgesellen.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Verbandsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Bei akuten und chronischen Durchfällen der Kinder und Erwachsenen hat sich „Kufeka“ in Wasser oder mit Bouillon gekocht, als leichtverdauliche, die Ernährung regelnde Kost seit Jahrzehnten glänzend bewährt. Es führt dem Körper die nötigen Nährstoffe zu, ohne Magen und Darm von neuem zu reizen.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Zimmer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Wehertstr. 17:

Kombinierte Versammlung der Kontrollkommission mit der Ortsverwaltung.

Branchen-Versammlung der Stellmacher

Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: „Neue Streitfragen in der Arbeiterbewegung.“
2. Bericht von der Generalversammlung.

Große Versammlung der Drechsler aller Branchen

Montag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadtkasino, Holzmarktstraße 72.

Tagesordnung:

1. Die Ratlage unter den Drechslern Berlins.
2. Stellungnahme hierzu.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

80/6 Die Ortsverwaltung.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbll.

Die Parteipresse über den Parteitag.

„Bremer Bürgerzeitung“.

Bar Chemnitz ein Parteitag der Unzufriedenheit, der Unklarheit, so war das diesjährige Jenaer Parteitag der Klärung. Der jaghafte Geist der Dämpfung, der aus Mißtrauen gegen die eigene Kraft glaubte, sich auf bürgerliche Hilfe stützen zu können, war hier gewichen. Die Frage, um die gestritten wurde, war die, in welcher Weise das Proletariat sich aus eigener Kraft am besten und sichersten vorwärts- und aufwärtskämpfen kann. . . .

Jetzt zeigte sich, daß in der Partei die Auffassung schon tief eingedrungen ist, daß der Massenstreik als ein notwendiger Bestandteil zum revolutionären Kampf des Proletariats gehört und die natürliche Konsequenz einer angreifenden Kampftaktik bildet, die sich bewußt ist, daß ihre Kraft in den Massen liegt. Daß diese Auffassung sich so stark ausgebildet hat, ist einerseits eine Wirkung der Erfahrung der verflochtenen sieben Jahre mit ihrer ungeheuren Verschärfung der Klassengegensätze, andererseits eine Wirkung der geistigen Entwicklung der Partei, der wachsenden theoretischen Einsicht, die durch unermüdete Aufklärungsarbeit in Presse und Versammlungen in den Massen gereift ist. . . .

Daß der Parteivorstand die Frage auf die Tagesordnung setzte und eine Resolution anarbeitete, die den Massenstreik als Angriffs- waffe im Kampf für das preussische Wahlrecht bezeichnet, entsprang nicht dem eigenen Triebe, sondern dem Druck von unten. Daß dann durch die Debatten der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Scheidemann, gezwungen war, wesentlich kräftigere Töne anzuschlagen als in seinem Referat, und unsere Kampftätigkeiten zur Erringung des Preussenvahlrechts scharf zu betonen, hat sicher viele Genossen für die Vorstandsresolution gewonnen, die vom Drängen in der Frage der Massenaktion nichts wissen wollen. Und in ähnlicher Weise hob der Vorsitzende, Genosse Ebert, in seinem Schlußwort am Ende des Parteitages in erfreulicher und deutlicher Weise hervor, daß die Parteiführer nicht daran denken, dem Kampf für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts auszuweichen. . . .

Wir wollen die Bedeutung solcher Erklärungen nicht überschätzen, denn eine Bureaucratie kann ihren eigenen inneren Charakter auch durch noch so aufrichtig gemeinte Erklärungen nicht los werden. Die Tatsache bleibt unzweifelhaft, daß das große Verhängnis für die Massenaktionen in der Nacht liegt, die die Partei- und Gewerkschaftsbureaucratie innerhalb der Arbeiterbewegung ausübt. Die Frage, in welchem Maße sie die Entwicklung der Massenaktionen wird hemmen können, ist die wichtigste Kernfrage, um die sich die tiefsten Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung bewegen; hier liegt das wichtigste Problem aller künftigen Erörterungen. . . .

Anderes steht es mit demjenigen Punkt der Tagesordnung des Parteitages, der nach der Massenstreikfrage der bedeutungsvollste war. In der Steuer- und Dedungsfrage kann von einer Klärung nur sehr bedingt gesprochen werden. Sudekum hatte recht, als er in seinem Schlußwort diese Debatte als eine „erweiterte Fraktionsführung“ bezeichnete. In der Tat hat die ganze Debatte darin bestanden, daß die Parlamentarier den Streit, den sie in den Fraktionsführungen miteinander geführt hatten, hier noch einmal vor verammeltem Volke aufführten, und sich gegenseitig mit ihren „allen Kamellen“ um die Ohren schlugen. Daß dabei kein anderes Schlusergebnis herauskommen würde, als daß der Parteitag den Standpunkt der Fraktion billigte, stand von vornherein fest. . . .

Der Fehler der Resolution Wurm liegt nach unserer Auffassung darin, daß sie eine Haltung, die strengstes Gebot unserer Prinzipien ist, als prinzipienlosen Ausfluß eines prozeduralen Opportunismus hinstellt und billigt. Diese Auffassung ist auf dem Parteitag gar nicht zu Worte gekommen. Daher bleibt die Frage, was unser Prinzip in der Dedungsfrage vorschreibt, nicht nur ungeklärt, sondern sie ist nicht einmal berührt oder gar aufgeworfen worden. So bleibt der Zukunft die theoretische Klärung überlassen, die wir von dem Parteitag erhofft hatten. . . .

Kennen wir also die Tagung in Jena in praktischer Hinsicht einen Parteitag der Klärung, so hat er uns dagegen in theoretischer Hinsicht große neue Probleme gebracht, deren Klärung eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft der Partei bildet. . . .

„Dochumer Volksblatt“.

Der Parteitag oder vielmehr seine Entscheidungen tragen einen einheitlichen Charakter: Die Einigung auf der vom Parteivorstand vertretenen mittleren Linie. Das wurde durch den Beschluß in der Frage des Wahlrechtsstreiks eingeleitet, den man beherzigt — der klaren Definition ausweichend — als Massenstreik bezeichnet, unter dem sich viele vieles denken. Und fortgesetzt wurde es durch den Beschluß in der Steuerfrage und die Billigung der Fraktionshaltung, durch den Beschluß zur Waisfeier, zum Halle Adel und schließlich — durch die Wahl des Genossen Ebert zum Vorsitzenden gegen anfängliche anscheinend lebhaftere Widerstände. . . .

Es wäre richtig gewesen, die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt der Erörterung zu stellen und dann die Entschlossenheit, das gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtage unter allen Umständen und mit allen Mitteln erkämpfen zu wollen, in der Resolution auszusprechen. So wie es jetzt ist, können wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß in der nächsten Zeit der Wahlrechtskampf in Preußen eine ernsthafte Belebung erfahren wird. Indessen vertrauen wir, daß die hausbackene Rührerei, die aus dem Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften, Genossen Bauer, sprach, die Arbeitermassen doch wieder aufzuwecken wird, für etwas mehr Begeisterung zum Kampfe für ihre Ziele zu sorgen. Es sei ferne von uns die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen ihre Führer aufzuwecken und diesen etwa den guten Willen absprechen zu wollen, daß sie auf ihre Art den Interessen der Arbeiterklasse so gut als möglich dienen wollen. . . .

Wir sagen den Arbeitern nur, denkt daran, daß ihr noch höhere Ziele habt, als die mit Hilfe der gewerkschaftlichen Methoden zu erreichenden sind. Für diese Ziele müßt ihr politisch kämpfen und dazu seid ihr politisch organisiert. Es geht nicht an, die politischen Ziele den gewerkschaftlichen Methoden und Bedürfnissen dauernd unterzuordnen. Daher: auf keinen Fall Aufsehnung gegen die Gewerkschaftsdisziplin mit Verdächtigung aufopfernder Führer, wohl aber geistiger Kampf zur Durchsetzung des Gedankens, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Lohnsklaverei nicht das Ergebnis eines gut geführten Lohnkämpfes sein kann. . . .

In der Steuerfrage billigen die die Auffassung, daß die Fraktion unter den obwaltenden Umständen für die direkten Steuern stimmen mußte, und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß sie in Zukunft ihre Abstimmungen in ähnlicher Weise den Umständen anpassen werde, ohne sich durch Grundsätze, die gar keine sind und nur durch Kniffe und Pfiffe dazu aufgepusht werden, von dieser Bahn einer Klugen, die praktischen Interessen des arbeitenden Volkes wachenden Politik abdrängen zu lassen. . . .

Von dem Beschlusse zur Waisfeier sind wir nicht befriedigt. Nicht, daß wir an der Verpflichtung zur Abführung des Tagelohnes am 1. Mai mädeln wollen. Wir unterwerfen uns solchen Beschlüssen, wie es bisher geschehen ist. Aber daß man damit die Waisfeier wird beleben können, diese Hoffnung haben wir nicht. Unverständlich bleibt uns in diesem Punkte namentlich das Versteifen auf den Beschluß des internationalen Kongresses, wo es doch notorisch ist, daß außer den Genossen Österreichs nur wir es sind, die diesem Beschlusse nachkommen. Was ist denn die Waisfeier außerhalb Österreichs und des Deutschen Reiches? . . .

Der Entscheidung in der Frage der W. P. E. stimmen wir aus ziemlich intimer Kenntnis der Verhältnisse zu. . . .

In die übertriebenen Ausdrücke der Freude darüber, daß der Parteitag auch ohne Nebel ruhig verlaufen ist und die Partei einig gezeigt hat, können wir nicht einstimmen. Aus dem einfachen Grunde, weil wir die Einigkeit des sozialdemokratischen Proletariats in Deutschland für eine Lebensnotwendigkeit und darum für eine Selbstverständlichkeit halten. Wir haben schon genug zu tragen an der künstlich in die deutsche Arbeiterklasse von ihren Feinden hineingetragenen Spaltung in christliche, gelbe und dergleichen Richtungen. Wir Sozialdemokraten aber dürfen uns den Luxus einer Spaltung nicht leisten und deshalb werden wir es nicht tun, mögen auch eitle Krokodile manchmal, wenn sie nichts Klügeres zu tun wissen, den Spaltungsteufel an die Wand malen. . . .

„Halleisches Volksblatt“.

Der dritte Jenaer Parteitag war in mancherlei Betracht von einschneidender Bedeutung. Er zeigte vor allem so offenkundig, wie noch kein Parteitag vorher, daß die Sozialdemokratie durch ihre praktische Arbeit, besonders durch den Parlamentarismus, den Charakter als Reformpartei außerordentlich stark entwickelt hat. Das ist an sich natürlich, denn die in den Organisationen und in den Parlamentsvertretungen aufgezeichnete Arbeit muß unbedingt wirken und positiv schaffen. Aber diese aufsteigende Entwicklung hat ihre Tendenz, uns durch arbeitende Anteilnahme mit dem herrschenden System stark zu verknüpfen, so massiv entfaltet, daß wir heute nicht mehr so sehr das in den Vordergrund stellen, was die Arbeiterklasse als werkschaffender Faktor zu fordern berechtigt ist, sondern uns an den — Fortschritten freuen und die Wertbestätigung durch Hervorhebung „positiver Erfolge“ bestreiten. Die Erledigung der Steuerfrage war hier das Hauptbeispiel. . . .

Das zweite Beispiel, wie eine errungene große Organisationsmacht die scharfe Aggressivität beeinflusst, war die Erledigung der Massenstreikfrage. Wir haben zu viel zu verlieren — das fangt als tiefer Untergrund in den entscheidenden Reden von Scheidemann und besonders von Bauer und anderen. Deshalb keine „gefährliche“ Offensivtaktik, sondern — abwarten. So wenig die Diskussion und die Entscheidung in der Massenstreikfrage uns zu befriedigen vermag, so sehr glauben wir, daß uns die Situation zu großen Massenaktionen bald genug zwingen wird. Von einer „Propagierung“ des Massenstreikgedankens will die beschlossene Resolution zwar nichts wissen, aber die Erfordernisse der Zeit lehren sich nicht daran, denn daß wir ohne die alte Anteilnahme der Volksmassen auf irgendeinem Gebiete einen Schritt vorwärts kommen könnten — das will wohl niemand behaupten. Wir an unserem Teil werden die Volksmassen immer wieder darauf hinweisen, das ist selbstverständlich. Bedenklich sind nur die Erklärungen der Gewerkschaftsführer auf dem Parteitag. . . .

Der Jenaer Parteitag zeigte noch eine andere Seite unserer Entwicklung: der Schwerpunkt bei allen Parteientscheidungen ist immer mehr in die Instanzen verlegt worden. Das ist bei reinen Organisationsfragen kein Uebelstand und ganz natürlich. Aber zu beklagen ist, daß auch die taktischen und politischen Fragen jetzt von den Instanzen so entscheidend „vorberaten“ werden, daß der Parteitag eigentlich nur die gefassten Beschlüsse sanktionieren kann und auch tatsächlich sanktioniert. Die Resolution zur Massenstreikfrage und die Wahl des Parteivorstandes waren Beispiele. . . .

Wir wollen uns heute nicht gegen diese Entwicklung stemmen, da in der Tat jeder Schritt zu ihr zunächst wohlgegründet war. Wir wollen hier aber aussprechen was ist. Die Einrichtung eines Parteiausschusses war an sich ein Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Partei. Da aber in ihm die Leiter der Verwaltungskörperschaften (der Bezirksvorstände) entscheidend sind, so wirkt er auch demgegenüber. Das ist bei Würdigung der Parteitage in Zukunft von vornherein zu beachten. . . .

„Karlsruher Volksfreund“.

Mit großer Befriedigung dürfen wir auf den Verlauf des diesjährigen Parteitages zurückblicken. Wenn auf einen unserer Parteitage das geflügelte Wort vom „Markstein der Entwicklung“ zutrifft, so auf den diesjährigen Jenaer Parteitag, der in direktem Gegensatz zu seinem Dresdener Vorgänger im Jahre 1903 steht. . . .

Der Verlauf und die Beschlüsse des diesjährigen Parteitages bedeuten einen kräftigen Aufbruch in der Richtung zum konsequenten Reformismus. Zweimal hat auf dem Parteitag der Radikalismus sich Niederlagen zugezogen, von welchen er sich nicht mehr erholen wird. Wenn die zur Frage des Massenstreiks und die über die Steuerfrage beschlossenen Resolutionen auch noch mancherlei enthalten, was sich mit den Anforderungen einer konsequent reformistischen Politik nicht verträgt, so enthalten sie doch so bedeutende Annäherungen an den Reformismus, daß der Versuch einer Rückwärtsrevidierung der Taktik unserer Partei jetzt als ausgeschlossen betrachtet werden muß. Die wachsende Bedeutung der reformistischen Richtung in der Partei ist in Jena in geradezu überraschend prägnanter Weise zum Ausdruck gekommen. . . .

Die Verhandlungen des Parteitages fanden von Anfang bis zu Ende auf einem erfreulich hohen Niveau. Mit trefflichen Gründen wurde sowohl im Bericht des Parteivorstandes als auch in der Diskussion die Gespensterei der Radikalen wegen des Stillstandes unserer Organisation gebannt. Diese rein temporäre Erscheinung kann zu irgendwelchen begründeten Besorgnissen keinerlei Veranlassung geben. Die Radikalen haben diese ganz vorübergehende Erscheinung auf die veränderte Taktik der Partei zurückzuführen versucht und deshalb einen kräftigen Anlauf genommen, die Partei zu einer Taktik revolutionärer Offensive zu drängen. Das Mittel dazu sollte der politische Massenstreik sein. Die vom Parteitag zu dieser Frage gefasste Resolution ist sehr denkbar gefast und entspricht infolgedessen nicht entfernt dem, was die Radikalen von der Massenstreikdebatte erhofft haben. Der Parteitag hat den Versuch, künstlich eine Stimmung für den politischen Massenstreik herbeizurufen, entschieden abgelehnt. . . .

Auch mit der Kritik an der Haltung der Fraktion im Kampf gegen die Militärvorlage haben die Radikalen kein Glück gehabt. Die prinzipielle Kritik in bezug auf die Haltung der Fraktion in der Steuerfrage fiel glatt zu Boden. Gegen die überzeugenden Argumente der Verteidiger der Fraktion konnten deren Kritiker nicht aufkommen. . . . Leider ist Genosse Wurm und mit ihm der Parteitag auf halbem Wege stehen geblieben. Diefelben trefflichen Gründe, mit welchen Wurm, Sudekum und viele andere Redner die Zustimmung zur Dedungsvorlage rechtfertigten und eine allgemein gehaltene prinzipielle Festlegung in der Steuerfrage ablehnten, gelten in vollem Umfange auch für die schon so oft erörterte Budgetfrage. Nach der Begründung der Resolution Wurm ist die Resolution über die Budgetfrage einfach unhaltbar geworden, denn durch die prinzipielle Budgetablehnung sind die Landtagsfraktionen — von seltenen Ausnahmen abgesehen — gezwungen, sich politisch selbst auszusprechen und den schärfsten Gegnern der Sozialdemokratie die politischen Trümpfe in die Hand zu spielen. Die Wurmische Rede gegen die von den Radikalen beantragte Resolution zur Steuerfrage war das glanzvolle, beweiskräftigste Plädoyer für die Aufhebung der Magdeburger bzw. Rürnberger Budgetresolution. . . .

„Chemnitzer Volksstimme“.

Der Parteivorstandsreferent und die Mitte entschieden, daß zwar wahrscheinlich der große Entscheidungskampf um Preußen mit Gewalt ausgefochten werden, daß aber einseitigen unsere Taktik so einzuwirken sei, als ob wir im Reich und Preußen auf dem Reformwege noch lange vorwärts kommen könnten. Wegen dieser letzten praktischen Anweisung stimmte die Rechte mit dem

„Stump“. Aus diesem Geiste heraus ist auch die Parole: „Entweder Wahlreform oder Massenstreik“ zu erklären, die Franz, Scheidemann und Ebert ausgegeben haben. Sie bedeutet nicht, daß von heute an auf den Massenstreik in Preußen als eine in wenigen Jahren zu erzielende Maßnahme hingearbeitet wird, sondern ruft den Herrschenden nur eine Warnung zu, die ihnen sagt, wie es kommen muß, wenn sie nicht einlenken: „So wird es kommen, eh' ihr's denkt.“ Die große Mehrheit der Partei wird diese vorsichtige Behandlung des Massenstreikproblems billigen, denn sie setzt auf die Kraft unserer 4 1/2 Millionen Reichstagswählerstimmen und unserer 110 Abgeordneten großes Vertrauen. . . .

Die vom Jenaer Parteitag angenommene Resolution Wurm stellt völlig zureichend Steueremittlung und Budgetbewilligung gleich und verbietet ihre Annahme, es sei denn, daß sie sonst abgelehnt und durch schlechtere ersetzt zu werden drohen. Unser Standpunkt von 1910 ist also der Standpunkt des Parteitages von 1913, noch genauer gesagt, der des Referenten und der Resolution Wurm. Denn der Parteitag ist noch einen kleinen Schritt weiter nach rechts gegangen und hat angefangen eben der hohen sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Bedeutung der ersten direkten Reichsteuern der Fraktion Dank und Vertrauen dafür ausgesprochen, daß sie es nicht erst auf ihre Gefährdung ankommen ließ. Dem radikalen Flügel ging die Errungenschaft direkter Reichsteuern, die unsere Hoffnung auf lange Fortsetzung der Reformarbeit erhöht, so gegen das Gefühl, daß er ohne zureichende Gründe, entgegen seinem eigenen früheren Verhalten und den Parteiprogrammen die direkten Reichsteuern ablehnen wollte. Auf diese politische sehr gefährliche Katastrophentaktik ließ sich der Parteitag nicht ein. . . .

Das Zusammenwirken des Zentrums und des rechten Flügels in einer Anzahl sachlicher Fragen blieb natürlich nicht ohne Einfluß in Personalfragen bei den Wahlen. . . .

Ausgeprägte Richtungsfragen, um den vom Genossen Hoch geprägten Ausdruck zu gebrauchen, waren (im Gegensatz zur Wahl des Genossen Ebert) andere Wahlen zur Parteileitung. Bei der Neuwahl eines Parteivorstandes unterlag, nachdem der erste Kandidat des linken Flügels, Fleißner-Dresden, abgelehnt hatte, sein zweiter Vorschlag, Dittmann-Frankfurt a. M., gegen den Kandidaten des Parteizentrums Partels-Altona, für den sich auch der Parteivorstand lebhaft ins Zeug gelegt hatte. Noch bemerkenswerter war die Nicht-Wiederwahl des Genossen Brühl-Niederbarnim, der bisher Vizepräsident im Parteivorstand war. Es ist wohl außerordentlich selten vorgekommen, daß ein Parteivorstandesmitglied wider seinen Willen aus dem Parteivorstand hinausgewählt worden ist. Aber Genosse Brühl war mit der Luxemburg-Gruppe so weit nach links gegangen, daß die Parteimehrheit ihn nicht mehr geeignet für die Instanz hielt, die die Aufgabe hat, das Parteiganze zusammenzubalten, und ihn durch den Parteisekretär für die Provinz Brandenburg, Genossen Reichstagsabgeordneter Wels, ersetzte. . . .

Es ist nun gewiß ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Gruppierung Zentrum und Rechte gegen Links immer vorliegen wird. Möglicherweise wird schon auf dem nächsten Parteitag die Mehrheit aus Zentrum und linkem Flügel irgendeinen revisionistischen Seitenprung entschieden zurückweisen. Daher darf man der diesmaligen Gruppierung nicht jene übermäßige Bedeutung beilegen, die ihr die bürgerliche Presse zumißt. Von einem großen endgültigen Siege des Revisionismus kann man wirklich nicht sprechen; er ist sachlich ausgeschlossen, solange nicht alle Verfassungsreformen durchgeführt sind, die eine weitere friedliche Entwicklung Deutschlands ermöglichen. . . .

Wichtiger als die vorübergehenden Mehrheitsbildungen ist die positive Gesamtarbeit des Parteitages. Er hat seine Verhandlungen in unübertrefflich sachlicher und eifriger Arbeit erledigt und kaum mit einem Wort den Feinden des arbeitenden Volkes Material gegeben. . . .

„Dresdener Volkszeitung“.

Der Parteitag in Jena hat die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt. Er hat in eifriger Beratungen eine Fülle wertvoller Parteiarbeit vollbracht. Seine Arbeit wird sicherlich günstige Wirkungen für die Entwicklung der Sozialdemokratie und das Wohl der deutschen Arbeiterklasse zeitigen. . . .

Es ist mit Genugtuung festzustellen, daß die Meinungsverschiedenheit in taktischen Fragen, die innerhalb unserer Partei zum Austrag gebracht werden mußten, in wohlthuend kameradschaftlicher Art behandelt worden sind. Die Debatten nahmen oft einen lebhaftesten, ja leidenschaftlichen Gang, aber sie blieben stets sachlich und würdig. . . .

Der Parteitag hat in wichtigen Fragen, die in der jüngsten Zeit heiß umstritten wurden, volle und erfreuliche Klärung geschaffen. Allerdings ist in der Frage des politischen Massenstreiks sowie in der Steuerfrage eine volle Einmütigkeit des Parteitages nicht erzielt worden. . . .

Es mag sein, daß einzelne Parteigenossen und einzelne Parteiblätter selbst noch nach diesem Parteitag, wie sie es zuvor reichlich taten, davon reden werden, daß der „Opportunismus“, der „Revisionismus“, der „Reformismus“ die Partei auf die „schlechte Ebene“ führen. Tatsächlich aber hat gerade der Parteitag in Jena überdeutlich erwiesen, wie töricht all solche Gespensterei ist. . . .

Freilich ist es unvermeidlich und sogar unbedingt notwendig, daß die Grundregeln der Taktik nicht zu starren Formeln werden, die das Leben erlösen, sondern daß sie hinänglich auf sich verändernde und neu werdende politische Situationen Anwendung finden. Dieser Einsicht, so hoffen wir, werden sich auch die Mitglieder der Partei auf die Dauer nicht verschließen, die in Jena noch als Widerheit überhand gegen das leisteten, was doch durch den Lauf der politischen Entwicklung und durch das Großwerden der Arbeiterbewegung bedingt ist. Wir wünschen sehr, daß die Parteigenossen der Widerheit sich nicht nur aus Disziplin den Mehrheitsbeschlüssen fügen werden, sondern daß sie zur Erkenntnis von der Wichtigkeit und Heilsamkeit der gefassten Beschlüsse gelangen. Damit wird die sehr große Bedeutung, die dem Parteitag in Jena 1913 für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zukommt, noch weiter gesteigert werden. . . .

Die Abstimmung über die Massenstreikfrage.

Wir entnehmen dem demnächst erscheinenden Parteitagprotokoll die Abstimmungsliste zur Massenstreikfrage. Danach haben bei Antrag 100 (Luxemburg u. Gen.) gestimmt:

- Wit ja: Agnes, Albrecht-Galle, Albrecht-Römers, Antrid, Apel, Arendsee, Baudert, Bed, Bellert, Bertram, Böhmeier, Blumhöf, Bod, Böhle, Brandenburg, Braun-Nürnberg, Brühl, Böhmer, Cohn, Gähler, Burdhardt, Wuloh, Cohen, Crüppen, Dr. Döcker, Ehn, Dittmann, Dittmann, Donales, Emmel, Engelhardt-Helmstedt, Engelhardt-Sannfalt, Faust, Felgentreu, Fiedler, H. Fischer-Meinungen II, Fries, Fromhold, Fröhlich, Fuchs, Funks, Gebhardt, Geyermann, Geyer, Gottschall, Götz, Göp, Granz, Graupe, Grenz, Gutekunst, Hammer, Hansich, Hartmann, Hartung, Henke, Hennig-Reustadt, Herzfeld, D. Hoch, Gustav Hoch, Adolf Hoffmann-Berlin, Horn-Stettin, Horn-Dresden, Hügel, Jaffe, Jungnickel-Annaberg, Kappeler, Krayenhein, Kirchbaum, Kleinpeter, Klingler, Krüger-Königsberg, Kretschmar, Krüger-Weißig, Krumm, Kurt, Lober, Ledebour, Lenk, Leopoldt, Leutert, Leuthold, Levi, Lerner, Liebkecht, Linde, Lippmann, Ludwig-Hagen, Luxemburg, Marzhausen, Meier-Rwidau, Menzel, Ruder, Müller-Mörs-Nees, Müller-M. Gladbach, Müller-Weißig, Raumann, Ostkamp, Pannelow, Panzer, Pankau, Pötrin, Raute, Reihhaus, Reize, Ring, Rosenfeld, Roth, Rühle, Ruffel, Schindler, Schnabrich, Schmel, Feint, Schulz-Berlin,

Schwarz, Schwarzbürger, Schweiba, Seip, Sellmann, Söhlein, Speich, Sperling, Stadthagen, Sterzel, Stolte, Karl Stubbe, Vogler, Voigt, Walther-Dresden, Wasser, Weimann, Weiskopf, Weismann, Wich, Windau, Winiß, Wittig, Wünschmann, Zentgraf, Zettin, Ziegler, Zubeil.

Was er in dem Geistlichen: Abels, Ahlmeier, Arzberger, Ayer, Bahr, Bartels, Bartsch, Bauer, Beckmann, Beims, Bender, Berka, Bernstein, Birkholz, Birnhammer, Blume, Bolzmann, Böhle, Böner, Böhle, Böttger, Brandes-Magdeburg, Brandes-Curhaven, Braun-Berlin, Brühne, Breckner, Gey, Bromme, Brückner, Bruns, Cullmer, Vuch, Clojus, Dost, David, Davidsohn, Ded, Dentzler, Dengel, Deutsch, Diefenbach, Dommerhausen, Dreißer, Dröner, Dübber, Dürr, Eberle, Ebert, Eckardt, Erdmann, Erhardt, Ernst, Epwald, Fohrenwald, Faulian, Feldmann, Felber, Felsmann, Feliß, Edmund Fischer-Briesing, G. Fischer-Danmover, Richard Fischer-Berlin, G. Fischer-Cannstatt, Paul Fischer-Wandau, Franz-Wandau, Franz-Berlin, Freyzel, Friedrich Krüsch, Frohne, Halle, Gebhardt-Wurg bei Magdeburg, Gehl, Gerlich, Glauke, Gomoll, Götting, Göhre, Gradnauer, Graf, Grauer, Gröbe, Grumbach, Gumbert, Grünberg, Günther, Haberland, Düsseldorf, Haberland-Bobwinkel, Hahn, Hansen, Hansmann, Hartwig, Häß, Helsenzahl, Hesselbach, Haupt, Heilmann, Hein, Heimann, Hengs-bach, Hentel, Henning, Magdeburg, Henke, Herrmann, Herzog, Heuschold, Heugel, Heilmann, Hielt-Koltenhain, Hielt-Schwabach, Hildenbrand, Horning, Gottlieb Hoffmann-Berlin, Hermann Hoffmann-Kumborg, Johannes Hoffmann-Berlin, Joseph Hoffmann-Zeunstein, Johann Hoffmann-Kaiserlautern, Karl Hoffmann-Bielefeld, Paul Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Saalfeld, Hochbach, Hoffmeister, Hönke, Hug, Hubnisch, Huisemann, Hutterer, Hüttmann, Jädel, Jakobien, Janßen, Jöhner, Jochims, Jenglich, John-Weißig, John-Dresden, Jordan, Jaul, Jälich, Jungnickel-Dresden, Kämman, Kahnt, Kahner, Keidel, Keil, Keller, Kern, Kiel, Kilian, Klingler-Berlin, Klügel, Klöß, Klöß, Knapper, Knaut, Knierim, Knöcke, Knorr, Knorr, Köhler, Köhner, König, Königshoff, Köpfe, Köpke, Krasch, Kraus, Krause-Pantow, Krause-Gimhorn, Kretsch, Kröger, Krüger-Altana, Krüger-Weißig, Kühn, Kurrer, Lange, Langer-Chemnitz, Langer-Striegan, Lan, Laurenberg, Lehmann, Leibrecht, Leich, Leib, Lent, Leyer, Lindnerer, Lindner, Ludwig-Reichenbach, Lüth, Lüthig, Lutz, Waier, Marzelle, Mausgenß, Mehlstein, Meier, Dber-greben, Mele, Mehl, Meißner, Mollenhauer, Müller, Gax-burg, Mostmann, Müller, Wüchsen, Müller, Groß, Dobry, Müller-Berlin (Bartbevorstand), Müller-Chemnitz, Mungel, Neumann, Neumeier, Neupert, Neupfahl, Neumerthal, Nisch, Nöke, Obli, Delme, Oppmann, Pagels, Pauls, Pawlisch, Pechel, Peiterts, Peus, Peter, Pfannsch, Pflüger, Pignish, Polmer, Poling, Porstendorfer, Preßmar, Conrad, Linsell, Raab, Raab, Reichert, Reimers, Reimert, Reppenbogen, Riesberg, Rindfleisch, Röhler, Röhmann, Roth-Damburg, Morgen, Rudolph, Ruedel, Sachse, Sailer-Ludewalde, Sailer-Nampfen, Sjadom, Scheidemann, Hill, Schmid, Jngel-stadt, Karl Schmidt-Nathenow, Ed. Schmidt, Wüchsen, Fritz Schmidt-Berlin, Nisch, Schmidt-Berlin, Nisch, Schmidt-Weigen, Franz Schmidt-Wüchsen, Johann Schmidt-Kenstadt a. d. H., Schneider-Danmover, Schneider-Dresden, Schön, Schönfeldt, Schöpslin, Schölich, Scholz, Schrader, Schrek, Schröder, Schünning, Schulz-Witten, Schulz-Elbing, Schumacher, Schumann, Seel, Seifert, Sellin, Senkel, Siering, Silberhahn, Simon, Sih, Spigel, Sprenger, Stahl, Stäffler, Steiner, Steffen, Stengele, Stephan, Striun, Striebing, Strobeder, Sühne, Heinrich Stubbe, Studentenrol, Taubadel, Thiele, Thielede, Timm, Thöne, Thomas, Thönschön, Treu, Ulrich, Undeusch, Weiser, Wetterlein, Wetter, Vogel, Wagner-Kenstädt, Wagner-Wüchsen, Walter-Hösch, Wobemeyer, Wegener, Weill, Weinheber, Wels, Wengels, Werner, Wettermann, Wiczorek, Wiesner, Winkelmann, Winiß, Wisler, Wischke, Wurm, Zabel, Zelle, Zieg, Zorn.

Mordprozeß Ritter.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Schlichting wendet sich die Verhandlung der Erörterung des Geisteszustandes des Angeklagten zu. Hierzu werden die Auskünfte der ärztlich-reichlichen Medizinalbehörden über Ritters Krankheiten verlesen.

In der Auskunft der Medizinalbehörde in Laibach heißt es, daß der Gefreite Joseph Ritter als Leichenbener in Militärspital tätig war. Nach einiger Zeit habe er erklärt, daß ihm dieser Dienst mehr und mehr unheimlich werde und er fühle, daß er krank werden würde. Nach der Aufnahme der Leiche eines Generals habe er schreckhafte Träume, so daß er aus dem Bette sprang und wütendes Zeug redete. Er behauptete, der General habe sich von seiner Bahre erhoben und sei drohend auf ihn losgegangen. Dann verfiel er in Trübheit. Diese Trübheitsanfälle wiederholten sich in der nächsten Zeit, so daß ihm mehrfach die Zwangsjacke angelegt werden mußte. Wiederholt predigte er und sang die Messe. Dem Arzte erzählte er, er habe bei der Leiche des Generals den Teufel gesehen. — An diesen Bericht reiht sich die Verlesung eines Verichts der Medizinalbehörde in Graz aus dem Jahre 1897. Nach diesem Verichte litt Ritter damals an Epilepsie, zu denen einzelne hysterische Momente traten. Diese Krankheitserscheinungen haben sich mehr und mehr verloren, so daß die Notwendigkeit nicht vorlag, ihn für dienstuntauglich zu erklären. Auf seinen Wunsch ist er dann Wärter in dem Spital geworden und in dieser Zeit zeigten sich einzelne religiöse Wahnvorstellungen, wobei er „Jesus“ rief.

Der Angeklagte erklärt zu mehreren Vorhaltungen, die der Vorsitzende im Anschluß an diese Verichte ihm macht, daß er sich auf diese Einzelheiten nicht mehr besinne. — Vors.: Mir ist aufgefallen, daß Sie immer nur das vergessen, was Ihnen unangenehm ist. Beispielweise haben Sie bei der Vernehmung des Lehrlings Wiesenstahl sich an alle Einzelheiten Ihrer Begegnung mit diesem Jungen besonnen, dagegen haben Sie sich, wie Sie behaupten, nicht mehr daran erinnern können, daß Sie zu diesem Jungen bezüglich des Mörders gefogt haben: einem solchen Manne müßte man immer W übergeben.

Hierauf erstattet Medizinalrat Dr. Hoffmann Bericht über die Ergebnisse der Obduktion der Leiche des getöteten Knaben. Danach ist der Tod eingetreten durch das Strangulieren mit dem Strick.

In eingehender Weise gibt Geheimrat Medizinalrat Dr. Leppmann sein

Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten an der Hand der Akten, der Ergebnisse der Beweisaufnahme und seiner eigenen persönlichen Beobachtung an. Der Angeklagte sei ein geistig beschränkter Mensch mit einem engen Horizont; er hat nachgewiesenermaßen vielfach an Kopfschmerzen gelitten, es ist ihm oft schwarz vor den Augen geworden, er sah Funken und es zeigte sich bei verschiedenen Vorkäufen Bewußtseinsminderung, namentlich dann, wenn er in eine seelische Aufregung kam. Es stehe fest, daß er die Form des Kopfschmerzes hat, die man als epileptische Anfälle bezeichnet. Er hat auch mehrere epileptische Anfälle gehabt und es besteht bei ihm eine starke Affektirbarkeit. Es seien bei ihm zwei Fälle der Geistesstörung vorgekommen. Dazu komme, daß er in seinen seelischen Verhältnissen abnorm und ein angeborenes Homosexuelles ist. Zu seinem ganzen Wesen zeige sich ein feminer Einschlag, der u. a. auch darin zum Ausdruck kommt, daß er gern Frauenkleider trug und Mädchen erzählte. Bei der Erörterung der Frage, ob eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden ist, daß er bei der Tat nicht bei Sinnen war, kommt der Sachverständige zu dem Schlusse, daß er in diesem Falle nicht so weit gehen könne, den § 51 Strafgesetzbuch für anwendbar zu erklären, denn der Angeklagte sei zu der Tat bestimmt worden durch normale Motive und hat das Bewußtsein nicht verloren gehabt, sondern eine Milderung in die Einzelheiten behaltend. Er war schon früher Epileptiker in die Hände gefallen, er lebte in einer gewissen Furcht vor Epilepsie und befand sich nun plötzlich bei der Drohung des Knaben in der Furcht, daß er seine sehr gute und bequeme Stellung verlieren könnte. Für einen Mann

feines Ideenkreises und in seiner Situation lag eine Abwehrhandlung in solchem Augenblicke nicht fern. Aus allem: der Angeklagte sei wesentlich geistig gebrechlich, aber es liege nicht die Begründete Möglichkeit zu der Annahme vor, daß bei der Tat bei ihm die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Aber ein Mensch von der geistigen Beschaffenheit des Mitter werde sich eher gegen die Gehege ergeben, als ein normaler Mensch, weil er vermindert zurechnungsfähig ist und bei solchen Menschen die Hemmungen geringer und der Affekt größer ist und länger anhält wie bei einem Gesunden.

Sachverständiger Dr. Magnus Hirschfeld schied voraus, daß die seelische Veranlagung des Angeklagten an und für sich kein Grund sei, um die Verantwortlichkeit und Zurechnungsfähigkeit für die von ihm begangene Untat zu verringern oder gar auszuschließen. Die Ansicht des Geheimrats Dr. Leppmann, daß hier Lustmord oder sadistische Verirrung nicht vorliegt, teile auch er. Die krankhaften Störungen, die hier in Frage kommen, liegen auf anderem Gebiete. Ritter ist zweimal wegen epileptischer Geistesstörungen mit Tobsuchtsanfällen und Wahnvorstellungen, besonders religiösen Inhalts in Irrenanstalten gewesen. Er litt oft an starken migräneartigen Kopfschmerzen mit hochgradiger Affektirbarkeit, in der der sonst so geduldige Diener, wie nachgewiesen, und auch während der Verhandlung beobachtet werden konnte, sinnlos jäzzornig wurde. Diese Kranken reagieren bei schweren Aufregungen pathologisch. Diese Erregung war durch den unerwarteten Erpressungsversuch gegeben, den Mitter während des Zusammenkommens plötzlich beging. Die dadurch hervorgerufene Angst und Wut lösten bei dem epileptischen, etwas schwachmütigen Psychopathen eine Reaktion aus, in der er zunächst seiner selbst nicht mächtig war. Als er dann seine Heberlegung wiedergewann, war die Tat schon geschehen. Dr. Hirschfeld vertritt den Standpunkt, daß sich die freie Willensbestimmung bei dem Angeklagten nicht mit der vom Reichsgericht erforderlichen Sicherheit bejahren läßt. Er sei aber ein gemeingefährlicher Geisteskranker, der in eine geschlossene Anstalt gehöre, da sein epileptisches Leiden ein chronisches sei und sich impulsive Gewalttaten bei geringen Anreizen wiederholen können. — A. A. Grünspach weist darauf hin, daß man zweierlei unterseide: einen epileptischen Dämmerzustand und abgesehen davon, einen Zustand, den man epileptisches Äquivalent nennt und in welchem der betreffende Mensch eine abnorme Tat begeht.

Der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Roerber, der voraussetzt, daß er seit Jahren sich mit der Psychologie der Affektien beschäftigt und eine neue Affekttheorie aufgestellt hat, gibt in einem längeren wissenschaftlichen Vortrage die Grundzüge dieser Theorie, die mit der Anschauung anderer Autoritäten nicht ganz übereinstimmt. Die Tat des Angeklagten sei die Affektien eines Affektmenschen, der Angeklagte sei ein schwerer Psychopath. Lustmord sei nicht anzunehmen, denn in dem ganzen Vorleben des Angeklagten zeigen sich keinerlei sadistische Elemente. Es handle sich in diesem Anfall um einen Affekt der Wut und der Angst, wozu noch die geschlechtliche Erregung des Angeklagten trat. Nach Ansicht des Sachverständigen ist der Tod des Opfers eingetreten, ehe der Angeklagte eine klare Vorstellung von dem bekommen hatte, was sich ereignet hatte. Er habe im kritischen Augenblicke keine klare Vorstellung und kein Verantwortlichkeitsgefühl gehabt.

Der Vorsitzende weist dem gegenüber darauf hin, daß sich aus den verantwortlichen Vernehmungen des Angeklagten ergebe, daß er sich in jedem Augenblicke seiner Tat bewußt gewesen sei.

Sachverständiger Dr. med. Ernst Burckard schied seinem Gutachten lange theoretische Ausführungen über die Formen der Epilepsie und die Bewertung von Talen epileptischer Personen voraus. Der Angeklagte sei eine von grundsätzlicher krankhafter Persönlichkeit und keine Tat stelle eine Affekt-handlung dar. Als der Affekt bei ihm ausgelöst wurde, sei nach der Heberzeugung des Sachverständigen, die er eingehend begründet, dem Angeklagten jede Heberlegung und jede klare Verstandesfähigkeit genommen gewesen. Der Sachverständige kommt zu dem Schlusse, daß bei einem derartig krankhaften Menschen, betrachtet man die bei der Tat in Betracht kommenden Umstände, eine Störung der Geistesfestigkeit, die die freie Willensbestimmung ausschließt, anzunehmen sei.

Medizinalrat Dr. Hoffmann tritt diesen Ausführungen entgegen und führt seinerseits aus: Nach seiner Ansicht werden hier Schwierigkeiten in den Fall hineingetragen, er werde kompliziert gemacht, was er gar nicht ist. Die Frage der Homosexualität scheidet eigentlich aus. Denn ein Homosexueller muß ebenso verantwortlich sein, wie ein anderer, wenn er nicht krank ist, so selbst ein Lustmörder ist nicht ohne weiteres unverantwortlich. Die Sache liegt doch so: Der Junge verlangte 100 M., da wurde Ritter wütend, der Junge fing an zu lächeln, da bekam Ritter Angst und in der Wut und Angst, die bei dem Angeklagten als Epileptiker besonders stark ausgeprägt sind, kam es zur Tat. Der Angeklagte hat eine absolute Erinnerung an die Vorgänge, das ist ein Beweis, daß die freie Willensbestimmung nicht ausgeschlossen war. Als der Strick dem Jungen umgelegt wurde, war der Junge noch nicht tot. Bei der genauesten Erinnerung des Angeklagten an die Tat entfällt die Annahme eines epileptischen Äquivalents. Der Angeklagte ist erheblich minderwertig und war bei der Tat gereizt und in einem Affektzustand geraten.

Es folgen einige weitere medizinische Erörterungen, an denen sich der Vorsitzende, der Verteidiger, der Staatsanwalt und die Sachverständigen beteiligen. Geheimrat Medizinalrat Dr. Leppmann vertritt nochmals in längerer Ausführungen sein Gutachten. Als Zeuge berichtet Dr. med. Holdheim über die ärztliche Behandlung, die er dem Angeklagten gewährt hat, als Ritter während seiner Dienstzeit bei Gutmann erkrankt war. Der Zeuge hat damals nur feststellen können, daß der Angeklagte ein nervöses Herz hat und ihm die entsprechenden Verhaltensmaßregeln gegeben.

Sachverständiger Kriminalkommissar Dr. Kopp soll sich auf Antrag des Staatsanwalts Grünspach darüber aussprechen, ob die Schilderung des Angeklagten von dem Erpressungsversuch des Knaben Mitter glaubwürdig erscheint. Der Sachverständige bejaht: Zuerst habe er starke Zweifel an der Richtigkeit dieser Behauptung gehabt, denn in seiner 10-jährigen Praxis sei ihm — wenigstens auf homosexuellem Gebiete — noch kein 18-jähriger Epileptiker vorgekommen; der jüngste sei 16 Jahre alt gewesen. Auf anderem Gebiete sei ihm ein Fall bekannt, wo zwei junge Schüler einen ganz raffinierten Erpresserbrief an eine Varietätsgängerin geschrieben haben, indem sie ihr mit der Sittenpolizei drohten. Nachdem er nun noch gehört, daß der Junge in der Tat verdorben war, müsse er die Möglichkeit einer solchen Erpressung und die Auslösung einer ganz außerordentlichen Erschütterung zugeben. — Vors.: Man muß doch bedenken, daß die Erpressung noch gar nicht perfekt geworden war.

Zum Schlusse der Beweisaufnahme wird der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Wegel über die Art und den Inhalt der Befundungen des Angeklagten bei dessen verantwortlichen Vernehmungen gehört. Danach wollte der Mitter zuerst nicht mit der Sprache heraus, er war aber erstem Zureden zugänglich, wurde redlich und machte ausführliche Angaben über die Tat. Der Angeklagte hat dies nach Ansicht des Zeugen gefühllos und ohne Reue getan; er hat zwar geweint, der Zeuge hatte aber die Empfindung, als ob dies nur geschah, weil er betrübt darüber war, daß er im Gefängnis saß und seine schöne Stellung verloren hatte.

Auf Befragen des Staatsanwalts Grünspach bestätigt der Sachverständige Dr. Ernst Burckard aus seiner praktischen Erfahrung, daß bei Epileptikern auch aus normalen Motiven Zustände entstehen, die als epileptisches Äquivalent anzusehen sind.

Die Schuldfragen beziehen sich auf Mord, Totschlag und mildernde Umstände.

Waldhorns.

Staatsanwalt Dr. Wanning nimmt das Wort zur Schuldfrage. Unter Anschluß an die Gutachten des Geh. Medizinalrats Dr. Leppmann und des Medizinalrats Dr. Hoffmann begründet der Vertreter der Anklage seine Heberzeugung, daß der Angeklagte für das, was er getan, verantwortlich, andererseits aber minder zurechnungsfähig ist. Der Angeklagte habe zweifellos das Bewußtsein gehabt, daß der Junge, dem er sich in unritztlicher Weise genähert, ihn erpresserlich bedroht habe, und da sei ihm blüßig die Gedanke durch den Kopf gefahren: er müsse den Jungen befeitigen, damit er den Jungen der Tat los werde. In dieser ganz klaren Absicht sei er seinem Opfer an die Kehle gefahren und habe kräftig zugegriffen. Als ihm der Gedanke kam, daß der schon röchelnde Knabe auf diese Weise doch nicht getötet werde, sei er in einen Nebenraum gegangen, habe ganz bewußt den Strick geholt, bei klarem Bewußtsein diesen um den Hals des Knaben gelegt und so lange zugezogen, bis er nicht mehr röchelte. In diesem Momente habe er die Absicht gehabt, den Knaben umzubringen. Der Staatsanwalt beantragt zum Schlusse die Schuldfrage nach Totschlag zu bejahen, die Frage nach mildernden Umständen aber zu verneinen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Grünspach führte den Geschworenen unter Berufung auf Mittermeier und Staatsanwalt Wulfen vor, daß es sich bei der Homosexualität nicht um eine häßliche Verirrung des Menschen, sondern um eine Verirrung der Natur handelt und sich nur daraus der Zwiespalt in dem Wesen des Angeklagten erklären läßt. Man würde sonst nicht verstehen, daß der Angeklagte, der ein ausgezeichnete Diener war und in ihm erteilten Zeugnisse als ein Muster von Fleiß und Pflichttreue hingestellt wird, in ein so abscheuliches, unfürsichtliches Milieu hineingeraten konnte. Dies müsse man bei der Bewertung der Persönlichkeit, der Tat und bei der Beurteilung der Frage der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten sich vor Augen halten und nicht vergessen, daß dieser nicht ein selbstgewähltes Opferleben geführt hat, sondern ein Opfer seiner unantastlichen Veranlagung ist. Bezüglich der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten haben die Sachverständigen widersprechende Gutachten abgegeben, darin seien aber alle Gutachter einig, daß es sich hier um eine psychopathische Persönlichkeit, um einen Mann mit gesteigertem Affekt, der schon in der Irrenanstalt gewesen, handelt. Bei dieser Vertriebenheit der Ansichten bewährter Sachverständigen müßten die Geschworenen zu dem Schlusse kommen, daß die Frage der Zurechnungsfähigkeit zweifelhaft ist und schon ein solcher Zweifel würde dazu führen müssen, die Schuldfrage zu verneinen. Der Verteidiger betonte, daß hiermit dem Angeklagten kein großer Dienst erwiesen werden würde, da er dann zeitweilig als gemeingefährlich geisteskrank interniert werden würde. Denn die Geschworenen die Zurechnungsfähigkeit aber annehmen, dann könnten sie doch unter keinen Umständen das Vorhandensein der Heberzeugung bei der Tat bejahen. Was die letztere selbst betrifft, so führte der Verteidiger des weiteren aus, daß man die Frage der Notwehr nicht außer acht lassen dürfe, denn der Angeklagte habe sich zweifellos im Stande der Notwehr befunden, da der Knabe Mitter ihm plötzlich als Erpresser entgegnet und Ritter sich einem gegenwärtigen rechts-widrigen Angriff gegenüber sah. Er habe die Notwehr zweifellos überschritten, die Geschworenen hätten aber zu prüfen, ob dies aus Furcht, Schrecken und Bestürzung geschehen ist, was seine Straf-freiheit zur Folge haben müßte. Der Verteidiger geband den Geschworenen, daß ihm ein solches Resultat nicht sympatisch sein würde, da der Angeklagte, wenn er als zurechnungsfähig erkannt werde, auch seine Strafe für seine Tat entgegennehmen müßte — aber seine Pflicht als Verteidiger gebiete es, diesen juristischen Gesichtspunkt nicht unbeachtet zu lassen. Zur Frage der mildernden Umstände mögen die Geschworenen berücksichtigen, daß es sich nicht um den Typus eines Verbrechers handle, sondern um die Affektien eines Epileptikers mit vermindelter Zurechnungsfähigkeit, der ein spärlicher, ordentlicher und frommer Mensch sei und dessen Lebensführung und ganzes Verhalten ihn wohl der Milde der Geschworenen empfehle.

Der Staatsanwalt belämpfte in seiner Replik besonders den Gedanken, daß die Geschworenen Notwehr annehmen könnten. Die Geschworenen könnten eine der Tat entsprechende Sühne nur dadurch sichern, daß sie die Frage nach Totschlag bejahen und die mildernden Umstände verneinen.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautet auf Schuldig des Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände.

Staatsanwalt Wanning beantragte das höchste Strafmaß von 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Rechtsanwalt Grünspach meinte: Wenn die Geschworenen die mildernden Umstände bewilligt haben, erheime es nicht notwendig zum höchsten Strafmaß zu greifen.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verbandete der Vorsitzende: Als am 11. Mai die Tötung des Knaben bekannt wurde und die entzündeten Zettel an den Säulen die Pfingsttrube stürzten, da erregte die Bluttat in Berlin, welches gegen solche Sachen schon einermachen abgestumpft ist, doch Sensation. Man sagte sich: entweder ist der Täter ein Abgott der Menschheit, dann gebührt ihm die Todesstrafe, oder es ist ein Jesuitener, der für die Dauer seines Lebens unschädlich gemacht und ins Irrenhaus gesteckt werden muß. Die zehntägige Verhandlung hat gezeigt, daß die Wahrheit in der Mitte liegt. Der Angeklagte ist krank, aber nicht so krank, daß er nicht verantwortlich wäre, er ist zwar schuldig, aber doch nicht so schuldig, daß ihm nicht mildernde Momente zur Seite ständen. Das wird manchen nicht befriedigen, namentlich vom Gesichtspunkte des Schutzes der Allgemeinheit aus. Der Schug der Allgemeinheit vor Geisteskranken ist heute noch nicht genügend vorhanden, wie Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann kürzlich erst in einer Versammlung von Berufsgeoffenen unter Aufstellung von Reformvorschlägen ausgeführt hat. Wenn es darin besser werden soll, so kann es nicht durch die Justiz geschehen, da diese nur zu urteilen hat vom Standpunkte der subjektiven Schuld. In dieser Beziehung ist zu berücksichtigen, daß das bisherige Leben des Angeklagten viele guten Seiten aufweist und die schlechten Seiten auf seine unglückliche natürliche Veranlagung zurückzuführen sind. Betrachten wir die Tat, so sehen wir eine Reihe von Umständen, die die ausfallende Zurechnung einermachen erklären mögen, daß ein Mann, der sich 31 Jahre seines Lebens hindurch schuldlos geföhrt, zu so schwerer Tat gebracht werden konnte. Er hat zuerst den Jungen mißbraucht, geriet dadurch in Erregung und diese hat bei ihm, mehr als es sonst wohl der Fall gewesen wäre, Ähznorn, Angst und Wut ausgelöst. Es bleibt aber noch genug Schuld übrig; er hat seine unglückliche Veranlagung nicht genügend bekämpft und bemeisert. Wir nehmen ihm besonders übel, daß er, als der Junge schon röchelnd auf dem Bett lag, nach dem Strick herbeihole und ihn dem Knaben um den Hals legte. Die von ihm nach der Tat gezeigte Reue beweist, daß er nicht zu den gemeinsten Menschen zu rechnen ist. Wenn man nun auch alle vorhandenen mildernden Umstände berücksichtigt, so ist doch kein Grund vorhanden, unter das Höchstmaß der Strafe noch herunter zu gehen. Der Reichshof hat den Angeklagten zu 5 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte erklärte sich zum Strafaustritt bereit.

Aus Industrie und Handel.

Die ober-schlesischen Montanwerke haben in der letzten Konjunkturperiode ebenfalls einen lebhaften Aufschwung genommen. So beruht die Vereiniigte Königs- und Raurahütte über das vergangene Geschäftsjahre 1912/13: Die Gütemwerte waren bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu lebendigen Preisen befristigt. Die Erzeugnisse und Verkaufsziffern sowohl wie die Einnahme- und Gewinnziffern sind die höchsten seit Bestehen der Gesellschaft. Nur das Rohengeschäft wurde durch den dreimonatigen Bergarbeiterausstand im Frühjahre empfindlich

gefordert. Der Rohgewinn der Gesellschaft nach Abzug der allgemeinen Unkosten und Zinsen aller Art betrug 11,2 Millionen Mark oder 2,2 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Die Abschreibungen von den Anlagevermögen wurden nach dem Antrag der Verwaltung auf 6,6 Millionen Mark gegen 5,5 Millionen Mark im Vorjahr, das ist um eine Million höher, festgesetzt. Die Dividende kann daher von 6 auf 8 Proz. erhöht werden.

Diese Ziffern sind zugleich eine aufreizende Illustration zum Verhalten der Unternehmer im obersteichsten Bergarbeiterstreik, wo die Forderungen der Arbeiter als unerfüllbar abgelehnt wurden.

Der augenblickliche Konjunkturrückgang zeigt sich bei der Gesellschaft darin, daß die Aufträge für das kommende Jahr sich nur auf 18,88 gegen 22,16 Millionen Mark zu Beginn des Vorjahres belaufen. Ferner berichtet die Gesellschaft, daß mit dem abnehmenden Auftragsbestand im Eisengeschäft eine stark rückläufige Preisbewegung verbunden ist. Dagegen hält die günstige Lage des Kohlenmarktes an.

Krieg und Eisenindustrie stärker noch als die deutsche Eisenindustrie wird die österreichische von der Abschwächung der Konjunktur betroffen. Während die deutschen Montanwerte des

Geschäftsjahr 1912/13 mit erheblich erhöhtem Umsatz und Gewinnsteuern abschließen, weist z. B. die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft nur eine geringe Erhöhung des Bruttoertrages auf. Der und einen Rückgang des Reingewinns und der Dividende auf. Der Reingewinn sank um 1 Millionen Kronen auf 15,2 Millionen Kronen. Die Dividende wird daher nur 190 Kronen pro Aktie oder 38 Prag. gegen 200 Kronen im Vorjahr betragen. Zeitweiliger Arbeitermangel infolge des Balkankrieges und die rapide verschlechterte Konjunktur haben die Mehrerträge des ersten drei Quartale in einen Mindergewinn im letzten Quartal gewandelt.

Rüstungsdividenden. Während die gesamte österreichische Industrie unter den Nachwirkungen des Balkankrieges leidet, hat die Rüstungsindustrie auch dort Hochkonjunktur. Die Oesterreichische Waffenfabrik erzielte im vergangenen Jahre einen Mehrertrag von fast 600 000 Kronen, so daß sich der Reinertrag auf 2,9 Millionen Kronen stellt. Die Dividende kann daher von 17 auf 19 Proz. erhöht werden.

Ein Opfer des Balkankrieges. Die Ludfirma Albrecht Müller in Prag hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven belaufen sich auf 500 000 Kronen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22. 9.	am 21. 9.	Wasserstand	am 22. 9.	am 21. 9.
Memel, Mitt	148	+13	Caale, Groditz	68	-1
Pregel, Ansb. Burg	18	+22	Dabel, Spandau	22	0
Beise, L. Horn	314	-70	Spree, Spandau	2	-10
Oder, Rastow	200	-5	Spree, Spremberg	60	+2
Steffen	187	-1	Beckow	91	0
Frankfurt	176	-1	Weser, Minden	131	+3
Barthe, Schrimm	61	0	Weser, Wieden	213	+6
Landberg	31	+11	Rhein, Magiliansau	474	-3
Bochum	0	+4	Rhein, Rind	256	-9
Elbe, Lützow	-13	+5	Rhein, Rind	256	-9
Dresden	-137	+7	Rhein, Rind	256	-9
Barby	79	-7	Reckar, Quellbrom	123	+42
Magdeburg	78	0	Rhein, Rind	118	+1
			Rosel, Arter	67	-1

+) bedeutet Zufluß, — Fall, —) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein L. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreis.

Abteilung I. Bezirk 419.
Der Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 21. Sept., unser langjähriges Mitglied, der Droschler

Karl Montag

Leibnizstr. 10, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Friedrichstraße aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler

Karl Montag

Christenburger Straße 40, im Alter von 56 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Friedrichstraße aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Ortsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drechsler

Willi Neumann

am 21. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenkirchhofes in Charlottenburg-Bezirk, Fürstendamm Weg, aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Ortsvorstand.

Verband der Bureauangestellten.
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Richard Kettnich

(Verföhrungsangestellter) am 20. d. M. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Schönholz, Hermannstraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer, Plasterer u. Berufsg. Deutschlands.
Zentrale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hammer

Max Steinmann

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Schönholz, Hermannstraße, aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Am Montag, den 17. d. M., ist unser Mitglied, der Herr

Lina

im 78. Lebensjahr, 788

gestorben. Die Beerdigung findet am

Georg Peters

am Donnerstag, den 25. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Schönholz, Hermannstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein L. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 21. d. M. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Max Steinmann

Kölnstr. 2

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Friedrichstraße, aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Am 22. d. M. verstarb unsere Genossin

Frau Lina Peters

Kriststr. 46, Bezirk 758

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Reichshofes in Friedrichstraße, aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Brauer

Ferdinand Weiermüller

(Leinwand-Beuereh.) im Alter von 59 Jahren an Bluthochdruck verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 21. September, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Hünoldstraße 68-73, aus statt.
Pünktliche Beteiligung erwartet.
Der Ortsvorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Jüngers

Hans Borsdorf

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Ludwig Voere u. Co., Kgl. Hütewerk, den Ring-Sportvereinen „Gand in Hand“, „Deutsche Höhe“, „Germania“ und Arbeiter-Vereinen Deutschlands, 4. Kreis unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Emil Borsdorf nebst Frau und Tochter

Blüthenstr., Niedemanns Privatweg 11.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen legen allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie seinen früheren Kollegen der Firma Heben u. Sohn, dem Verband der freien Holz- und Schenkwirtschaft Deutschlands, dem sozialdemokratischen Wahlverein von Nieder-Barnim, Bezirk Nichtenberg, dem Gefangenen-Verein, dem Vorhagener Sparverein, „Kriegsheim“, insbesonders Herrn H. Bielewicz die herzlichsten Worte an der Bahre des Verstorbenen, unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Witwe Anna Morr.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters **Karl Seidel** sagen wir allen Beteiligten, insbesondere den Anhabern und Kollegen der Firma Köhlermann u. Röhrenmann sowie den Mitgliedern des letzten Wahlkreises, des Landvolksvereins „Eckertende“ und der Genossenschaft der Arbeiter unseres unmittelbaren Bekannten **Seidel.**

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Beteiligten, insbesondere seinen Verwandten und seinen Sängern, dem Sparverein „Kette Rette“, dem unseren Hausgenossen den herzlichsten Dank.
Witwe A. Wolf und Kinder.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres lieben Vaters **Wilhelm Schulze** sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Weiler Herrn Gruniger, den Kollegen der R. E. G., dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Wahlverein des Ranteis und dem Gefangenenverein „Eckertende“, Dank.
Anna Schulze nebst Kindern
Pantow, Hennrich 29.

Bekanntmachung.

Das Königl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin hat in der Sitzung vom 30. August d. J. die Schlichtung der diesseitigen Sache mit Ablauf des 31. Dezember 1913 beschlossen.

In Gemäßheit des § 500 der Reichsversicherungsordnung werden die bei der Schlichtung nachstehenden versicherungspflichtigen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niederbarnim ausgewiesen.

Mohrenstr. 37 3/4
Kolonnaden,
Gr. Frankfurterstr. 115

Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc.
Außerste Preise

Farbige Konfektion

in größtem Maßstabe
zu billigsten Preisen

Westmann

Ohne jede Anzahlung!
Keine Kaution, keine Mieten! Bett- u. Leibwäsche, Teppiche, Portieren, Bilder, Gardinen, Stores, Stepp- u. and. Decken.

Plüsch

Selden-Seal für eleg. Damen-Paletots Mr. 10, 12, 16 Mk.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21 Petrikirche

Sie fühlen sich wie neugeboren, wenn Sie

Milo - Schnupftabak

schnupfen.

Bester russischer Argentat.

Milo gegen Schnupfen

Milo gegen Verschleimung

Milo gegen Trockenheit der Nasenschleimhäute

Milo belebt die Sehkraft

Milo ist frei von schädlichen Substanzen

Milo der beste Schnupftabak der Gegenwart und Zukunft

Milo wird nach altem Rezept 100jähr. Rezept hergestellt

Milo kostet die Dose 10 Pf.

Milo durch den Zigarrenhandel zu beziehen

General-Vertrieb für Deutschland

S. Rund

Zigarren- und Tabak-

General-Agenturen

Berlin NW 87, Tel. Noabit 8157.

Möbel

Wir liefern direkt an Privatsatz drei Häuser durch eig. Werkstätten
Stube u. Küche R. 208, 244, 250, 276, 317, 357, 376, 429, 493, 2 Stuben u. Küche R. 280, 309, 352, 427, 501, 590, Schlafzimm. R. 223, 276, 312, 355, 429, 460, 540, Küchen R. 51, 68, 75, 92, Ständ. Lager 300 Einrichtungen, Reichhalt. Preisb. gratis u. franco. Abgabe einzelner Stücke ohne Preisermäßigung!
Höfner's Möbel-Engroshaus
Berlin N. 201,
Veteranenstr. 11, 12, 13.

Groß-Dampfwäscherei

Hilda

Inhaber: Martin Schleer & Co.

Lothringer Str. 16.

Telephon: Amt Norden 6190.

Bitte Preiskurant zu verlangen.

Ein- u. Verkaufsgenossenschaft der selbständigen Tabakverarbeiter Deutschlands in Liquidation.

Bilanz:

Aktiva R. 387,50

Passiva R. 602,36

Verlust R. 214,86

Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. 2401b

Berlin, den 22. September 1913.

Die Liquidatoren:

Fritz Ehler, Ferd. Ehler

Kosenthaler Straße 18.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher

hält stets am Lager

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Land- und Bauparzellen

für Bauzwecke schon mit 100 Mark Anzahlung, keine jährliche Teilzahlung, im westlichen Vorort, direkt am Bahnhof, guter Boden, größte Wertsteigerung zu erwarten. Bevor Sie anderweitig beschaffigen, prüfen Sie dieses Angebot, da streng resell. Schreiben Sie sofort an **M. Buchholz**, Berlin, Rindfleischstr. 19. Pläne, Prospekte. Kaufkraft kostenlos.

Wanderkarten

hält stets vorrätig

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden)

Ausnahmepreis!

Ein Posten neuester **Prima-Bouclé-Teppiche**

Größe ca. N. bisher

165/235 cm 21⁵⁰ (27.00)

200/300 cm 34⁵⁰ (45.00)

250/350 cm 49⁵⁰ (65.00)

300/400 cm 78⁵⁰ (107.50)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158

Der neue Katalog

mit bunten Teppichmustern

750 Abbildungen gratis u. franko.

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Meth. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.

Dr. med. Wockenfuß

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)

Sprecher 8-9, Sonntags 8-9.

Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz)

Sprecher 11-1, 5-8, Sonnt. 9-10.

Achtung!

St. Felix Brasil p. Pfd. 1,50—3,20

Java-Vorstellung . . . 1,10—4,20

Sumatra . . . 1,45—7,00

Borneo . . . 1,50—7,00

Hamburger Rohbark-Haus

Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.

Steppdecken

größte Auswahl, billig; auch Kufarbetten alte Steppdecken.

Fabrik Berlin, Wallstr. 72, zwischen Koch- u. Zinkstr.

Gneisenaustraße 10,

S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für

Möbel jeder Art.

Kassa und Teilzahlung.

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß, eigenes Stofflag. Per Rasse Preisermäßigung.

J. Tomporowski, Schneidernst.,

Just SW 47, Dreibrückstr. 47, an der Bellevue-Anlage, u. Tempelhofer Feld.

Vertreterbelust jederzeit.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl. Stück 5 Pf.



Gewerkschaftliches.

Die englischen Postbeamten für den Streik.

London, 22. September. (Fig. Ber.) Seit mehreren Jahren streben die englischen Postbeamten nach einer Verbesserung ihrer materiellen Lage, die durch das Steigen der Lebensmittelpreise sehr beeinträchtigt worden ist. Bisher verließen sie sich nur auf das Wohlwollen der Regierung, die es auch nicht an Untersuchungskomitees fehlen ließ, ohne daß es den Postbeamten darum besser gegangen wäre. Endlich ist diesen lange geflochtenen Staatsbeamten der Geduldsfaden gerissen. Sie haben eingesehen, daß sie mit ihrer bisherigen den Streik verdamnenden Taktik nicht weiter kommen und haben sich mit großer Mehrheit für die Taktik des Streiks ausgesprochen. Anlaß zu diesem Beschluß gab der Bericht eines Komitees, das sich mit den lauten Klagen der Postbeamten befaßt und Vorschläge zur Abhilfe machen sollte. Die gemachten Vorschläge werden nun von den Postangestellten als eine Verpötlung der gesamten Beamtenchaft angesehen. Der Komiteebericht schlägt eine winzige Lohnaufbesserung und daneben eine Verlängerung der Arbeitszeit für manche Beamtenkategorien vor. Ferner soll nach dem Bericht die Verteilung der Arbeit so gesehen, daß Arbeiter, die heute von besser bezahlten Angestellten verrichtet werden, anderen, schlechter bezahlten Postbeamten übertragen werden. Dadurch würde man mehr an Gehältern sparen, als man an den vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen ausgeben würde. Der Bericht hat unter den niederen wie den höheren Postbeamten die höchste Enttäuschung hervorgerufen. Am 20. September tagte in Birmingham eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Postangestellten, die sich mit der Lage befaßte. Nach langer Diskussion wurde folgende Vorstandsresolution angenommen:

„Die Konferenz lehnt es ab, dem Bericht des Komitees als eine passende Antwort auf unsere gerechten und mäßigen Forderungen anerkennen. Sie erklärt entschieden, daß keine Spielerei mit Feinheiten die zugegebene Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung aus der Welt schaffen wird und betrachtet den Versuch, die Arbeitszeit des Personals unter der Maske eines Jugeständnisses zu vermehren, als eine Verleumdung der Intelligenz der Postangestellten. Sie fordert die Regierung auf, sofort Schritte zu tun, um die akute und gefährliche Lage zu regeln.“

Später nahm die Generalversammlung dann mit 549 gegen 175 Stimmen eine Resolution an, in der sich der Verband für die Taktik des Streiks ausspricht und so mit der Vergangenheit gründlich brach. Der Generalsekretär Stuart führte zu dieser Resolution aus, daß nach seiner Ansicht die streikfeindliche Haltung des Verbandes an dem Komiteebericht mit schuldig sei. Früher sei er gegen Streiks gewesen, aber die Zeiten hätten sich geändert. Man müsse den Postminister wissen lassen, daß man nicht ewig mit sich spielen lasse und daß man nicht unter allen Umständen den Kampf ablehne.

Natürlich bedeutet dieser Beschluß nicht den unmittelbaren Streik der englischen Postbeamten. Man hat nur eine Waffe anerkannt, von der man in dem bevorstehenden Kampfe Gebrauch zu machen gedenkt.

Berlin und Umgegend.

Die Lage der Schirmmacher und Schirmnäherinnen lautet das Thema einer vom Deutschen Holzarbeiter-Verbande einberufenen Versammlung, in der Max König referierte. Redner

gab ein Bild von der Lage der genannten Gruppe auf Grund einer im letzten Jahre aufgenommenen Statistik. Der Bericht umfaßt 25 Orte Deutschlands, und obgleich die Statistik nicht ein vollständiges Ergebnis zeitigte, geht doch daraus hervor, daß unter dieser Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen ein furchtbares Elend herrscht. Hier zeigen sich die verheerenden Folgen der Heimarbeit im greiflichsten Maße. Die Agitation ist hier, wie in allen Heimarbeitersindustrien, eine sehr schwierige. Während der Deutsche Holzarbeiterverband für die übrigen angeschlossenen Arbeitergruppen erhebliche Vorteile erkämpfen konnte, trifft dies für die Schirmbranche nicht in dem Maße zu. Insbesondere sind es die Schirmnäherinnen, die unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten müssen. 10-15 M. Verdienst in der Woche bei einer Arbeitszeit von 60 bis 110 Stunden ist keine Seltenheit. Rechnet man noch 2-5 M. für Zutaten ab, so kann man sich vorstellen, unter welcher erbärmlichen Verhältnissen diese Arbeiterinnen dahingehertieren. Außerdem kommt noch hinzu, daß mehrere Stunden mit Liefern und Warten auf Ware verloren gehen.

Gestützt auf reichhaltiges Tatsachenmaterial konnte der Referent eine ebenso interessante wie ergreifende Darstellung der Lebensbedingungen der Schirmproletarier entwerfen, die sowohl Berlin wie das übrige Reich umfaßte. Charakteristisch ist auch folgendes Vorkommnis: Bekanntlich verweisen die Berliner Unternehmer aller Berufe gern auf die Löhne in der Provinz, die es ihnen aus Konkurrenzrücksichten unmöglich machten, mit ihren Lohnsätzen hinaufzugehen. So auch die Berliner Schirmfabrikanten. Nun hatte vor zwei Jahren der Deutsche Holzarbeiterverband eine Enquete-Kommission herausgegeben, die auch statistische Angaben über Löhne ufm. enthielt und im Reich verteilt wurde. Da erklärten nun z. B. die Unternehmer in Stralsburg i. E. ihren Arbeitern: wenn ihr dem Verband beitrete, so zahlen wir Euch von nun an — Berliner Preise! So stellt sich also in diesem Falle das Märchen von der Konkurrenz in der Provinz dar.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten ergänzt, bezw. bestätigt. Es wurde hauptsächlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Schirmnäherinnen zu organisieren. Das könne am besten geschehen, indem das Hauptgewicht auf Werkstättenversammlungen gelegt werde. Dort sei es am ehesten möglich in organisatorischer Hinsicht erfolgreich auf die Berufsangehörigen einzuwirken. Es wurden auch Beispiele vorgebracht, die die Schirmfabrikanten im Lichte des Schärfermachertums zeigen. Wie schwer die Arbeitslosigkeit auch auf die Gruppe der Schirmmacher lastet, geht aus der Tatsache hervor, daß 6-8 Monate Beschäftigungslosigkeit keine Seltenheit ist. Es kommt vor, daß Frauen von Schirmmachern, die so lange ohne Arbeit sind, eine Kinderstube haben, um Käder geben und alte Bekleidungen holen, mit denen die Familien ihren Hunger stillen.

In der Gardinen- und Portierenfabrik von August König, Teltower Straße 47/48, stehen die Holzarbeiter seit vier Wochen im Streik. Schon einige Wochen vorher entstanden Differenzen, weil die Firma den Arbeitern Abzüge auf tarifliche festgesetzte Affordpositionen anbot, die für jeden in Frage kommenden Arbeiter einen Lohnausfall von 8-9 M. pro Woche bedeuteten. Und das, obgleich der Durchschnittslohn dieser Arbeiter nur 23 M. betrug. Trotz der bei so niedrigem Verdienst selbstverständlich sehr schlechten wirtschaftlichen Lage, zeigten die Arbeiter das größte Entgegenkommen, indem sie weitgehende Zugeständnisse machten. Die Firma lehnte aber diese Zugeständnisse ab und beharrte auf Durchführung ihrer horrenden Abzüge. Unter Bezug auf den erst im Januar dieses Jahres mit der Firma abgeschlossenen Tarifvertrag versuchte dann ein Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes diese Differenzen zu erledigen. Leider ohne Erfolg, da die Firmeninhaber sich weigerten, den Organisationsvertreter zu empfangen. Die Firma liefert u. a. für fast alle Warenhäuser, so besonders für Wertheim, Jandorf und Tieg Gardinen- und Portierenfabrik, die mit der Schutzmarke „König-Stangen“ versehen sind.

Sollferantentitel oder Orden. Dazu hat man die allgemeine Achtung, ist Vorstandsmittglied im Verein zur Bekämpfung der Unsitlichkeit und gefeierter Damentreuer im Kriegerverein und — nebenbei hat man ein warmes öffentliche Quartier, wo man als die Lästlichen, die man öffentlich hinter der Maske des ehrenfesten Bürgers verhehlt, heimlich an halbwegsige Wädel los wird. Der Dresdener Skandal zeigt nur, wie verkauft und greislichst dieses Bürgertum ist, das für die höchsten Güter der Nation einzustehen vorgibt. Seine geistige Domäne ist der Stammtisch, wo das Gepräch zwischen Bismarck und Mikolich hin und her schwankt, und seine Gefühlsdepotpunkte sind ein Kellereingang und ein Privatbordell mit Minderjährigen. Und mit diesem Bürgertum sollte man nicht aufräumen können?

Die Moral mit dem angehängten Schinken. Peter Binnens „Wer will unter die Soldaten?“ hat den „maßgebenden Stellen“ so wenig gefallen, daß sie schleunigste Konfiskation angeordnet haben. Um so mehr werden die „Rekrutenbriefe“ bei eben diesen Stellen Anklang finden, die der „Bäuerliche Dienstbote“, Organ des Vereins für katholische ländliche Dienstboten, Bayern i. G. Nr. 1, seinen Lesern mit auf den Weg gibt. Herr Pfarrer St. in G. ist Verfasser, weiß, was sich für einen Soldaten ziemt. Helldemut. Die Kriegsgeschichte ist voll heldenmütiger Taten. In der Schlacht bei Vionville, am 18. August 1870, führten 1000 Reiter, den sicheren Tod vor Augen, in die französischen Reihen. Als zum Sammeln geblasen wurde durch den einzigen Trompeter, der noch am Leben war, gab seine Trompete einen marterstärkenden Ton: sie war von Kugeln durchlöchert. Nur 100 Reiter fanden sich ein, die übrigen waren gefallen. Das war Helldemut und Tapferkeit. Mut und Tapferkeit werden durch die militärischen Übungen gefördert, aber die Wurzeln dieser Manneszucht müssen beim Soldaten im festen Gottvertrauen liegen. — Neben Helldemut und Gottvertrauen aber auch Gehorsam. Das ist sogar am Ende noch wichtiger — von wegen der Rückwirkung auf das zivilistische Dienstverhältnis. Gehorsam muß sein. „Also kein „linksum“, wenn „rechtsam“ kommandiert wird, wie es daheim oft geschieht. (Leider!) Widerrede gibt es nicht. Da heißt es einfach: „Zu Befehl“ und gehorchen. . . . Das ist oft schwer für den nach Freiheit strebenden Menschen, aber es muß sein, weil Soldaten- und Christenspflicht. — Endlich aber auch: Gute Führung! Einer ehrenhaften Führung muß jeder Soldat sich fähig fühlen. Man will sein Schwert sei sein Charakter. . . . Durch ehrenhafte Führung sei jeder seinen Kameraden ein Vorbild“, u. s. f.

Schon gesagt, nicht wahr? Welcher preußische Unteroffizier könnte der Verlockung widerstehen, die Nummer des „Bäuerlichen Dienstboten“, die diese guten Ratsschläge enthält, zur Massenverbreitung zu empfehlen! Aber wir warnen dringend! Nicht nur im Schafspelz, auch in der Couture geht der Wolf umher. Befagte Nummer des „Bäuerlichen Dienstboten“ enthält nämlich noch einen anderen Aufsatz zur Ermunterung junger Rekruten. Und aus ihm spricht — leider! — eine ganz andere Moral. Hans und Jakob, ihre Helden, beweisen darin ihren Helldemut und ihre vorbildliche Führung in nicht mehr mehr und nicht weniger, als daß sie im Wandern einen Schinken kauen. Und der Verfasser ist ihnen deshalb gar nicht böse. Rein, man hört ordentlich, wie er sich ins Häutchen laßt, wenn der bestohlene Bauer schimpft und poltert und der Unteroffizier angeblich nach dem geraubten Gute sucht; man spürt ordentlich seinen Kerger, wenn durch einen dummen Zufall das Versteck — die Trommel — doch entdeckt wird. „Unrecht Gut gebelhet nicht“, sagt er zwar am Schluß. Aber schließlich schadet nichts, wenn man mal die Probe macht, ob es nicht doch am Ende gedeiht. Heute noch schimpft Jakob, wenn er von der Sache erzählt, darüber, daß der fottige Schinken nicht den

Die Vergebung der Dachdeckerarbeiten bei der Baugenossenschaft „Paradies“

in Bohnsdorf gab Veranlassung zu heftigen Auseinandersetzungen in der letzten Versammlung des Zentralverbandes der Dachdecker. Görnig gab, veranlaßt durch den später zurückgenommene Vorwurf, er habe die Interessen der organisierten Dachdecker auf dieser Baustelle nicht genügend wahrgenommen, folgende Darstellung des Falles:

Unmittelbar vor der Inangriffnahme der Dachdeckerarbeiten in Bohnsdorf habe er erfahren, daß die Ausführung der Dachdeckerarbeiten dem Dachdeckermeister Varentzien übertragen worden ist. Weil nun Herr Varentzien mit zu den Arbeitgebern gehört, welche im vergangenen Jahre beschlossen hatten, keinen Dachdecker zu beschäftigen, welcher im Zentralverband organisiert ist und weil er auch nach diesem Beschluß streng gehandelt hat, ging Görnig zu dem Vorsitzenden Dorner der Baugenossenschaft „Paradies“, um mit ihm über diese Dinge zu reden. Dorner sagte: Es sei wohl richtig, daß Varentzien die Arbeiten übertragen worden sind. Es sei dies aber auf Verantwortung eines Vorstandsmittgliedes der Baugenossenschaft geschehen, welches selbst Dachdecker sei. Dem Arbeitgeber Varentzien sei auch vertraglich die Verpflichtung auferlegt worden, in Bohnsdorf nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Zunächst sprach Görnig seine Verwunderung aus, daß der Vorstand der Baugenossenschaft es nicht für notwendig erachtet habe, sich mit der Organisationsleitung des Dachdeckerverbandes zu verständigen, um sich von dieser einige tarifreue und leistungsfähige Firmen in Vorschlag bringen zu lassen. Weiter wies er darauf hin, daß die Bestimmung, „nur organisierte Arbeiter“ zu beschäftigen, von Herrn Varentzien so verstanden werden kann, daß er auch seine Dachdecker als organisiert betrachtet, obgleich sie alle in der gelben Organisation sind. Der Vorsitzende der Baugenossenschaft „Paradies“ versprach, Herrn Varentzien ausdrücklich die Verpflichtung aufzuerlegen, nur Arbeiter zu beschäftigen, welche im Zentralverband organisiert sind. Da sich im Augenblick nicht mehr erreichen ließ, mußte man sich mit diesen Erklärungen zufrieden geben. Nach kurzer Zeit stellte sich aber heraus, daß in Bohnsdorf die Hilfsarbeiter nicht organisiert sind und trotzdem dort beschäftigt wurden. Sie hatten wohl versucht, in den Zentralverband der Dachdecker wieder aufgenommen zu werden. Die Aufnahme lehnte Görnig aber ab, weil genügend organisierte leistungsfähige Hilfsarbeiter auf dem Arbeitsmarkte lagen, welche zum Teil schon monatelang ohne Beschäftigung waren. Als die Aufnahme vom Dachdeckerverband vertagt wurde, versuchten die Leute sich in den Transportarbeiterverband aufnehmen zu lassen. Nach ziemlich 14 Tagen gelang es den Varentzien'schen Hilfsarbeitern im Bauarbeiterverband Aufnahme zu finden. Nun waren für den Vorsitzenden Dorner der Baugenossenschaft „Paradies“ die Arbeiter organisiert, während nach der Meinung von Görnig die Arbeiter, welche im Dachdecker-gewerbe beschäftigt werden, in den Zentralverband der Dachdecker gehören. Die Versammlung beurteilte die Handlungsweise des Vorsitzenden der Baugenossenschaft „Paradies“. Gätte er mehr Energie entwickelt, dann wäre es wohl möglich gewesen, einige Hilfsarbeiter vom Zentralverband in Arbeit bringen zu können. Not und Elend sind leider unter den organisierten Arbeitern im Dachdecker-gewerbe im Uebermaße vorhanden.

Deutsches Reich.

Die parteiische Staatswerft.

Der Streik auf den Seeschiffswerften ist beendet. Die Arbeiter haben auf Verlangen ihrer Organisationsbedingungenlos die Arbeit wieder aufgenommen. Die Werftgewaltigen aber lassen ihre But an den Arbeitern aus. Eine größere Anzahl Arbeiter wird, nach dem Tempo zu urteilen, in dem die Wiedereinstellung erfolgt, keine Arbeit erhalten.

Viele Werkarbeiter suchen in dieser Situation den Unternehmerrbeitsnachweis der Eisenindustriellen nicht wieder auf.

Weg in seinen und seines Freundes Wagen gefunden hat.“ Ja, ja, sie waren doch noch nicht schlau genug. Wenn Ihr es auch mal probieren wollt, liebe Freunde, seid noch schlauer! . . .

Ja, ja; bloß mit Moral gefüttert kann auch ein ländlicher katholischer Diensthote nicht werden; sonst macht er am Ende doch „linksum“, während „rechtsam“ kommandiert ist.

Der Herr Staatsanwalt aber wirds hoffentlich nicht abelnemen.

Notizen.

Theaterchronik. Das Theater am Kolonnenplatz wird am Mittwoch, den 1. Oktober, mit der burlesken Operette in zwei Akten „Die Heimkehr des Odysseus“ von Karl Gillingner und Erich Noy, Puffel aus Berlin von Offenbach zusammengestellt und bearbeitet von Leopold Schmidt, eröffnet. — Direktor Engelmann wurde von der literarischen Gesellschaft in Dresden eingeladen, mit dem Ensemble des Kleinen Theaters am 31. Oktober eine Aufführung von Franz Dillbergs Drama „Korallenstein“ zu veranstalten.

Eine Telephonverbindung auf der Flugmaschine. Der amerikanische Ingenieur H. M. Turner hat einen „Axiophon“ konstruiert, der die durch den Lärm der Motoren und Propeller veranlaßten Schwierigkeiten der Verständigung zwischen Piloter, Passagier oder Beobachter überwindet. Der Flugzeugführer trägt stets den Hörer am Ohr, der Passagier hat ihn neben sich hängen.

Kunstchronik. Heinrich Lessenow, der Erbauer des Festspielhauses der Jacques-Dalcroze-Schule in Dellerau bei Dresden, ist als Dozent an die Wiener Kunstgewerbeschule berufen worden.

Wie man Atomgespräch macht. In der neuesten Nummer der „Umschau“, Wochenchrift für die Fortschritte der Wissenschaft und Technik (Frankfurt a. M.), veröffentlicht Professor Erich Regener einen Artikel, wonach es E. T. R. Wilson gelungen ist, den ganzen Weg, den ein Atom beim Zerfall von Radium durchfliegt, sichtbar zu machen und zu photographieren. Aus den Aufnahmen ersieht man ganz deutlich, wie von einem winzigen Atomkern nach allen Seiten kleine massenteilige strahlenförmig fortgeschleudert werden, und zwar die stärkeren in gerader Linie, während die schwächeren, die sich ihren Weg gewissermaßen erst suchen müssen, eine krummlinige Bahn bilden.

Mehr Objekt als Subjekt. Der freisinnige Engel, literarischer Mahon-Gelb im Hause Wisse, pfählt in einem Artikel über den theaterkritischen Felix Hollaender folgenden Satz an: „Selbst in seinen besten Theaterjahren, als das bunte Spiel vor und hinter den Kulissen ihn so sehr erfüllte, hatte er doch Stunden, in denen er aussprach, daß diese Welt ihm mehr Objekt als Subjekt sei.“ Kann Felix Engel, dem der Zeitgeist-Namisch noch Zeit genug zu allerhand Ill' übrig läßt, uns diesen Gegensatz von Objekt und Subjekt nicht erklären? Aber, bitte, nicht in Versen!

Proletenlied.

Gold knurr ich wie ein wildes Tier, Gold schau ich auf ins Licht; So findet mancher was an mir, Und mancher wieder nicht.

Doch tritt ich weiter meinen Trotz, Ob auch die Fäße waud; Ich such noch immer meinen Gott, Doch müde wie ein Hund.

Loki.

Kleines feuilleton.

Der Sumpf. Die Stadt Breslau scheint sich in dem Anlauf, mit dem sie sich unter der Protektion des Kronprinzen in die öffentliche Aufmerksamkeit gelegt hat, überstürzen zu wollen. Zuerst kam der imponierende Aufmarsch der Kriegervereine, die gegen eine zu hohe Auffassung der Freiheitskriege mit Erfolg protestierten und eine literarische Kompetenz zeigten, der höchstens noch die des Langfuhrer Obersts gleichkommt. Dann erklärte Wilhelm II. unumwunden die Jahrhunderthalle als eines der gelungensten Bauwerke unserer Zeit, indem er an ihr vorübermarschierte, ohne sie eines Blickes zu würdigen. Und jetzt — jetzt lacht die ehrgeizige Hauptstadt Schlesiens auch noch im Stempel der Reichshauptstadt den Rang abzulaufen. Die neueste Breslauer Affäre darf nicht als Jahrbundertfeier betrachtet werden. Sie ist eine durchaus private Angelegenheit wohlhabender Bürgerkreise und trägt keinen offiziellen Charakter.

Ein Bahnarzt, zwei Versicherungsbeamte, ein Konzertmeister, ein Badeanstaltsbesitzer, ein Magistratsbote, ein früherer Student — sieht man da nicht einen ganzen Stammtisch beieinander sitzen von lauter Leuten, die wissen, was sie sind? Lauter Staatsstügen, die sicher wie die Rohrstrahlen über Hauptmanns Festspiel und die daraus resultierende Verletzung ihrer edelsten Gefühle schimpfen. Wie groß und würdig mögen sie unter ihren national-liberalen Parteifreunden dagestanden sein! Leider hatten sie aber auch noch andere Gefühle und deren Ausübung hat schon mindestens zwei von ihnen zu einem wohlgeleiteten Schuß vor's Hirn veranlaßt, während die anderen vorerst wohlgeborgten hinter Schloß und Riegel sitzen. Die wohl-situierten Staatsstügen fanden nämlich ein besonderes Vergnügen im Umgang mit kleinen Schulknaben, so zwischen 12 und 15 Jahren, und diese Kinderliebe hat ihnen jetzt den Hals gebrochen.

Wir wollen es anderen überlassen, diesen bürgerlichen Sumpf nach jeder Richtung hin abzulassen und die besonderen Arten des Geschlechtsverkehrs festzustellen. Uns interessiert eine ganz andere, die soziale Seite der Sache, die wertvolles Material für die Beurteilung der inneren Gesundheit dieses ferndeutschen Bürgertums liefert, das monarchisch und loyal bis auf die Knochen ist. Wenn in Berlin eine Skandalgeschichte aufkommt, so sind in den allermeisten Fällen die „obersten Rehtausend“ daran beteiligt, diejenigen, welche absolut nichts zu tun haben und, um ihrem bösen Dasein etwas Abwechslung wie Inhalt zu geben, solche Organe erfinden, wie sie in zahlreichen Berliner Prozessen nicht sehr wohl-riechend auftauchen. In der Provinz sieht diese verderbte Oberbüchse, dieser Salat von degeneriertem Adel, Schieberhaft erworbenem Reichtum und zu allem fähigen Dürmentum. Dafür ist aber ein Bürgertum da, das es an Stagnation mit jedem Sumpf aufnehmen. Die Geschäfte gehen so ihren altgewohnten Trott weiter, man hat Zeit, einen Kräh- und einen Dämmerchoppen zu machen, das schwere Breslauer Bier macht Hurn und Baus schwer und trägt, man sitzt in der dumpfen, ungelüfteten Beschaulichkeit des Bourgeois-Stumpfsinn zusammen, und in dieser latten, geistlosen Atmosphäre entstehen dann die geilen Lüfte, die Früchte der Faulheit, und eines Tages ist der Skandal da.

Da ist dann mit einem Male wieder bewiesen, was das Kirchen-laufen dieser angelehnten Bürger und ihre alkoholischer Hurratriotismus wert ist. Alles Produkte stumpfer Gehirn, die mit Inbrunst all das festhalten, was seinen Gedanken verlangt. Die Opposition erfordert Beweglichkeit, raschen Geist, Verzicht auf das Warmblütigen hinterm Ofen. Die Loyalität aber kann man sich bequem ins Maul schmieren lassen und trägt am Ende noch einen

sondern bemühen sich um Stellung an anderen Orten. Damit machen sie einmal von ihrem guten staatsbürgerlichen Recht der Freizügigkeit Gebrauch, zum anderen gehen sie dadurch dem rascheltendsten Unternehmertum aus dem Wege.

Die Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven nun sucht Arbeitskräfte. Wandering Arbeiterlose wendet sich nach dort um Arbeit. Es wurden von der Kaiserlichen Werft auch einige von den Werkstätten kommende Leute eingestellt. Damit aber sind die Privatwerftbesitzer nicht einverstanden; sie scheinen entsprechende Schritte unternommen zu haben, um die Einstellung der Ausständigen anderwärts zu verhindern. In diesem Sinne ist zweifellos auf die Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven eingewirkt worden und die Werft in Wilhelmshaven folgt dem Wink der privaten Seeschiffswerften und hilft mit, die Arbeiter in die alten Arbeitsstätten zurückzuziehen!

Seit einigen Tagen werden aus den Werkstätten kommende Leute von der Kaiserlichen Werft zurückgewiesen. Mitte voriger Woche erregte sich ein Fall, der das klar beweist. Ein Hamburger Maschinenbauer suchte schriftlich bei der Wilhelmshavener Werft um Arbeit nach und erhielt darauf die Mitteilung, daß er vom 15. September ab eingestellt werden könne, wenn er vom Werkstätt für gesund befunden würde und den Bedingungen des bekannten § 1 der Arbeitsordnung entspräche. Der Mann reiste auf seine Kosten nach Wilhelmshaven, wurde vom Werkstättarzt für gesund befunden und begab sich nun nach dem Arbeiteramt. Dort wurde ihm überraschenderweise bedeutet, daß er, wenn er eingestellt werden wolle, eine Bescheinigung darüber beibringen müsse, aus der hervorgehe, daß seiner Einstellung auf der letzten Werft, wo er tätig war, nichts entgegenstehe. Ferner wurde ihm gesagt, daß er in Hamburg, wo er herkomme, Arbeit suchen möge! Der Maschinenbauer war bis zum Juli auf der Reiherrstiegwerft in Hamburg beschäftigt, hatte dort mit der Arbeit niedergelegt und wollte nun auf die Gnade der Werftbesitzer nicht warten. Auf dem Arbeiteramt war in dem Arbeitsbuch des Maschinenbauers bereits der Tag des Eintritts in die Betriebe der Kaiserlichen Werft vermerkt. Der Vermerk wurde mit Blaustift wieder durchstrichen. Zwei anderen Arbeitern erging es ähnlich.

Unter diesen Umständen besteht kein Zweifel, daß die Kaiserliche Werft sich dem Willen der Scharfmacher unterordnet. Gegen ein solches Unterfangen einer neutral sein sollenden Behörde muß entschieden Protest erhoben werden. Wenn die sich bei ihr meldenden Werftarbeiter — und sie sucht ja Arbeitskräfte — den allgemeinen Bedingungen entsprechen, sollte und durfte der Einstellung nichts mehr im Wege stehen. Es müßte der Staatswerft sogar willkommen sein, ihren Betrieb mit eingearbeiteten Arbeitern füllen zu können. Das gebietet jedenfalls das Staatsinteresse und die Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitern als Staatsbürger. Der Konflikt auf den Privatwerften ging die Kaiserliche Werft gar nichts an, sie war völlig unbeteiligt daran. Daher stellt ihre neueste Maßnahme eine offene Parteinarbeit für die privaten Seeschiffswerften zuungunsten der Arbeiter dar, die auf die Arbeiter empfindlich wirken muß. Zu verurteilen ist aber auch die rücksichtslose Art, wie die Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven die Arbeiter durch ihre Parteinarbeit schädigt. Der Arbeiter in dem obengedachten Falle wurde durch das Schreiben der Werft, in dem es kipp und klar heißt, daß er vom 15. September ab Arbeit erhalten könne, wenn er für gesund befunden würde und den übrigen mitgeteilten Bedingungen entspräche, in die bestimmte Annahme versetzt, seine Anstellung sei so gut wie perfekt. In dem Schreiben mit den Bedingungen war mit keinem Wort die Rede davon, daß er, falls er im Juli auf den Seeschiffswerften mitgestreift habe, auf der Kaiserlichen Werft nicht beschäftigt werden würde. Warum wird das aus den Werkstätten sich meldenden Arbeitern zunächst verschwiegen? Die Arbeiter werden dadurch veranlaßt, für ihr lauer erworbenes Geld nach Wilhelmshaven zu fahren, um sich dann erst auf dem Arbeiteramt der Kaiserlichen Werft mündlich sagen lassen zu müssen, daß sie dort auf Arbeit zu warten hätten, wo sie gestellt haben.

Es wird notwendig sein, von den Verantwortlichen der Staatswerften im Reichstage Antwort zu verlangen über die Taktel-mechanismen der Kaiserlichen Werften mit dem Privatunternehmertum!

Zum Streit im Stettiner Hafen.

Wie aus Stettin berichtet wird, hat der Magistrat die Absicht, den Hafenbetrieb Privatunternehmern zu übergeben. Damit würde er auf bequeme Art der Verantwortung entbunden sein, für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hafnarbeiter einzutreten zu müssen.

Der von Hamburg erwartete Transport von Arbeitswilligen ist auch am Dienstag nicht eingetroffen. Der Streit hat die schon mitgeteilte Ausdehnung erfahren. Die Schiffsarbeiter (Kontraktarbeiter) haben die Arbeit niedergelegt, weil sie sich nicht der neuen Verordnung fügen wollen, wonach die Hafnarbeiter nur mit einer polizeilichen Kontrollmarke den Betrieb betreten dürfen.

Achtung, Porzellanarbeiter! Die Firma „Deutsche Spediteur-Porzellanwerke“ Ravens u. Vernitzel in Lauf hat am letzten Lohnzahlungstag sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen von ihrem tarifmäßigen Stundenlohn Beträge von 4 bis zu 10 Pf. pro Stunde in Abzug gebracht. Zugang ist von Lauf strengstens fernzuhalten.

Gerichts-Zeitung.

Das schwere Eisenbahnunglück auf dem Stadtbahnhof Jannow-Brücke

unterlag gestern der Prüfung der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister.

Die gegen den Eisenbahngehilfen Franz Landt gerichtete Anklage beschuldigt diesen, wie wir bereits in der Sonntagnummer näher darlegten, am 30. Oktober 1912, als zur Leitung der Eisenbahnfahrten und zur Aufsicht über die Eisenbahn und den Beförderungsbetrieb angestellter Person, durch Vernachlässigung der ihm obliegenden Pflichten einen Transport in Gefahr gesetzt und durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen und die Körperverletzung anderer verursacht zu haben.

Den Anlaß zu dem Zusammenstoß soll eine unrichtige Signalstellung gegeben haben. Der Zug 2277 mußte auf dem Bahnhof halten, da er kein Ausfahrtsignal hatte; der Zug 1759 wurde andererseits an der Fahrt nach dem Bahnhof nicht gehindert, da das Signal am Anfang des Bahnhofs ihm freie Fahrt angezeigt haben soll. Etwa 20 Meter vor der Bahnhofshalle bemerkte zwar der Lokomotivführer Fischer den vor ihm haltenden Zug, er konnte aber seinen Zug trotz sofortigem Bremsen nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen.

Die Schuld an der unrichtigen Signalstellung wird von der Anklagebehörde dem Angeklagten Landt zugeschoben, der an dem Unglücksabende die Aufgabe hatte, durch Stellung der Signale und Blockung die Züge durch den Bahnhof zu leiten. Er soll durch ein — wie zugegeben wird — unrichtiges Funktionieren der elektrischen Leitung irritiert worden sein. Die Anklage behauptet aber, daß ihn trotzdem ein großes Verschulden treffe, da er mehrere Dienstvorschriften außer acht gelassen habe. Er hätte sich nicht auf die Farbenveränderung bei der Blockung verlassen dürfen, sondern hätte nach dem in Dienstraum hängenden Blockierblatt und nach § 13 der Vorschriften für den Stellendienst sich durch Augenschein davon überzeugen müssen, ob tatsächlich ein Zug über jene Stelle gefahren war, wie die Farbenveränderung in dem Blockierblatt anzeigte. Er hätte, so wird behauptet, keinesfalls ein Einfahrtsignal für einen Zug geben dürfen ohne durch Augenschein zu prüfen,

ob die Fahrstraße auch frei war. Diese Prüfung ist übrigens durch den § 31 der Dienstvorschriften besonders angeordnet und gilt als die wichtigste Bestimmung für die Fahrdienstleiter. Um diese Bestimmung zu erfüllen zu können, ist außerdem in dem auf dem Bahnhof befindlichen Blockhauschen ein besonderes Fenster angebracht, durch welches der Angeklagte sehen konnte, daß sich der Zug 2277 noch in dem Bahnhof befand.

In der Verhandlung bestritt der Angeklagte mit aller Entschiedenheit, nach irgend einer Richtung hin schlüssig gehandelt zu haben.

Der Vorsitzende teilte mit: Mit der eigentlichen Beweisaufnahme sollte erst nach dem Lokaltersmin auf dem Bahnhof Jannow-Brücke begonnen werden. Um die Möglichkeit zu haben, bei diesem Lokaltersmin in streiprozessual zulässiger Weise Fragen richten zu können, wurden gestern nur die beiden technischen Sachverständigen Geheimrat Samböggang und Oberbaurat Penzen und der medizinische Sachverständige Oberarzt Dr. Franz vom Krankenhaus Behanien vernommen. Letzterer befragte auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Puppe, daß die Möglichkeit gegeben sei, daß der bei dem Zusammenstoß tödlich verunglückte Arbeiter Klingenberg mit dem Leben davon gekommen wäre, wenn unmittelbar nach dem Unfall durch Abbinden der verletzten Gliedmaßen eine Verblutung verhindert worden wäre. Diese Möglichkeit sei allerdings eine sehr entfernte, da der Verletzte neben einem komplizierten Bruch beider Unterschenkel auch einen schweren Herzvorhof erlitten habe.

Der Geheimrat Samböggang, der die ersten Feststellungen an der Unfallstelle getroffen hatte, bezeugte zunächst als Zeuge, daß man zuerst an ein Verschulden des Lokomotivführers gedacht habe. Bei dem gerade an der Westeinfahrt des Bahnhofs Jannow-Brücke sehr unübersichtlichen Terrain habe der Lokomotivführer den in dem Bahnhof haltenden Zug erst sehen können, als es zu einem wirksamen Bremsen schon zu spät war. Der Angeklagte habe zuerst behauptet, das Einfahrtsignal habe auf „Halt!“ gestanden; erst als sieben andere Beamte bezeugten, daß das Signal auf „freie Fahrt!“ gestanden habe, habe auch er die Möglichkeit zugegeben. Wichtig sei es, daß das Ausfahrtsignal nicht richtig funktioniert hat und auf „Halt!“ gefallen war. — Der Angeklagte will hierdurch in dem Glauben versetzt worden sein, daß der Zug schon längst die Bahnhofshalle verlassen und das Haltsignal schon für den folgenden Zug gestellt sei. — Die der Sachverständige behauptete, sei es allerdings mehrfach vorgekommen, daß ein detarigtes Signal von selbst auf „Halt!“ falle. Dies liege an der inneren Konstruktion der Apparate. Wenn durch eine Störung der elektrischen Leitung der Stuppelungsstrom unterbrochen werde, falle das Signal auf „Halt!“ und müsse dann wieder auf „freie Fahrt!“ gestellt werden.

Der Sachverständige Oberbaurat Penzen erläuterte an der Hand von Skizzen und Plänen die ganze Situation an der Unfallstelle und die innere Einrichtung der Block- und Signalapparate. Der Zug 2033, der kurz vor dem verunglückten Vorortzug 2277 den Bahnhof verlassen hatte, sei von der Blockstelle 3 regelrecht zurück- und vorgeblockt worden. Bei der Ausfahrt dieses Zuges werde das Ausfahrtsignal durch einen elektrischen Schienenkontakt auf „Halt!“ gestellt. Dies müsse auch geschehen sein, da sonst überhaupt nicht geblockt werden konnte, weil der Flügel des Signals den Blockstrom überhaupt erst schließt. Wichtig ist und werde auch von dem Lokomotivführer des verunglückten Zuges bestätigt, daß bei seiner Einfahrt das Ausfahrtsignal auf „freie Fahrt!“ gestanden habe, dann aber plötzlich auf „Halt!“ gefallen sei, der Angeklagte müsse also ordnungsmäßig das Signal auf „freie Fahrt!“ gestellt haben, um den in der Halle befindlichen Zug zur Ausfahrt zu veranlassen. Wenn das Signal trotzdem auf „Halt!“ gefallen sei, so sei dies auf einen Fehler an dem Apparat zurückzuführen, der von dem Oberingenieur Wegner von der Firma Siemens u. Halske festgestellt worden sei. Einer der beiden Magnetisierer habe Dauerschluß gehabt. Außerdem sei auch noch ein Fehler an dem Schienenstromschlüssel vorhanden gewesen. Selbst wenn nun das Signal durch die technischen Mängel auf „Halt!“ gefallen sei, wie es übrigens am nächsten Tage noch einmal passiert sei, ohne daß ein Unfall geschähe, da der Beamte aufgepaßt hätte, so habe der Angeklagte durch das Fenster seiner Blockbude sofort bemerken müssen, daß sich der Zug noch in der Bahnhofshalle befinde. Alle technischen Einrichtungen stellen aber nur Hilfsmittel dar, die von den Beamten bewacht und geleitet werden sollen. Ein Eisenbahnbeamter müsse eben die Augen aufpassen und selbst sehen, wo sich der Zug befindet und das habe der Angeklagte offenbar nicht getan. — Auf eine Reihe von Fragen des Rechtsanwalts Dr. Puppe, der u. a. darauf hinweist, daß zu jener Zeit 47 Züge stündlich zu bedienen sind, bestätigt der Sachverständige, daß der Angeklagte innerhalb eines Zeitraums von 2½ Minuten acht verschiedene Handlungen auszuführen hatte. Es sei erklärlich, daß dies mit der Zeit rein mechanisch getan werde, da es sich immer um dieselben Handgriffe handele. Der Angeklagte habe sich offenbar hierbei nur auf die Signale verlassen und dem folgenden Zug das „freie Fahrt“-Signal gegeben, nachdem er ganz mechanisch geblockt hatte. Durch die Freigabe der Strecke habe er gegen die wichtigste Dienstvorschrift verstoßen.

Zu längeren Erörterungen kam es dann noch über die Art, in welcher morgen (Mittwoch), 7.30 Uhr früh, der Lokaltersmin in der Blockbude abgehalten werden soll. Beide Sachverständigen erklärten, daß der zur Verfügung stehende Raum ein sehr beschränkter sei, außerdem dürste der Blockbeamte keineswegs irritiert werden, da er bei der schnellen Zugfolge mit gespannter Aufmerksamkeit seinen Dienst versehen müsse. Der Lokaltersmin soll in der Weise abgehalten werden, daß immer nur drei Prozeßbeteiligte unter Leitung des Oberbaurats Penzen den Dienstraum betreten sollen, wo ihnen, um jede Störung zu vermeiden, im Plüsterston die erforderlichen Erläuterungen gegeben werden sollen.

Hus aller Welt.

Bebel und die Kirche.

Das staatlich approbierte Geschäftskristentum und seine Vertreter haben heute noch schwer an der Tatsache zu verdauen, daß am Leichenbegängnis Bebel's in Zürich die Glocken der St. Jakobskirche ihre ehernen Töne dem großen Toten ins Grab nachschanden.

Inzwischen hat wieder ein schweizerischer Dorfpfarrer das heilige und unsagbar engherzige Kirchenkristentum heider Konfessionen Deutschlands bekränzt. Am letzten Sonntag, dem Vortag (Vortag) predigte der Pfarrer des zürcherischen Dorfes Feuerthalen, Herr Sutermeister, über den Ubeltegt: „Du sollst Gott den Herrn lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, mit ganzer Gemüte und mit allen Kräften und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“

Dabei stellte er als Vorbild eines solch gottgefälligen Lebenswandels August Bebel auf.

Es ist, so sagte der Prediger u. a. ungefähr, vor einigen Wochen in Zürich ein Mann mit fürstlichen Ehren und unter der Anteilnahme von Millionen Herzen zu Grabe getragen worden, obwohl der Dahingegangene nur aus dem schlichten Arbeiter- und Handwerkerstande hervorgegangen. Ungezählte liebten ihn aber, weil sein ganzes Leben den Armen und Unterdrückten geweiht war und er wie selten einer vor ihm das Gebot „Liebe deinen Nächsten!“ praktisch bestätigt hat. Wohl war sein Glaubensbekenntnis nicht das unsrige; darauf kommt es aber gar nicht an. Er hatte den Glauben an das Gute im Menschen, und war stets bestrebt, dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen, und darin liegt die höchste und schönste Betätigung christlicher Glaubenslehren.

Der Pfarrer forderte schließlich seine Zuhörer auf, August Bebel nachzusehen, um dadurch am ehesten dem christlichen Ideal werthätiger Menschen- und Nächstenliebe nahezukommen.

Ein wildes Land, diese Schweiz, wo ungestraft christliche Prediger die Kanzel benützen dürfen, um einen Mann, der bekannt-

lich das Wort geprägt hat, daß Christentum und Sozialdemokratie wie Feuer und Wasser sich gegenüberstünden, als Musterbeispiel christlicher Treuehaftigkeit aufzustellen! Ein wildes Land, fürwahr.

Katastrophe auf einer fiskalischen Grube.

Auf der dem Braunschweiger Fiskus gehörenden Grube Hercynia bei Wienburg riß am Dienstagmittag bei der Ablösung der Mittagschicht auf Schacht I das Tau der Fahrung. Der mit zwölf Bergleuten besetzte Korb stürzte in die Tiefe. Dabei wurden vier Bergleute sofort getötet, die übrigen schwer verletzt.

Flug über das Mitteländische Meer.

Ueber den Kühnen Flug eines französischen Aviatikers wird gemeldet:

Paris, 23. September. Der Flieger Garros, der heute früh 5 Uhr 52 Minuten in Saint Raphael nach Tunis aufgestiegen war, hat, nach einer dem Erbauer seines Flugzeuges zugegangenen Meldung, um 11 Uhr 35 Minuten Cagliari auf Sardinien passiert und ist um 1 Uhr 45 Minuten in Biserta eingetroffen.

Die von Garros zurückgelegte Strecke beträgt 800 Kilometer. Zwei Drittel davon hat Garros über dem Meere durchflogen. Er hat damit weitaus die längste Ueber-See-Fahrt vollführt, die bisher unternommen worden.

Automobilkatastrophe in Baden.

Auf der Landstraße zwischen Gralen und Neudorf fuhr ein Automobil infolge Versagens der Bremse und infolge des schlüpfrigen Weges gegen einen Baum. Die Insassen, zwei Kerle und der Chauffeur, wurden herausgeschleudert. Einer der Fahrgäste und der Chauffeur waren sofort tot, während der andere auf dem Transport starb.

Eine schreckliche Brandkatastrophe.

Eine entsetzliche Brandkatastrophe ereignete sich in Geisenkirchen auf der zur Jache „Korbflecken“ gehörenden Teerfabrik. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise war dort Feuer ausgebrochen, das sich bei dem leicht brennbaren Material so rasch ausbreitete, daß in wenigen Augenblicken die ganze Fabrik in Flammen stand. In einer Abteilung wurden sechs Arbeiter so plötzlich von der Gefahr überrascht, daß sie vor Qualm und Flammen den Weg ins Freie nicht mehr finden konnten. Sie mußten elend ersticken und verbrannten bis zur Unkenntlichkeit. Die verkohlten Leichen wurden mit vieler Mühe geborgen und rekonstruiert.

Revolverhelden.

Durch eine Schießerei wurden am Montag nachmittag die Einwohner der im Remstal gelegenen Württembergischen Orte Grohheppach und Jandersbach in Schrecken versetzt. Gegen 8 Uhr fuhr ein Pferdewagen auf einem einpännigen Fuhrwerk in den Ort hinein und feuerte am Ortseingange auf das Wohnhaus des Gemeinderates Geder einen scharfen Schuß ab. Die Kugel durchschlug die Scheibe eines Fensters und drang dann in die Stube; glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Männer fuhrten dann weiter durch das Dorf und gaben noch mehrere Schüsse ab. Als Ziel hatten sie sich die Anwesen der Landwirte Fischer und Bauer ausgesucht. Hier wurde aber zum Glück ebenfalls niemand verletzt. Nach diesem zweiten Ueberfall gaben sie in der Nähe der Löwenwirtschaft einen weiteren Schuß ab und flohen dann nach Jandersbach. Einer Frau, der sie auf dem Wege begegneten, sollen sie zugerufen haben: Alles muß heute hin sein. Die Frau hörte noch, wie die Männer kurz darauf drei weitere Schüsse abgaben. In Jandersbach hielten sie im Gasthause „Zum Röhl“ kurze Rast und flohen dann, als ihnen die erregten Leute von Grohheppach nachkamen. In der Nähe von Jellbach wurden sie von einem Landjäger verhaftet. Sie gaben an, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, irgend jemand zu verletzen. Sie wollten sich von Kollegen verfolgt glauben haben, und um sich ihrer Angreifer zu erwehren, hätten sie die Schüsse abgefeuert. Inwieweit diese Angaben auf Wahrheit beruhen, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Die durch die Schießerei in die größte Erregung geratenen Bewohner glaubten im ersten Augenblick, daß ein zweiter Mauthausener Ueberfall vor sich gehen werde.

Heilige Einfalt!

Der Beweis, daß die Dummen nicht aussterben, wurde sechs Tage wieder einmal vor dem Landgericht Frankenthal in der Pfalz geliefert. Die 52 Jahre alte Gastwirtschekfrau Katharina Müller von Frankenthal, die sich mit Kartenschlagen beschäftigt, hat innerhalb zwei Jahren der Wälderchekfrau Elise Weinehl bares Geld und Gegenstände in einem Gesamtwerte von 20000 Mark abgeschwindelt. Die Müller hat Frau Weinehl vorgetäuscht, auf ihrem Mann Johannes Weinehl ruhe ein Fluch, der von dessen erster Frau herrühre. Der Fluch habe sich auf sein Söhnchen übertragen, sie aber, die Müller, habe die Macht, alles Unheil abzuwenden. Dazu aber brauche sie Geld und Waren, um Sühnepoker zu kochen und auf dem Grabe der ersten Frau Weinehl zu vergraben. Diese Ausbeutung hat zum wirtschaftlichen Niedergang der Familie Weinehl geführt und ihr war es zuzuschreiben, daß am 1. März 1912 der Ehemann Weinehl Hand an sich legte. Das Ehepaar Müller hatte sich nun wegen dieser Gaunereien vor Gericht zu verantworten, das gegen die Ehefrau Müller auf 2 Jahre 4 Monate, gegen deren Ehemann auf 1 Jahr Gefängnis erkannte.

Kleine Notizen.

Weil es das Gesetz verlangt. Zu der Feldkircher Gasanstalt begann gestern die Verbrennung von 7000 Kilogramm Sacharin, das in der letzten Zeit von der Schweiz nach Tirol eingeschmuggelt wurde. Sein Wert beträgt nach der Schätzung der Finanzorgane 200000 Kronen.

Moderne Goldmacher. Die Polizei entdeckte in Marseille im italienischen Restaurant Contesse in den Neberräumlichkeiten eine vollständig eingerichtete Falschmünzwerkstätte. Die Polizei beschlagnahmte insgesamt für 88000 Franc falsches Geld.

Schweres Verkehrsunfall. Dienstag vormittag ist in der Nähe von Budapest auf einer Bahnübergang eine Lokomotive in einen Omnibuswagen hineingelaufen. Zwei Personen, der Kutscher und ein Fahrgast, waren sofort tot. Fünf Personen liegen im Sterben, zehn wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Abflug ins Meer. Ein mit Begleiter von Casablanca kommender Militärflieger stürzte Montagabend 7 Uhr mit seinem Apparat hinter dem marokkanischen Hafen Safi aus 800 Meter Höhe ins Meer und verschwand in den Fluten. Der den Offizier begleitende Mechaniker wurde durch herbeigeleitete Fahrzeuge gerettet.

Verminster Dampfer. Große Unruhe herrscht in New York über das Schicksal des Dampfers „Haronio“, der überfällig ist. Er war auf dem Weg von Fort Arthur am Oberen See nach dem Ontariosee begriffen und geriet vergangenen Sonnabend in einen Sturm. Seitdem hat man nichts wieder von ihm gehört, obwohl er Apparate für drahtlose Telegraphie an Bord hatte. Es befanden sich etwa 200 Passagiere auf dem Dampfer.

Theater.
Mittwoch, 24. September 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Carmen.
Rgl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.
Deutsches Haus I.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach Rom.
Deutsches Künstlertheater. John Gabriel Borkman.
Kammertheater. Franziska.
Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.
Theater des Westens. Gräfin Fifi.
Neues Opernhaus (Kroll). Der König Rahl.
Kleines. In ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Seriac.
Berliner. Himmelskinder.
Königsruher Straße. Das vierte Gebot.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Sieben tolle Tage.
Deutsches Opernhaus. Der Freischütz.
Schiller O. Freiwild.
Schiller Charlottenburg. Am Tage des Gerichts.
Theater am Nollendorfplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Kaisers. Der Affentenor oder Caruso auf Telling.
Trianon. Der abgerissene Glockenzug.
Sterntheater. Was sagen Sie zu Leibsch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Zirkus Busch. Galavorstellung.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Reifens. Im Adelshaus.
Schauspielhaus. 777:10.
Hof. Die Schiffbrüchigen.
Luisen. Waschen, der lügt.
Follies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt. Das Adopktivkind.
Walhalla. Der Liebesknecht.
Voigt. Wohlthäter der Menschheit.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der lebige Hof.
Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Esballiet: Blut in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 67-68

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Freiwild.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Freitag, abends 8 Uhr:
S. I. Male: Großstadtluft.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Komödienhaus.
8 Uhr:
Das Paar nach der Mode.

Deutsches Schauspielhaus
Abends 8 Uhr: Sieben tolle Tage.

Theater des Westens.
8 Uhr: Gräfin Fifi.
Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin

Theater am Nollendorfplatz.
Ensemble-Gastspiel
des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
Anfang 8 Uhr.

Lessing-Theater.
Peer Gynt.
Von Wien. Musik von Orlog.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Peer Gynt.
Sonderausf. an der Theaterkasse von 10-2 Uhr, bei Herrn Zent. Leipziger Straße, Alexanderplatz, Hauptbahnhof, Allee, und im Invalidenhaus.

Residenz-Theater
Im Ehekäfig.
(Les Mariés en cage).
Schwan in 3 Akten v. Antony Mars und Maurice Desvalliers.
Borg. u. Holz. Tage: Im Ehekäfig.
Sonntag, 28. Sept., nachm. 3 Uhr:
Der Schloßbesitzer.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
Täglich abends 8 Uhr:
Der lachende Ehemann.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: John Gabriel Borkman.
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
Donnerstag: Die Schiffbrüchigen.
Freitag: Die Ahnfrau.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Dr. Voss' Darstellung m. Gel. u. Tanz in 19 Hl. m. vollständ. feierl. Benutzung des Jules Verne'schen Romans von Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leonold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Box 9-1 Uhr:
Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

Passage-Panoptikum
Der Mann
mit der
eisernen Faust
d. größte Kraftphän. aller Zeiten
lebend zu sehen!
AGA
die schwebende Jungfrau.
Buddha
die geheimnisvolle Tafel.
Alles ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater
Babstraße 38.
Heute Mittwoch, d. 24. September:
Die Mönche
im Nonnenkloster.
Aufspiel in 3 Akten von Wittmann.
Rassendoff. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich
abends 8 Uhr:
Vorher: Der abgerissene Glockenzug.

Neue Welt.
Hasenheide 109/114.
Sonntag, den 27. September:
Cybernet-Gastspiel.
Durchschlagender Erfolg
des Metropol-Theaters.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten v. Jean Gilbert.
Sonderausf. abends 8, 9, 10-12 Uhr.
Der Doerfer u. Wolff. Reudorf.
Bellevuestr. 1: Bödman. Neu-
tän. Bergstraße oder Rosenstraße,
und im Restaurant "Neue Welt".
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Casino-Theater
Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Ginga. Barletttheater. 1. Rang. 8.
Neu! der phänomenale Jules Cheroy.
Maccagno Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
oder Caruso auf Telling.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Spree.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr:
Familien-
Vorst. mit
herrl. Progr. zu
ermäßigtem Preis.
Log. 1. R. Balkon
75 Pf., Loges (um die Billetsteuer
zu sparen) 39 Pf.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
5 1/2 Uhr: "Woh! dem, der lügt!"
Aufspiel in 5 Akten von Grillparzer.
Korger: "Woh! dem, der lügt!"

„Clou“ :: Berliner ::
Konzert-Haus
Mauerstraße 62. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikkorps Garde-Füsilier-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel.
Berliner Konzert-Haus-Orchester mit seinem Vokalquartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert Eintritt.

ZOOLOG
ischer Garten
Täglich:
Militär-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: 1 M. von 6 Uhr ab 50 Pf.
Aquar.: 1 M. v. d. Straße. 0,50 v. Zoo.
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Neu! Neu!
AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Zirkus Alb. Schumann
Heute Mittwoch, d. 24. Sept.
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr
Gr. Gala-Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
10 Bengalische 10
Riesentiger
vorgeführt von
Herrn Sawade
u. das übrige Glanzprogramm.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 24. Sept.
Beginn jetzt schon 7 1/2 Uhr.
Die neue Pantomime
Aus unseren
Kolonien.
Orig.-Pantomime d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Im Aufstand. — Sechshändig
über den Felsen. — Nach dem
Zapfenreich.
Vorher das gr. Gala-Programm:
R. Weiss Wunderbaren
Briant. Wenich oder Puppe?
Frl. Martha Mohrke, Schulleiterin.

City-Park
Am Bahnhof Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Wohn Gr. Hippodrom-Noblesse
und 10 Attraktionen.
Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr
Sonnt. und Feiertage nachm. 3 Uhr
bis 11 Uhr abends.
Eintritt frei.

Germania-Prachtsäle
N. Chausseest. 110. K. Richter.
Jeden Mittwoch:
Paul
Mantheys
lustige
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitanz.
— Borgussarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Großes Militär-Streich-Konzert
aufchl. Familientanz.

Folies Caprice.
Anfang
8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Admiralpalast
Einziges Elspalast
mit prunkvollen Eisabteilen.
Flirt in St. Moritz.
Tango auf dem Eis — Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- u. Bier-Abteilung.
Beginn d. Vorstellung 4 1/2 Uhr.
Auch während der Vorstellung
kann gespeist werden.

Roland-Säle
Elsasser Str. 26
Telephon: Roden 8824.
Empfehl. zwei Festsäle
und fünf
Gerechthümer zu talanten Be-
dingungen. Hermann Zornick.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsdör. Tel.: Ernst Liebing.
Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Populäres Konzert des
Blüthner-Orchesters (60 Künstler)
und des Männerchors
Fichte-Georgia 1879 (Mitglied des
D. V. S. S.)
Dirigent für Chor und Orchester Th. Gevals.
Abendkasse 75 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind
beiden "Bismarck"-Epeditionen Zucht, Immanuelstraße 12 und
Hansisch, Adress 174, bei den Vereinstageliebem und in den
mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-
Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45 am Molken-
markt.
Filialen: Neukölln,
Bergstraße 65, am Bahnhof u.
Hermannstraße 35,
Ecke Wanzlikstraße.



Persil
das selbsttätige
Waschmittel

Schmutzige Kinder
-kleidchen waschen macht viel Arbeit. Mühe-
los dagegen wäscht man diese mit Persil;
ebenso auch alle sehr schmutzige Berufs-
kleidung, wie Metzger-, Bäcker-, Friseur-, An-
streicher-Jacken und Schürzen, sowie sonstige
Arbeitsmittel aller Art und zwar ohne jede
Zutat von Seife oder sonstiger Waschmittel.
Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin O. A. Gabelsch, Köpenick, 174.
W. G. Schmidt, Friedrichstr. 14.
O. B. Gabelsch, Peterburger Platz 4. Gustav Vogel, Köpen-
ickerhe 32. H. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Juch, Immanuelstraße 12. A. Reul, Sarnitzer, 42.
N. A. Wolgast, Weißstraße 9. F. Fischer, Sarnitzerstr. 6.
Karl Mars, Grefenlagerstr. 22. A. Gönisch, Müllerstr. 34a.
O. Vogel, Köpenicker, 37. A. Eien, Invalidenstr. 124.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmstrasse 107. 48.
SW. G. Werner, Grefenlager 12. Tachn, Vogelberger Str. 27.
S. St. Iris, Pringelstr. 31. F. Lehmann, Rottbuer Damm 8.
SO. Paul Böhm, Raupen Platz 14/15. V. Gorch, Engelstr. 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Hirschstr. 50.
Gauschulenberg, G. Hornig, Marienburgerstr. 13, I.
Borsigwalde, Paul Krensch, Mühlstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Schwarberg, Eichenheimer Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Diermann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Max Gonschur, Parkstr. 6.
Karlshorst, Richard Auer, Köpenicker Str. 11.
Köpenick, Emil Wähler, Regerstr. 6. Laden.
Lichtenberg, Otto Zeisel, Gartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide, Will. Harad, Bräudenstr. 10.
Nowawes, Wilhelm Jandke, Kuhstr. 2.
Ober-Schöneweide, Alfred Haber, Wilhelmstrasse 17, Laden.
Pankow, Otto Rihmann, Mühlstr. 31.
Reinickendorf, G. Gorch, Pringelstr. 56, Laden.
Neukölln, W. Gorch, Redarstr. 2. Courad, Hermannstr. 50.
G. Robr, Stegriedstr. 28/29.

Rummelsburg. A. Reizenburg, Alt-Bochagen 54.
Schöneberg. Wilhelm Gänster, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Reichstr. 64.
Steglitz. G. Bernier, Allee 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Bornstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Hirschstr. 412, Laden.
Weißensee. Gudmund, Sedanstr. 105. Schiller, Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schaubert, Wilmersdamm 27.

Wissen ist Macht!
Wer sein Wissen erweitern will, trete der Vereinigung: „Die
Wissenschaft für Alle“ bei. Gegen vierteljährliche Zahlung von
nur 1,50 M. kann die Mitgliedschaft erlangt werden. Geleitet
wird kostenlos die illustrierte Halbmonatsschrift „Das Wissen“ und
auch Bände der „Bücher des Wissens“, außerdem gelangen die Mit-
glieder noch viele Vergünstigungen. Sendungen kostenlos durch die
Geschäftsstelle Hermann Hügel Verlag in Berlin W 9. N

Ortskrankenkasse
der
Maschinenbauarbeiter
und verwandten Gewerbe
zu Berlin,
Lottumstraße 2.
Bekanntmachung.

Die Zulassung unserer Kasse als
Belondere Ortskrankenkasse ist durch
Entscheidung des Igl. Oberverfä-
sungsamtes Groß-Berlin unter dem
29. Mai 1913 abgelehnt.

Die Urgegen eingelegte Beschwerde
ist von dem Minister für Handel
und Gewerbe durch Bescheid vom
17. Juli 1913 zurückgewiesen worden.

Paul Beschluß des Igl. Oberver-
fäungsamtes Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird unsere Kasse
geschlossen, weil die Zulassung der
Kasse rechtskräftig verweigert worden ist.

Die Schließung tritt mit 31. De-
zember 1913 in Kraft.

Gemäß § 301 der Reichsversicher-
ungsordnung bringen wir vor-
stehenden Beschlusses zur öffentlichen
Kenntnis, mit dem Hinweis darauf,
daß etwaige Gläubiger ihre Forde-
rungen innerhalb drei Monaten vom
Tage dieser Bekanntmachung an ge-
redmet, beim Vorstand schriftlich
geltend zu machen haben. Die Ver-
sicherung von Gläubigern, die ihre
Ansprüche später einreichen, kann ab-
gelehnt werden.

Für Ansprüche aus der Versiche-
rung gelten diese Vorschriften nicht.

Die Mitglieder unserer Kasse ge-
bühren vom 1. Januar 1914 ab in
die Allgemeine Ortskrankenkasse der
Stadt Berlin.

Die Wahl zum Aufsicht der
Allgemeinen Ortskrankenkasse der
Stadt Berlin findet am
Sonntag, den 28. September,
statt.

Unsere Mitglieder sind berechtigt,
an obiger Wahl teilzunehmen.

Wahlkarten können im Kassenschatz
in den Geschäftsräumen von 9 bis
2 Uhr in Empfang genommen
werden.
23096
Berlin, den 23. September 1913.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse
der Maschinenbauarbeiter und ver-
wandten Gewerbe zu Berlin.
Franz Schmidt, Vorsitzender.
Heinrich Kurle, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
für
den Amts- und Gemeindebezirk
Boxhagen-Rummelsburg.

Durch Beschluß des königlichen
Oberverfäungsamtes Groß-Berlin
vom 30. August 1913 wird die Orts-
krankenkasse für den früheren Amts-
und Gemeindebezirk Boxhagen-Rum-
melsburg zu Berlin-Lichtenberg mit
Abdruck des 31. Dezember 1913 ge-
schlossen, nachdem der rechtzeitig ge-
stellte Zulassungsantrag auf Grund
einer Ueberreichte zurückgewiesen ist.

Wir machen vorstehenden Beschlusses
gemäß § 301 der Reichsversicherungs-
ordnung bekannt mit dem Hinweis,
daß die Befriedigung von Gläubigern,
welche ihre Forderungen an die Kasse
nicht binnen drei Monaten nach
dieser Bekanntmachung angemeldet
haben, verweigert werden kann.

Für Ansprüche aus der Versicherung
gilt diese Bestimmung nicht.

Feiner geben wir bekannt, daß
Arbeitgeber und Versicherte unserer
Kasse mit dem 1. Januar 1914 zur
Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-
Lichtenberg gehören.

Die Wahlen zum Aufsicht werden
wahrscheinlich erst im November d. J.
stattfinden. Eine diesbezügliche Be-
kannmachung des Versicherungs-
amtes dürfte demnach erst im
Berlin-Lichtenberg, den 22. Sep-
tember 1913.

Der Vorstand.
G. Duhde, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
für das
Töpfergewerbe
zu Berlin.

Paul Beschluß des königl. Ober-
verfäungsamtes Groß-Berlin vom
30. August 1913 wird die Kasse am
31. Dezember 1913 geschlossen und
gehören die Betriebe sowie die Ver-
sicherten einschließlich der freiwilligen
Versicherten vom 1. Januar 1914 der
Allgemeinen Orts-Krankenkasse der
Stadt Berlin an.

Gemäß § 301 der Reichsversicher-
ungsordnung bringen wir zur öffent-
lichen Kenntnis, daß etwaige Gläu-
biger ihre Ansprüche innerhalb drei
Monaten, im Kassenschatz geltend zu
machen haben. Später einlaufende
Forderungen können verweigert
werden.

Am 28. September d. J. finden
die Wahlen zum Aufsicht statt und werden
Wahlkarten für Mitglieder der bis-
herigen Kasse von dieser ausgehellt.
Zu diesem Zwecke ist das Kassens-
chatz abends von 5-7 Uhr ge-
öffnet.
376/16

Der Vorstand.
Max Markmann, 1. Vorsitzender.
Albert Gentsch, 1. Schriftführer.

Prima Landwirtschaft
in Pommern, mitten im großen Ort,
prima meißner Gebäude, Obstgarten,
5 Morgen guter Acker, 6 Morgen
tafelreife Äpfel, 1 Bienen, 4 Schweine,
1 Kuh, fünfjährige landwirtschaftliche
Maschinen, volle Werte, wegen bevor-
stehender Krankheit für 18.400 M., Anzahl-
zahlung 3500-4000 M. veräußern. Ver-
mittler verdienen. Müller, Pankow,
Flora-promenade 22, II. 192/1

Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant
J. G. Siems,
Hoflieferant,
Apen i. Oldbg.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beedigter Gerichts-Chemiker, enthält
„Siems Kraftfleisch“
alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht u. fast restlos verdaulich!

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert frischem Rindfleisch. Zu haben in sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Schuhputz
SERVUS
das Beste
mit Dosenöffner.

In großen Dosen a 20 Pf. überall zu haben.

Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Verkäufe.

Teppich-Thomae, Drantenstr. 126
verkaufte hochfeinere Teppiche (Spott-
bügler) Gardinen, Steppdecken, Tisch-
decken halben Preis. Vormärtsverkauf
5 Prozent Extrarabatt. 785R*

Vorläufige elegante Herrenanzüge
und Valetots aus feinstem Rayon und
25-30 Mark, Colen 6-18 Mark.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Eichen 21.

Wandbildhaus Hermannplatz 6.
Spottdrucker Bettendruck. Bild-
verkauf, Gardinenverkauf, Teppich-
verkauf, Goldwarenverkauf. Neben-
verkauf Herrengarderobe. Sonntag-
verkauf ebenfalls.

In freien Stunden. Wochen-
schrift für das arbeitende Volk. Romane
und Erzählungen. Abonnement
mehrfach 10 Pf. nehmen alle Aus-
gabenstellen des „Vormärts“ entgegen.
Probehefte gratis.

Teppich-Handel (Handbetrieb, auch
elektrisch), Spiegelrahmen, Bilderrahmen
(Teppichlager), Krüge u. Tassen.
Wahmannstraße 29. 1211R*

Teppiche! (jetztbaste) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager, Romane, Goldschmuck
Markt 4, Bahnhof Börsen. (Feier des
„Vormärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Gute Reithüte, elegant, mit
20 Zielen, 21 Mark, konkurrenzlos
in Berlin. Billigste Reithütebezug-
quelle, herliche Straußfedern. Kö-
nigsplatz, Lutherstraße 16, hochparterre.

Prachtbetten 6,75, 9,75, Daunen-
betten 19,75, Brautbetten 12,75, 15,75,
Kleiderwäscher (Spottbügler). Wand-
teppiche, Brunnenstraße 47.

Stundlohn (Spottbügler) jeder
Art (Spottbügler). Wandteppiche, Brunnen-
straße 47. 1345R*

Wanatoanzüge und Sommer-
paletots von 5 Mark sowie Colen
von 1,50, Bedrockanzüge von 12,00,
Hemden von 2,50, sowie für luxuriöse
Figuren. Neue Garderobe zu bewundern
billigen Preisen, aus Wandteppichen ver-
fertigte Sachen kauft man am billigsten
bei Kap. Paulstraße 14.

Kostüme, beste Schneiderarbeit,
hochfeine Stoffe, elegante Schnitt-
manier, Blusen, Röcke, Damenkleider,
Kinderkleider, direkt aus Arbeitsstufen,
Spottbügler, Reyer, Bildergasse 13,
1. Etage, kein Laden. Sonntag
geöffnet. 1270R*

Teppiche, Vormärtsverkauf erhalten
20 Prozent. Große Partien Teppiche
mit kleinen Wechsellern, jetzt Größe
jeweils 200 : 300 13,50, 250 : 350
22,50, 300 : 400 28,50. Gardinen,
Vorhänge, Tischdecken, Sofadecken,
Tische, Kissenstoffe (Spottbügler). Theresie
Lefort, Teppich-Spezialhaus mit
Fabrikation, Goldammerstraße 100b
(kein Laden). Handnummer beachten.

Wanatoanzüge, Valetots, großes
Lager, jede Figur, kauft man am
billigsten beim Fachmann; jede
Kleiderung nach Wunsch in eigener
Werkstatt. 5 Prozent billiger für
Vormärtsverkauf. Jährzeitel, Schneid-
meister, Köpenickerstraße 10.

Teppichlager (Spottbügler): Gardi-
nen, Vorhänge, Decken, Teppiche,
Bilder, Uhren, Spiegel, Goldschmuck,
Wandteppiche, Tischdecken, Kinderwagen,
Herrengarderobe, Damengarderobe.
Bester Vertreter: Reifels, Andreas-
straße 4 (Schlesischer Bahnhof).

Cher Anzählung, 50 Pfennig
Wochenanzüge, alle feinen Bilder, Wand-
uhren, Teppiche, Gardinen, Vorhänge,
Tischdecken, Steppdecken. Strengste
Diskretion zugesichert. Auf Wunsch
Kleiderablenkung. Bestellungen erbitte
„Postlagerliste“ 9*, Postamt 102.

Gardinen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außergewöhnlich billig!
Vormärtsverkauf 5 Prozent Rabatt
extra! Gardinenhaus Brünn, Gold-
schmuck Markt 4 (Bahnhof Börsen),
Sonntags geöffnet.

Bettenhand 9. Brunnen-
straße 70, im Keller. 1200R*

Gastronomie ohne Anzählung Woche
1,00. Kiefernlager! Louis Böttcher
(selbst), Kronleuchter, Spezialhäuser,
Betriebsleitung: Vogelhändlerstraße 32
(kein Laden), (Fahrerbindung Bar-
kassenerstraße.) Abende: Kottbuser
Damm 41 (Vermannplatz). 1119R*

Teppiche (Farbentapeten) (Spott-
bügler). Fabriklager Mauerhof, Große
Frankfurterstraße 9, parterre. Vor-
märtsverkauf zehn Prozent Extra-
rabatt! 1230R*

Kinderwagen, Teilszahlung, Woche
1. Kiefernanzahl! Neifels Röll,
Barthauerstraße 80. 1216R*

Tischdecken, Erbstück, reich-
geleitet, mit Bolan 3,35, England
Tisch 1,65, Tischdeckenwände 6,50.
Teppichhaus Emil Lefort, Dranten-
straße 158. 1257R*

Wanatoanzüge (jetztbaste) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager, Romane, Goldschmuck
Markt 4, Bahnhof Börsen. (Feier des
„Vormärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntag geöffnet!

Teilszahlung, Woche 50 Pfennig
Bilder, Spiegel, Möbel, Goldschmuck,
Gardinen, Teppiche, Steppdecken,
Tischdecken, Vorhänge, Besätze,
Wieder, Neue Königsstraße 34. 1133R*

Moderne Kunstgardenen,
Kleideranzüge! Spottbügler Um-
zugverkauf! Reiterparade 3,50,
4,50 bis 18,00. Schongardenen,
fenster 1,95, 2,50 usw.; Gardinen-
reife ebenfalls; Vorgehängen
1,75. Woll-Teppichhaus, Dresdener-
straße 8 (Kottbuserstr.). Abonnement
10 Prozent Rabatt. 1206R*

Teilszahlung, 50 Pfennig, Herren-
anzüge, Damenanzüge, Röcke,
Vorhänge, Gardinen, Teppiche, Stepp-
decken, Tischdecken, Spiegel, Bilder,
Betten, Uhren, Möbel, Goldschmuck,
Kleider, Hüte, Silber, Wanduhren,
Gummiwaren, Jähren, Wanduhren,
Kunstmosaiken. Schmidt, Peters-
burger Straße 23. 1366R*

Kinderwagen, wie neu, verkauft
billig Dahnke, Dahnkestraße 18. 766

Geschäftsverkäufe.
Zigarren-Geschäft, Erika, gut-
gehend, wegen Familienverhältnisse
zu verkaufen. Gedülige Offerten
unter E. S. 79 Expedition Woll-
straße 34. 1169

Teilszahlung, ohne Zinsen, an-
schöne Zweifamilienwohnung, zu
verkaufen, Brunnenstraße 85. 2395R

Lebensmittel - Geschäft, Köche,
Projekt wegen billig, Georgen-
straße 12. 1547

Möbel.
Möbel zu außerordentlich niedrigen
Kaufpreisen. Beschäftigung ohne An-
zählung. Spezialität: 1-, 2- und 3-
Zimmer - Einrichtungen. Eventuell
Zahlung - Erleichterung. Richard
Dehmel, Drantenstraße 131. 1281R*

Bräutlingen und Möbeln
offener englische Bettstellen, echt
norddeutsche Holzwaren, mit Patent-
matratze 45,00, Kleiderkasten, Bett-
stuhl, Kissen, 49,00, Tru-
meau 30,00, farbige Kissen, komplett,
Teppich 55,00, Chaiselongue 23,00,
eigene Werkstätten. Möbelhaus,
Große Frankfurterstraße 6/9. 1195R*

Metallbetten, zwei, modern,
Kleiderbett (Spottbügler) verlässlich,
Johannstraße 10, Dutzendgeschäft. 146/3

**Möbel auf bequeme An- und Ab-
zahlung**. Großes Lager jeder Art.
Möbel-Lieferer: 1. Geschäft: Brunnen-
straße 7, 2. Geschäft: Wollstraße 174,
Sonntags 8-10 geöffnet. 850R*

Kein Geheimnis, daß man bei
unser Wohnungseinrichtungen sowie
Einzelmöbel in modernster Aus-
führung zu realen Kaufpreisen
erhält. Auch gut erhaltene gebrauchte
und zurückgegebene Anzählung und
Raten nach Wunsch. Zeitgebende
Stundung bei Krankheit, Aus-
sicherung usw. Neues, feines, Rabat-
system bei pünktlicher Zahlung. Große
Erparnis für den realen Käufer.
Julius Gubert, Tischlermeister,
Kiefernstraße 54.

Möbel ohne Geld bei feiner
Anzählung geben Tischdecken und
einzelne Stücke aus Kredit unter
äußerster Preisnotierung, auch Waren
aller Art. Der ganze Osten kauft bei
uns. Kretschmann u. Co., Köpen-
ickerstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.)

Auf Teilszahlung komplette häu-
sliche Wohnungseinrichtungen in
einfacher und besserer Ausführung
sowie einzelne Möbelstücke liefert
unter äußerst günstigen Bedingungen
Tischlermeister Kotte, Jähren-
straße 39/39. Bestehen gemessene
Möbel besonders billig. Kein Ab-
zahlungsgeld! 2382R*

Wohnungseinrichtung, noch neu,
Spottbügler, (gewerblich) Händler ver-
bieten. Köpenickerstraße 57, vorn III,
rechts. 153/11

Tischlermeister gibt Möbel auf
Teilszahlung bei beliebiger Anzählung
zum Kaufpreis. Stets Gelegenheits-
käufe in gebrauchten und zurück-
geleiteten Möbeln, auch auf Teils-
zahlung. Nachweis von Kunden
wird gut honoriert. Offerten Post-
amt 90, Postlagerliste 44*

Ruhbau-Wirtschaften. Säulen-
schänke mit Kuchenladen 72,-,
Wollstraße 45,-, Anfeldestraße
65,-, elegante Küchenanrichtungen
60,-, für Brautleute, Pensionate
bedeutende Erparnisse. Ergänzung-
möbel, Büttel, Standuhren, Umbau-
schreibtische, Garnituren, Bettstellen,
Truhen, Teppiche, Bilder, Kronen;
Bianos, Klavierspiele, Lederstühle, echte
Vester, Salonschänke, Damenschrei-
bische usw. Ferner stehen zum so-
fortigen Spottbügler Verkauf Hund-
ert komplette Speisezimmer, Herren-
zimmer, Schlafzimmer, Küchen-Ein-
richtungen. Gelegenheitskäufe aus
Versteigerungen und Lombard. Hans
Lemmer's Möbelspeicher, Voßtrien-
straße 35, Köpenicker Platz, 4 Etage
größtes Möbelhaus für Gelegenheits-
käufe. 1073R*

Un glaublich billig kaufen Sie
Wohnungseinrichtungen in Wollers
Möbelhaus, Franzfurter Allee 33.
Bitte überzeugen Sie sich. 1301R*

Wirtschafterverkauf (nicht Han-
deln!) Modernes Wohnzimmer,
Schlafzimmer, Waschküchen, -
kammer; Piano, Büttel, Schreibtisch,
Anfeldestraße, Umbauküchen, Gas-
kochen, Geflügelkessel. Königsberg-
straße 11, vorn I. Röhler. 151/13

Möbelkredit! Wohnungs-Ein-
richtungen, einzelne Möbelstücke, ge-
ringere Anzählung. Kleine Anzählung.
Kreditkassen, Kiefernstraße, nahe
Königsbergstraße. Sonntags von 8-10.

Bildhölzer englische Stubenmöbel,
Kleidermöbel verkauft Spottpreis.
Seltene Gelegenheit. Lehmer, Große
Hamburgerstraße 4. 2400R

Wohnungseinrichtungen, Ge-
legenheitskäufe. Steine u. Kiefern.
Königsbergstraße 36. 1351R*

Einrichtungen, Spezialität Stube
und Küche, auch einzeln, liefert billig
und gut, eventuell Teilszahlung,
Lange, Schwedterstraße 26. 1077R*

Schau, Brunnenstraße 160, Ein-
gang Anhalterstraße.

Schau, Kiefernstraße 24 Mark,
Berlins 32 Mark.

Schau, Sofas 40 Mark, Küche
8,50 Mark.

Schau, Stube und Küche 158 Mark
an, 2 Stube und Küche 278 Mark
an. Reelle Einkaufsquelle für Braut-
leute.

Schau, Küche Kaufkraft wenig
gebrauchter Möbel.

Schau, Ehemalige Personen
Zahlungseinrichtungen ganz nach
Wunsch.

Schau, Brunnenstraße 160, Spezial-
Möbelhaus, kein Abzahlungsgeld,
nur ein Kaufpreis, jedoch an jedem
Gegenstand. 1241R*

Möbelwerk, Georg Tennigkeit,
Drantenstraße 172/173. Brautleute
und jeder Möbelkäufer sollten nicht
verkümmern, meine großen Lager zu
besichtigen. Stube und Küche 246,00,
moderne 400,00, elegante 585,00,
moderne englische Speisezimmer
komplett 272,00, 310,00, 450,00 bis
1500,00. Eigene Speisezimmer von
450,00, 650,00, 910,00. Eigene Herren-
zimmer 390,00, 450,00, 525,00, 710,00,
auch einzelne Möbel, Bildhölzer 58,50,
Ruhebett 26,50, Schreibtische, Sofa-
umbauten, komplette farbige Küchen
60,00 bis 300,00. Zahlungsbelei-
terung wird gewährt. 1289R*

Möbel kaufen Sie real und billig
direkt beim Fachmann. Teilszahlung
gestattet. Lager: drei Etagen. Vor-
märtsverkauf fünf Prozent. Dranten-
straße 202. 1283R*

Möbel an Vormärtsverkauf auf
Kredit. Offerten Lagerstraße 150
Postamt 102. 1290R*

Musikinstrumente.
Ruhbauinstrumente, neu, 350,-
ohne Anzählung, direkt Fabrik,
Doda, Greifswalderstraße 204.

Bilder.
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends
billiger als direkt Fabrik bei Bild-
erwerb, Schmeißerstraße 2. 2248R

Fahrräder.
Herrenfahrrad, alle Zubehör-
gegenstände, Garantiefahrrad, Freilauf
30,00, ebenfalls Damenfahrrad. Fran-
furter Allee 104, Großer. 151/13*

Strahnenreuer (Holzleigen),
Schlauchreifen, Drahtreifen, Kranz,
Andreasstraße 51. 154/4*

Herrenrad 30,-, Freilauf,
neuehalten. Kross, Andreasstraße 54.

Kaufgesuche.
Goldschmelze kauft höchstzählend
Jahrgänge, alle Metalle. Bitte
Kieper, nur Köpenickerstraße 157.

Platinabfälle, alte Goldschmelzen,
Druckgold, Silber, Besätze, alte Uhren,
Kleingold, Goldmatten, Quecksilber,
Stannol sowie sämtliche Gold-
silber-, platinhaltigen Rückstände
läuft Brod, Edelmetallschmelze, Berlin,
Königsbergstraße 29. Telefon Köpen-
ickerplatz 3476. 580R*

Wanatoanzüge, Gramm 5,50, Kl-
gold, Silber, Jahrgänge, Stannol,
Quecksilber kauft höchstzählend Plümel,
Schmelzerei, Kiefernstraße 19 III.

Briefmarkensammlung kauft
Groschmann, Spandauerstraße 2

Wanatoanzüge, Briefmarken kauft Grog-
mann, Spandauerstraße 2. 154/4*

Jahrgänge, Goldschmelzen, Silber-
schmelzen, sämtliche Metalle
höchstzählend. Schmelzerei Ehrlichmann,
Köpenickerstraße 20 a (gegenüber
Rantewitzstraße). 111/1*

Sonnenburgerstraße 27 Stube,
Küche, Zubehör. 2391R*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer 22,-, Kiefern,
Kiefernstraße 4, vorn hochparterre.

Freundliches Vorderzimmer für
Herrn, Koch, Wollstraße 15 IV. 1115

Freundliches Zimmer, in feinsten
Zimmern, ein oder zwei Herren, Kiefern-
ufer 34 III, Berlin. 1120

Möbliertes Vorderzimmer, einen
oder zwei Herren, Buttmanstr. 13 II
rechts. 154/3

Möbliertes Zimmer für einen
Herrn, Simon-Dachstraße 27, 2. Etage.

Schlafstellen.
Schlafstelle allein, Schlafstelle
zwei Herren, Woche 3,00, Hoffmann,
Dragonerstraße 18. 2403R*

Möblierte Schlafstelle für einen
Herrn, Vogelhändlerstraße 45,
vorn II. 2396R

Möblierte Schlafstelle für einen
Herrn, Vogelhändlerstraße 45, vorn II.

Schlafstelle, 2 Herren, Waldemar-
straße 72, vorn IV rechts. 126

Schlafstelle, 2 Herren, separat,
12,00, Blumenstraße 76, vorn III
rechts. 149R

Schlafstelle vermietet Saiten,
Wollstraße 35. 1109

Möblierte Schlafstelle, Köche
Brunnenstraße 116. 1115

Mietsgesuche.
Suche durchaus ruhiges möbliertes
Zimmer, möglichst Gartenzimmer, inf.
22,00, ganz nahe Mariannenplatz,
Engel, Kiefernstraße 11, III. 2402R

Junge Mann sucht zum 1. Ok-
tober ein ruhiges, kleines Zimmer,
Gegend Süden oder Südosten. Preis-
offerten unter W. S. 100 Postamt 26.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junge Frau sucht Kontor- oder
Laborreinigung oder Aufwartung.
Frau Osterwald, Bismarckstraße 17.

Stellenangebote.
Buchbinderlehrling für bessere,
verlangt. Wollstraße 34. 2398R

Schreiberlehrling verlangt. Rechts-
anwalt Dr. Barthauer, Kiefern-
straße 120. 2397R

Tüchtigen Maschinenführer bei
gutem Lohn, Maschinenführer verlangt
Karmarow's Kramerei, Schöneberg,
Kiefernstraße 3. 1122

Wanatoanzüge, Tüchtige,
sollt gesucht. - Meldungen 1-2
mittags oder 7-8 Uhr abends.
H. Jander u. Co., Belle-Alliance-
straße 1-2. 1364R

Kaffe Wamell für unteren Er-
frischungstrank sofort gesucht. Mel-
dungen 1-2 mittags oder 7-8 Uhr
abends. H. Jander u. Co., Belle-
Alliancestraße 1-2. 1365R

Unterricht.
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Zirkel,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Uebersetzungen ange-
fertigt. G. Swienty, Liedermittel
Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9
Gartenhaus III. 44R*

Tanzlehrerin Friedrich beginnen,
Sonntagsunterricht, Wochenunterricht,
Anmeldungen täglich Drantenstraße 88,
am Drantenplatz. 1271R*

Tanzlehrerin Friedrich, Char-
lottenburg, Spreerstraße 13, beginnen
Montagsunterricht, Freitagunterricht. 1272R*

Stellung findet jedermann nach
Absolvement eines Kurzes bei der
Charlottenburger Auto- u. Fachschule,
Berlin - Charlottenburg, Dismarck-
straße 100. Honorar mäßig, Vorpost
gratis. 644R*

Tanzschule Franz Egerer, Be-
werkschulhaus, Engelstraße 15. Un-
terrichtet Sonntag 3-7, Mittwoch 9-11.

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Göttinger-
straße 16

Patentanwalt Seibel, Göttinger-
straße 21a.

Rahmenreparaturen (sch-
gemäß, schnell, billig), in eigener
Werkstatt, auch außer dem Hause.
Beckmann, Köpenickerstraße 26, nahe
der Landsbergerstraße. 2928R*

Die Beleidigung gegen den Schan-
ker Wetz und Frau, Friedenstr. 60,
nehme hiermit zurück und erkläre
dieselben für Ehrenlos. Robert Kroll,
Friedenstr. 35. 149

Reinigungszimmer, 150 Personen
sollend, für Vereine und Verammlun-
gen empfohlen Otto Jiederth,
Lutherstraße 26. 126

Jungen gesucht. Diejenigen, welche
den Sozial Montag, 15., früh 7,7,
Vormittag 11,00, gehen, werden ge-
beten, ihre Adresse abzugeben. Stege-
mann, Wollstraße 17. 1105

Aufstellung! Sofa, Matrassen
billig, im eigenen Hause. Chaussee-
straße 74, Schäfer. 154/9

Rahmenreparaturen, Fahrräder, Vi-
minos, Möbel, höchstzählend. Leis-
haus, Schwedterstraße 11. 254/13*

Gefunden u. verloren
Armes Dienstmädchen. Vor-
monat verloren, Inhalt 178,-,
Nieder Delowagen Wollstraße 33,
Herr. 2392R

Vermietungen.
Wohnungen.
Humboldtstr., Scharingstraße 8,
große Stube, große Küche 23,00,
kein Untergeschoß. Anzählung
5,00. 1114*

Freundliche kleine Wohnungen,
Stube, Küche von 19,00, 2 Etage,
Küche 24,00 Mark an, Lichtberg,
Hertzbergstraße 127.

Wollstraße 16 Stube, Küche,
Zubehör. 2390R*

Lehrlinge
für Lithographie oder Steinbrud,
verlangt. 2390R

Sensch, Köpenicker
Tüchtige Vertreter
für großen Dauerartikel (Rohmittel
etc.) sofort gesucht. Offerten an
Gg. Schinke, Dresden-R. 4.

Bestandteiliger Redakteur: Alfred Diepp, Kaufmann. Für den
Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Mahnung zur Sparsamkeit in der Armenverwaltung.

Die Berliner Armenverwaltung wird in einem Protokoll über die letzte Sitzung der Armenkommissionsvorsteher arg bloßgestellt. Ergibt sich doch daraus, daß der Leiter der Armenverwaltung Stadtrat Kalisch im Verein mit dem Kammerer Vöhl es unternommen hat, den Kommissionsvorstehern die Rechnungen zu lesen über die hohen Ausgaben, welche in letzter Zeit für Hilfsbedürftige gemacht sind. In den Monaten April und Mai dieses Jahres sei allein eine Viertelmillion mehr ausgegeben wie im Vorjahre; wenn das so weiter gehe, würde der Etat um 1 1/2 Millionen überschritten werden; es solle zwar niemand Rot leiden, aber die größte Sparsamkeit sei am Platze. In daselbe Horn blies auch der Kammerer trotz der 12 1/2 Millionen Ueberflüssigkeit im letzten Jahre.

Die beiden Herren hielten sich eine recht derbe Abfuhr; denn unter den Vorstehern fanden sich doch einige, die den Herren Magistratsvertretern klar machten, woher diese Mehrausgaben stammten. In erster Linie sei es die große Arbeitslosigkeit, die oft die ordentlichsten und arbeitsamsten Leute dazu treibt, den Armenvorstehern aufzusuchen und um Hilfe zu bitten, um ihre Angehörigen nicht Hunger leiden zu lassen; aber auch die herrschende Teuerung habe vielfach zur Erhöhung der Unterstufungen beigetragen.

Daß sich auch Vorsteher fanden, die Arm in Arm mit den Herren Kalisch und Vöhl gingen, ist selbstredend. So erklärte einer der Herren, daß unter der Herrschaft Ministerberg zuviel bewilligt sei, und diese große Sünde räche sich jetzt; auch mit den Mietunterstützungen solle man sparsamer sein und die Ärmsten lieber in das Obdach schicken — also auf die Straße setzen — um abschreckend zu wirken. Ältere Frauen müsse man Beschäftigung geben, und wenn sie solche ablehnten, die Unterstufungen ablegen. Solche Ausführungen kommen aus dem Munde von Vertretern, die behaupten, ein warmes Herz für die Not und das Elend zu haben. Der Herr Kammerer behauptete zum Schluß noch, daß die Lage des Arbeitsmarktes nicht so ungünstig liege, namentlich auf dem Baumarkt zeige sich wieder eine merckliche Besserung. Solche Behauptungen werden aufgestellt, trotzdem kurz vorher sich der Magistrat mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigt hatte.

Leider konnte in der Versammlung niemand die von Herrn Stadtrat Kalisch behauptete Mehrausgabe von einer Viertelmillion Mark nachprüfen. Wir wollen hier diese Zahlen richtigstellen.

Es wurden nach eigenen Angaben der Armenkommission für Almosenempfänger gegen die gleiche Zeit im Vorjahre mehr verausgabt:

Im April 1912 M., im Mai 21 748 M., zusammen also 41 121 M. An dieser Mehrausgabe waren rund 400 Empfänger mehr beteiligt wie im Vorjahre.

Einmalige Unterstufungen wurden im April 20 714 M., im Mai 24 618 M. mehr gewährt wie im Vorjahre. Diese Mehrausgabe ist nur auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen, denn die Zahl der Empfänger stieg im April um über 1200 und im Mai um über 1600 gegenüber dem Vorjahre.

An Pflegegeldern wurden einschließlich der Extramentierungen 5800 M. mehr gezahlt als 1912. Die im April und Mai gewährten Mehrausgaben betragen also zusammen nur rund 92 000 M. und nicht 1/2 Million, wie Herr Stadtrat Kalisch behauptete. Wenn jetzt die Herren über die Mehrausgaben jammern, so kann man ihnen ja dies nachsagen; haben doch die beiden Herren die Anträge unserer Genossen auf Erhöhung des Etats mit allen möglichen Nebenarten bekämpft und die Herabsetzung des Etats um über 800 000 M. zuwege gebracht zur Freude des Magistrats und der liberalen Stadtväter. Daß Herr Kalisch jetzt Minderheitsmehrheiten hat, glauben wir gern. Doch wir aber an dieser Stelle nach wie vor dafür eintreten, daß für unsere sich in Not befindlichen Mitbürger genügend gesorgt werden muß, auch wenn der Etat erheblich überschritten wird, braucht nicht besonders betont zu werden.

Partei-Angelegenheiten.

Neukölln. Heute abend findet bei Partisch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendfraktion statt. Tagesordnung: Der Jenack Parteitag und Verschiedenes. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre werden dringend gebeten, zu erscheinen und eifrige Propaganda für ihre Stätte zu entfalten.

Charlottenburg. Donnerstag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Volkshauses, Rosinenstr. 8: Extrazahlabend der 5. und 6. Gruppe. Vortrag des Genossen Köpfer über Werden und Vergehen des Weltalls.

Kaustenberg (Cstb.). Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Vobey am Bahnhof.

Nieder-Schöneweide. Am Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Schwierzhaus (Winkler), Berliner Str. Tagesordnung u. a. Bericht vom Parteitag.

Berliner Nachrichten.

Reserve hat Ruh'.

Des Dienstes immer gleichgestellte Uhr,
Die Waffenhaltung, das Kommandowort —
Dem Herzen gibt es nichts, dem Legehenden.
Die Seele fehlt dem nützlichen Geschäft —
Es gibt ein and'res Glück und and're Freuden.
— O schöner Tag, wenn endlich der Soldat
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit.

Diese Worte, die Schiller in seinem „Piccolomini“ den Moritz Preußen läßt, geben in trefflicher Weise auch den Erwägungen Ausdruck, von denen tausende junge Leute befeelt werden, die in diesen Tagen nach mehrjähriger schwerer Dienstzeit den bunten Rod ablegen. Mit frohem Herzen verlassen die jungen Reservisten die Kaserne, denn der geisttötende Drill des Kasernenlebens ist endlich überstanden.

Jeder, der selbst einmal in der gleichen Lage war, versteht die ausgelassene Fröhlichkeit, die jeden erfasst, der der Machtphäre der militärischen Disziplin entrückt ist. Was das bestehende militärische System charakterisiert, ist ja nicht die Anerkennung der Persönlichkeit, sondern ist eine Ueberbrückung des Disziplinbegriffes, der ausgeprägte Kadavergehorsam. Aus diesem unbedingten Gehorsam, der jede freie Regung des Geistes ersticht, das Tun und Lassen, selbst das Denken maschinell regeln will, erwachsen auch die Soldatenmishandlungen durch die Vorgesetzten. Nur am Ende der Dienstzeit halten die Vorgesetzten, auch solche, die es sonst an Drangsalierungen und Schikanen nie fehlen ließen, in herablassender Weise Reden und Ansprachen an die scheidenden

den Reservisten. Ihnen wird ans Herz gelegt, sich besonders fernzuhalten von den roten Fegern und Vaterlandsfeinden. Nicht in deren Reihen sei der Platz der ehemaligen Soldaten, sondern in den Arbeiter- und Militärvereinen.

Allein derartige Reden verfehlen allermeist ihre Wirkung. Der junge Mann, der vor dem Eintritt in die Kaserne erfahren hat, was ihm Partei und Gewerkschaft waren, wird auch während der Jahre, die er im Dienste des Vaterlandes geduldet wurde, die Treue gehalten haben; er wird bei seiner Rückkehr wissen, wo sein Platz ist.

Die Militär- und Arbeitervereine sind Pflanzstätten der Friederei und der widerwärtigen Gefinnungsschnüffelei. Die Mitglieder derselben sind der ständigen Aufsicht der Militärbehörden unterworfen, die mit peinlicher Sorgfalt darüber wachen, daß die „Gefinnungstüchtigkeit“ außer jedem Zweifel steht. Zudem ist den Arbeitervereinsmitgliedern jede ernste gewerkschaftliche Tätigkeit zur Verbesserung der Lebenslage verboten, sie sind daher lediglich auf die Gnade der Unternehmer angewiesen. Es liegt auf der Hand, daß durch solches Verhalten der Geist der Ehrlichkeit getötet und eine mit krafftem Egoismus gepaarte Heuchelei großgezogen wird.

Von den jungen Reservisten muß daher soviel Selbstachtung erwartet werden, daß sie nicht Mitglied der Arbeiter- und Militärvereine werden, sondern in den Arbeiterorganisationen Kameradschaft pflegen und mit ihren Arbeitsbrüdern in Reich und Glied für mehr Freiheit und mehr Brot kämpfen.

Nicht bei den Soldnertruppen der Regierung, nicht in dem Landsturm des Unternehmertums, der gelben Arbeiterorganisation, ist der Platz der jungen Reservisten, sondern in der Armee der freiwilligen Kämpfer: in der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaft.

Die Prüfung der Wählerliste

Ist jedes Wählers erste Aufgabe und selbstverständliche Pflicht. An der Prüfung der Gemeindevählerliste für Berlin haben in diesem Jahr, das uns im November die alle zwei Jahre wiederkehrenden Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung bringt, sich wieder zahlreiche Wähler beteiligt.

Die im Juli öffentlich ausgelegte Liste wurde diesmal, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, von 82 116 Personen geprüft, und es kamen dann 2302 Einsprüche, ungerichtet 272 Anträge auf Verichtigung von Personalangaben (Name, Beruf usw.). Während diese 272 Verichtigungen ohne weiteres vom Magistrat angeordnet werden durften, hatte über jene 2302 Einsprüche die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. 2232 Einsprüche kamen von Personen, die nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste forderten, die übrigen 70 von solchen, die in der Liste standen, aber Umtragung nach der jetzigen Wohnung wünschten. Aus den 2232 sind aber noch 106 tatsächlich schon in die Liste eingetragene Personen auszufordern, bei denen nur irrtümlich angenommen war, daß sie nicht in der Liste ständen. Der Stadtverordnetenaußenstich, dem die Magistratsvorlage über die Einsprüche überwiesen wurde, ist jetzt zu dem Ergebnis gelangt, daß 490 Wählern die nachträgliche Aufnahme zugebilligt werden muß. Man sieht, daß die Prüfung der Wählerliste wieder für eine recht beträchtliche Zahl von Wählern keine überflüssige Mühe war.

Unter den 490 nachträglich aufzunehmenden Wählern sind 70 aus der großen Zahl der wegen restierender Steuerhald nicht in die Gemeindevählerliste aufgenommenen Personen. Diesen 70 stand bei Aufstellung der Wählerliste ein Anspruch auf Aufnahme zu, weil sie teils die Steuern inzwischen noch bezahlt hatten, teils im Ermähigungsverfahren von der Steuer befreit worden waren. Hierbei nahm der Außenstich an, daß Ermähigung auf 4 M. erfolgt sei, also ein Einkommen von 600—900 M. angenommen worden sei, so daß noch Aufnahme in die Wählerliste gewährt werden müsse. Aus den Personen, die als Schlafstelleninhaber gemeldet und deswegen nicht in die Gemeindevählerliste aufgenommen worden waren, wurden 171 ausgesondert. Sie waren nicht als Schlafstelleninhaber im eigentlichen Sinne des Wortes anzusehen, da sie sich den Vorbehalt der Eigenbenutzung des Zimmers gemacht hatten, und mußten daher in die Gemeindevählerliste aufgenommen werden. Der Anspruch auf Aufnahme wurde ferner als berechtigt anerkannt für 45 Personen aus denen, die wegen Unterstützung aus öffentlichen Mitteln (auch Krankenhauspflege) nicht aufgenommen worden waren. Nach Lage der Sache mußte auch ihnen das Gemeindevahlrecht zugebilligt werden. Dazu kommen 70 nachträglich aufzunehmende Personen, bei denen die Annahme, daß sie nicht die Staatsangehörigkeit in Preußen hätten oder nicht in Berlin gemeldet seien oder noch nicht ein Jahr in Berlin wohnten, sich als unzutreffend erwies. Ein Wähler war zu Unrecht aus der Wählerliste weggelassen worden, weil irrtümlich angenommen wurde, daß er mit weniger als 600 M. Einkommen veranlagt sei. Für 19 Wähler aus der Gruppe derjenigen, bei denen zugleich mehrere Streichungsgründe angeführt wurden, konnten diese Gründe widerlegt werden, so daß Aufnahme gewährt werden mußte. Bei 114 Wählern hat, wie schon der Magistrat ermittelt, sich ergeben, daß weiter nichts als eine verfehlte Weglassung vorlag.

Im ganzen sollen, wie schon gesagt, 490 Personen nachträglich aufgenommen werden. Sie alle wären um ihr Wahlrecht gekommen, wenn sie nicht die Wählerliste geprüft hätten. Immer mehr wird das von den Wählern als Notwendigkeit und Pflicht empfunden, aber auch in 1913 beteiligte sich doch noch kein Viertel aller Gemeindevähler Berlins an der Prüfung der Wählerliste. Bei einer allgemeinen Beteiligung hätten sich die Nachträge wohl auf einige tausend belaufen.

Die Stätte der Armut.

In der ersten Sitzung des Kuratoriums des Städtischen Obdachs nach den Ferien lag ein reichhaltiges Arbeitsmaterial vor. Darunter wieder einige recht betrübende Dinge, ohne die es, trotz aller Mühe, welche sich die Verwaltung gibt, nun einmal dort nicht abzugehen scheint. Die Beschwerden verlaufen, mit wenigen Ausnahmen, stets im Sande, weil bei den Untersuchungen keine eidlichen Vernehmungen stattfinden können.

So kommt es, daß fast immer nur dann die Wahrheit ermittelt werden kann, wenn zugleich ein Strafdelikt vorliegt und — dieses verfolgt wird. — Diesen Weg zu beschreiten, wird auch notwendig sein in der Angelegenheit einer entlassenen Wärterin, welche über die Behandlung von Wöchnerinnen, Mißhandlungen derselben im Wochenbett, geradezu grauenhafte Dinge berichtet. Unsere Genossen, die die Dinge zur Sprache brachten, verlangten, daß, wenn die Wahrheit nicht anders zu ermitteln sei, der strafrechtliche Weg gewählt werden müsse. Dementsprechend wurde beschlossen.

Auch hat das Ungeziefer, vor allem Wanzen, wieder in einzelnen

Sälen der nächtlichen Obdachlosen so überhandgenommen, daß schon Besucher des Obdachs von der Fahrt auf der elektrischen Bahn ausgeschlossen werden mußten. Wenn wir auch wissen, daß es schwer ist, das Ungeziefer in der Stätte der Armut ganz zu beseitigen, da es ja täglich wieder hineingeschleppt wird, so wäre es wohl möglich, dem Ueberhandnehmen vorzubeugen.

An Stelle des als Jugendpfleger gewählten Dr. Franke, welcher vor seinem Austritt aus familiären Rücksichten sein Amt niederlegte, wurde beschlossene wenn irgend möglich einen pensionierten Schulmann anzustellen. Zu diesem Zwecke wurden die beiden Herren Stadtschulräte um geeignete Vorschläge ersucht.

Für die Kasseher ist jetzt der täglich dreifache Schichtwechsel eingeführt und dadurch auch das Feinerzeit von unseren Genossen aus hygienischen Gründen so kritisierte Schlafzimmer der Kasseher beseitigt.

Im Arbeitshaus gelang es endlich, die Oberpfleger mit denen der Irrenanstalten gleichzustellen, da ihre Tätigkeit mit Rücksicht auf das hier laubende Menschenmaterial eher eine schwerere als leichtere ist.

Die Verkehrsdeputation beriet in ihrer gestrigen Sitzung den Vertrag mit der Stadtgemeinde Neukölln über die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn nach Neukölln; sie stimmte ihm in der vom Delegierten empfohlenen Fassung zu. Ferner genehmigte die Deputation das Projekt der Unterumleitung des Potsdamer Außenbahnhofs, das eine direkte Verbindung der Kurfürstendammstraße mit der Schöneberger und Rudowwalder Straße vorsieht. Die Deputation beschloß des weiteren, den Gemeindevorständen zu empfehlen, die Anlegung eines Bahnhofs der Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln auch an der Ecke der Stralauer und Neuen Friedrichstraße von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu verlangen und die Kosten, soweit aus diesem Anlaß eine Straßenverbreiterung notwendig wird, zu übernehmen. Zu Beginn der Sitzung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Geheimen Ratrat Ahlmann, der seit der Einsetzung der Verkehrsdeputation (1896) derselben als Mitglied angehört hatte, einen herzlichen Nachruf.

Zwei große Dachstuhlbrände

Beschäftigten die Feuerwehr in der letzten Nacht in der Schlemmerstraße 45 und in der Langestr. 16. An der ersten Stelle stand der Dachstuhl des Wohnhauses in Flammen. Es waren mehrere Löschzüge zu Hilfe geeilt, die das Feuer mit zwei Schlauchleitungen bekämpften. Die Rohrführer hatten anfangs aber einen schweren Stand, da sich eine starke Rauchentwicklung geltend machte. Der Dachstuhl ist fast vollständig niedergebrannt. Erst nach dreistündiger Tätigkeit konnte die Wehr den Brandplay wieder verlassen. Der Feuerwehrmann Rudolf ist an den Folgen der Raucheinatmung erkrankt und mußte in seine Wohnung gebracht werden. — Das Feuer Langestr. 16 wurde in der dritten Morgenstunde bemerkt. Hier brannte der Dachstuhl eines Fabrikgebäudes auf dem dritten Hofe. Die Flammen sprangen auch auf das Dachgeschoss eines angrenzenden Seitenflügels über und konnten erst nach längerem Wassergeben aus drei Rohren erloscht werden. Wegen starker Verqualmung mußte auch ein Rauchschutapparat in Benutzung genommen werden. Mit den Nachlösch- und Aufräumungsarbeiten hatten die Züge 5 und 7 bis gegen 7 Uhr morgens zu tun. Die Brandursache konnte in beiden Fällen nicht ermittelt werden. — Außerdem wurde die Wehr noch nach dem Parbenge Lande an der Andersenstraße im Norden Berlins gerufen. Hier standen mehrere Lauben in Flammen und die Situation war so bedrohlich, daß sofort mit zwei Rohren Wasser gegeben werden mußte. Hierdurch gelang es, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhindern.

Dachstuhlbrand in Charlottenburg. Ein größerer Dachstuhlbrand kam gestern abend kurz nach 7 Uhr in der Schillerstr. 76 zu Charlottenburg zum Ausbruch. Das Feuer hatte seinen Herd im Dachgeschoss des Quergebäudes und wurde von der Südwache der Charlottenburger Feuerwehr mit zwei Rohren bekämpft. Trotz kräftigen Wassergebens dauerte es doch über eine Stunde, ehe der Brand erloscht war. Der Dachstuhl ist fast vollständig vernichtet worden. Ueber die Ursache des Feuers konnte auch hier nichts ermittelt werden.

Ein vielseitiger Schwindler.

Der im Laufe des Sommers in Berlin und Vororten besonders Schauspielerinnen heimlichste, ist jetzt in Hamburg festgenommen worden. In Berlin trat im Sommer ein Mann auf, der sich „Schriftsteller Dr. Seeburg“ nannte. Er führte sich bei Schauspielerinnen und anderen Künstlerinnen mit der Behauptung ein, daß die Bilder der Damen in einer Jubiläumsausgabe einer illustrierten Zeitung veröffentlicht werden sollten. Bedingung sei, daß die Künstlerinnen für das Bild, das angefertigt würde, im voraus 13,00 M. zahlten. Nachdem er diesen Betrag ausstandslos erhalten, ließ er nichts mehr von sich hören. Inzwischen stellte die Polizei fest, daß „Dr. Seeburg“ unter dem Namen „Dr. Piller“ auch Heiratanzeigen erlassen und mehrere junge Mädchen um ihre Ersparnisse betrogen hatte. Bald darauf tauchte in Hamburg ein Mann auf, der sich „Architekt Vorping“ nannte und verriet, einen Juwelier um Schmuckfachen im Werte von 600 M. zu betrügen. Die Hamburger Polizei fand ein Bild des Verdächtigen nach Berlin und hier erkannte man, daß der Architekt mit der Persönlichkeit des „Dr. Seeburg“ und des „Dr. Piller“ identisch war. Die Hamburger Kriminalpolizei nahm „Vorping“ fest und es gelang jetzt, ihn als einen 33 Jahre alten Kerlchen Leopold John aus Wien zu entlarven. Der Verhaftete hat bereits in Brunn, wo er sich ebenfalls den Doktorittel belegte, Heiratschwindeleien betrieben.

Aus dem Ligensee gelandet wurde die Leiche eines Mädchens, das etwa 20 Jahre alt gewesen sein mag. Die Unbekannte, die wohl dem Mittelstande angehörte, ist etwa 1,65 Meter groß und kräftig gebaut. Sie trug einen schwarzen Samt, hellblaue seidene Bluse, schwarzen gestreiften Oberrock, zwei weiße Spitzenunterrocke, einen Vorkantunterrock, Spitzenhandschuhe, Spitzenhemd, schwarze Strümpfe, schwarz- und weißfarbige Strümpfbänder.

Leuchtfener für Luftfahrzeuge.

Auf dem Flugplatz Johanniskil findet am Sonnabend, den 27. d. M. von 6 Uhr abends ab der erste Vergleichsversuch zwischen verschiedenen für die Zwecke der Luftfahrt eingerichteten Leuchtfenern statt. Verschiedene Firmen werden mit ihren verschiedenen Leuchtfener-Systemen in Wettbewerb treten. Die Versuche werden dergestalt bewerkstelligt, daß auf hohen Punkten, z. B. dem Mägdelsturm, dem Rathaussturm in Berlin und anderen hochgelegenen Stellen Beobachter ihre Wahrnehmungen über die Vorzüge der einzelnen Systeme machen werden.

Ein schwerer Straffall

hat sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr an der Ecke der Zimmer- und Lindenstraße ereignet. Als dort der 6-jährige Willi Meier, der sich bei seinen Zimmerstraße 45 wohnenden Verwandten besuchweise aufhält, über den Fahrbaum laufen wollte, geriet er gegen einen herannahenden Postwagen, wurde umgerissen und überfahren. Der Kleine erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde, nachdem er auf der Unfallstation am Spittelmarkt einen Notverband erhalten

hatte, mittels Krankentransport des Feuerwehrs nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Der Zustand des bedauernswerten Kindes ist hoffnungslos.

Eine diebische Zigeunerin, die seit längerer Zeit in den westlichen Vororten bei Wesen trieb und zahlreiche Geschäftsleute besonders um erhebliche Beträge bestohlen hat, ist gestern verhaftet worden. Am Wahrscheinlich beobachtete ein Beamter, wie eine Zigeunerin von Geschäft zu Geschäft ging und überall eine Kleinigkeit kaufte und dann eiligst verschwand. Der Beamte stellte durch Nachfrage in mehreren Geschäften fest, daß die Zigeunerin, nachdem sie für 10 Pf. etwas gekauft hatte, der antwortenden Frau des Inhabers angeboten hatte zu verkaufen. Die Frauen waren auf diesen Trick hineingefallen und hatten der Wahrsagerin 10- und 20-Markstücke übergeben, mit denen die Zigeunerin dann schleunigst verschwand. Der Beamte verfolgte die Schwändlerin und nahm sie schließlich fest. Durch den Berliner Erkennungsdienst wurde die Zigeunerin als eine wohnungslose, 33-jährige Alma St. festgestellt, die schon seit längerer Zeit ihren Lebensunterhalt durch Diebstahl erwarb. In mehreren Fällen hat die St. auch Vandalenverbrechen und erhebliche Summen dabei erbeutet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dominikus die Neuwahl zum Propädeutanten an Stelle der unglücklichen Wählern vorgenommen. Von 54 gültigen Stimmen erhielt Stadtrat Harder 33, Bürgermeister Blankenslein 11 und 10 Stimmen erhielt Genosse Bernheim. Stadtrat Harder ist somit gewählt. — Nunmehr wird über die Anfrage der Liberalen Fraktion verhandelt. Vamberger (Lib.) hielt eine kurze Rede, in der er meinte, daß die Finanzlage der Stadt nicht schlecht wäre, im übrigen richte sich das Flugblatt der Neuen Liberalen Fraktion meistens gegen den Magistrat. — Oberbürgermeister Dominikus erklärte: Der Magistrat halte es für seine Pflicht, dem Wahlkampf fernzustehen. Wenn der Ruf der Stadt angetastet werde, dann müsse darauf gemacht und Unrichtigkeiten berichtigt werden. Die Finanzlage der Stadt siehe nicht schlecht da. Es sei nicht richtig, daß der Heberschuß sowie Reservefonds aufgebraucht ist. Im Gegenteil, diese Fonds belaufen sich auf 8 Millionen Mark. Auch der Vertrag mit dem Elektrizitätswerk Südwest sei für die Stadt äußerst vorteilhaft und bringe 15 Jahre früher da, was sonst später eintreffen würde. Der Etat sei vorsichtig aufgestellt worden, so daß selbst wirtschaftliche Rückschläge die Stadt nicht erheblich treffen würden. Die in dem Flugblatt der Liberalen Vereinigung aufgestellten Behauptungen seien unrichtig; der gute Ruf der Stadt selbst im Wahlkampf von jedem beachtet werden. — Meinhöcker (Lib. Frakt.) meinte, man müsse mit einem beschämenden Gefühl wahrnehmen, daß von Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei gegen Gleichgesinnte jetzt Flugblätter aufsteigen, die höchst unvorschriftlich seien. Das ganze Gerede der Liberalen Freunde ergebe sich in haltlosen Behauptungen. — Munk (Lib. Vereinig.) betonte, daß im Wahlkampf nur der Freisinn die Behörde zu Hilfe rufen könne. Für diesen Freisinn danke er. Mancher liberale Mann habe sich von diesem Freisinn schon abgekehrt, weil er keine Wirtschaftsweise nicht mitmachen könne. Keiner könne behaupten, daß die Finanzen der Stadt gute zu nennen seien. — Hammerer (Machowitzer) meinte, die angeblich verschwundenen Fonds seien aufgelöst und erscheinen an anderer Stelle wieder. Es sei richtig, daß der Heberschußfonds beinahe aufgebraucht, weil die Grundsteuer viel zu niedrig war, die Liberalen Vereinigung sei aber stets gegen die Erhöhung gewesen. Stadtrat Kay sagte: der Vertrag mit Südwest sei nur die Konsequenz der früheren Verträge gewesen, er bringe der Stadt großen Vorteil. Bei der Hebernahme des Werkes im Jahre 1928 wäre die Stadt verpflichtet, alle alten Maschinen und Kessel zum Anschaffungswert zu übernehmen. Die Kessel lägen in den Straßen anderer Gemeinden und es würde deren Herausnehmen ganz erhebliche Kosten verursachen. Im Jahre 1908 erhielt die Stadt 180 000 M. jährlich und jetzt über eine Million Mark, das sei ein nennenswerter Vorteil. Außerdem sei das Werk verpflichtet, wenn Berlin und Charlottenburg mit den Strompreisen heruntergehen das gleiche zu tun.

Genosse Bernheim erklärte, daß die Sozialdemokratie dem Kampf der beiden Brüder neutral gegenüber stehe. Wenn es sich jedoch darum handele, eine Gänzlichwirtschaft zu beseitigen, so seien die sozialdemokratischen Vertreter zur Stelle. Die in dem Flugblatt aufgestellten Behauptungen seien indessen nicht erwiesen worden. Die sozialdemokratische Fraktion hat dem Elektrizitätsvertrag zugestimmt, um der Allgemeinheit die Vorteile zugute kommen zu lassen. Wenn die Finanzlage bemängelt werde, dann habe die Regierung und das Oberverwaltungsgericht viel Schuld daran. — Die über zwei Stunden währende unfruchtbare Debatte wurde, nachdem noch Jozow (R. V.) und Vamberger (R. F.) gesprochen, abgebrochen. Der Magistrat unterbreitete hierauf eine Vorlage, in der beantragt wurde: die katholischen Waisenkinde, eheliche und außer ehelich geborene, in noch nicht schulpflichtigem Alter in Pflege und Leitung der Schwestern aus dem Orden des heiligen Dominikus zu übernehmen.

Genosse Hoffmann ersuchte, diese Vorlage abzulehnen. Schöneberg habe eine Generalvollmacht und die werde dafür sorgen, daß die Kinder eine angemessene Erziehung erhalten. Die Kinder dürfen nicht den Geistlichen und Nonnen ausgeliefert werden. — Es wurde beantragt, die Vorlage dem Staatsanwaltschaft zu überweisen, da auch Geldbewilligungen vorgesehen sind. — Demgemäß wurde beschlossen.

Wegen die Richtigkeit der Wählerliste war von sieben Wählern Einspruch erhoben worden; hiervon wurden sechs für begründet anerkannt. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Arbeiter sollte eine gemischte Deputation gewählt werden. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, diese Deputation durch zwei Bürgerdeputierte zu verstärken und diese aus den hiesigen Arbeitern zu entnehmen. Der Antrag wurde angenommen. Wegen die Wahl des Armenpflegers Missionar Dümmer wurde Einspruch erhoben. Nunmehr folgte eine geheime Sitzung.

Durch die alte Angewohnheit sich an den Wagen anhängen, ist der achtjährige Knabe Reichling aus der Grunewaldstraße zum Krüppel geworden. Derselbe hatte sich an einen Brauerwagen gehängt, beim Loslösen geriet er unter einen Straßenbahnwagen, der ihm den rechten Fuß abbrach. Der Verunglückte wurde sofort nach der Unfallstation in der Vorbergstraße und von hier mit dem Krankentransport nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Erweiterung des Stadtparks. Der Magistrat hat beschlossen, die geplante Erweiterung des Schöneberger Stadtparks im Anschluß an den zurzeit in der Ausführung begriffenen Wilmerdorfer Serpente alsbald in Angriff zu nehmen und hierfür die Stadtverordnetenversammlung die entsprechende Vorlage zu machen.

Nickensberg.

Die Schulaufsichtsbehörde hat abermals der Wahl eines Mitgliedes der Schuldeputation die Zustimmung verweigert. Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung bereits zweimal den Genossen Trauer fast einstimmig für durchaus würdig und befähigt gehalten, in der Schuldeputation tätig zu sein. Die Regierung konnte sich jedoch von ihrem reaktionären Standpunkt, wonach Sozialdemokraten unwürdig sind als Mitglieder der Volksschuldeputation zu fungieren, nicht freimachen und befähigte die Wahlen nicht, drohte vielmehr, im Falle einer nochmaligen Wahl Trauer, zu einer kommissarischen Besetzung des Amtes schreiten zu lassen. Daraufhin entschloß sich die Stadtverordnetenversammlung, wiederum mit beiderseitiger Mehrheit, den Genossen Trauer zu präsentieren. Aber auch er fand keine Gnade vor den Augen der Behörde. Diese schritt vielmehr kurzerhand zur Ernennung des Ratsherrnmeisters Fischer zum Deputierten. Was kümmert sie der dreimal deutlich ausgesprochenen Wille fast sämtlicher Stadtverordneten?

Daraufhin entschloß sich die Stadtverordnetenversammlung, wiederum mit beiderseitiger Mehrheit, den Genossen Trauer zu präsentieren. Aber auch er fand keine Gnade vor den Augen der Behörde. Diese schritt vielmehr kurzerhand zur Ernennung des Ratsherrnmeisters Fischer zum Deputierten. Was kümmert sie der dreimal deutlich ausgesprochenen Wille fast sämtlicher Stadtverordneten?

Was die städtische Selbstverwaltung? Hier zeigt sich wieder jener preussische Geist in seiner borniertesten Art.

Die ungeschickliche Behandlung der Wählerlisten, die wir bereits gekennzeichnet haben, geht aus folgender Aufstellung deutlich hervor: Die zugrundeliegende Gesamtstimmersumme beträgt 2 889 802,85 M. Auf die erste Abteilung entfallen davon 958 329,67 M., bei einem Höchstwertbetrag von 1 31 017,70 M., während der niedrigste Steuerbetrag 973,83 M. ausmacht. 177 Wähler nur haben das Recht, in dieser Abteilung zu wählen.

Auf die zweite Abteilung entfallen 953 190,50 M.. Hier ist der höchste Steuerbetrag 971,20 M. und der niedrigste 72 M. und es sind 6188 Wähler vorhanden.

Die 23 115 Wähler der dritten Abteilung, wo die Steuerbeträge zwischen 72 und 9 M. differieren, bringen insgesamt 958 182,68 auf.

Es ergibt sich also, daß die 177 Wähler der ersten Abteilung rund 35mal mehr Recht haben als die der zweiten und 130mal mehr als die der dritten Abteilung. Das Stimmengewicht der 6188 Wähler der zweiten Abteilung aber übertrifft das der dritten um fast das Vierfache.

Sehen wir uns aber die Wählerlisten daraufhin an, wie sie gestaltet sein würden, wenn sie den gesetzlichen Anforderungen entsprächen, dann ergibt sich etwa folgendes Bild:

Auszugelassen haben 10 Genossen, darunter der Eisenbahndienst, die Stadt Berlin und einige Gesellschaften mit einem Gesamtsteuerbetrag von 562 568 M., jetzt sämtlich der ersten Abteilung angehörend. Jede Abteilung würde dann 765 000 M. Steuern aufzubringen haben. Dadurch kämen 2803 Wähler, durchgängig 72 M. Steuerleistung angenommen, aus der dritten in die zweite Abteilung. Aus dieser aber würden, den durchschnittlichen Steuerlay ganz vorsichtig mit 500,— angenommen, rund 750 Wähler nach der ersten Abteilung aufzuziehen. Aus diesen Zahlen heraus erkennt man die ganze Ungeheuerlichkeit, die in dem ungeschicklichen Vorgehen des Magistrats liegt. Daß wir gegenüber einer derartigen bewußten Entrechtung der ohnehin durch das Hausbesitzerprivileg, gepaart mit der Dreiklassenhand, schwer benachteiligten Wählermassen scharfe Worte gebrauchen, mag alljährlichen Zimperlingen auf die Herzen fallen, ist aber dollauf berechtigt, denn der Magistrat und die hinter ihm stehenden Drahtzieher können gar keinen guten Glauben vorführen, weil die Kommentare zur Städteordnung mit unserer Auffassung übereinstimmen.

Wilmerdors.

Eine gemeinsame Versammlung aller am Orte befindlichen Arbeiter-Sportvereine findet heute Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Selke, Brandenburgische Straße 68, statt. Interessierten sowie Freunde des Arbeiterports sind herzlich willkommen.

Wannsee.

Die Uebergänge der Wannesebahn und Wehlaer Straße bei Köhlhosenbrück-Wannsee sollen eingezogen werden. Das ehemalige Bahlebet wird zur Straße ausgebaut. Die Chaussee von Wannsee wird dann durch das Bodmannsche Grundstück führen. Damit wird endlich ein großes Verkehrshindernis beseitigt. Kam es doch oft vor, daß man drei kurz hintereinanderliegende Uebergänge geschloffen fand, ebenso waren dieselben für die vielen auf dieser Chaussee verkehrenden Fuhrwerke eine Gefahr. Die neue Chaussee wird eine Kreuzung der Bahnstrecken überhaupt vermeiden. Es bleibt nun nur noch der Uebergang von Reubabelsberg nach Köhlhosenbrück bestehen.

Brig-Buckow.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde am Sonntag das neue Jugendheim in den hinteren Räumen von Bils, Ede Berder- und Jungiusstraße, eröffnet. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Musikvortrag des Reußener Jugendorchesters „Carmen“. Aldann legte der Vorsitzende des Jugendheimvereins, Genosse Farnow, in feiner Rede den Zweck des Jugendheims als Erziehungsstätte der Jugend dar. Die Feier, an der auch jugendliche Gäste aus Baumsehulentweg und Mariendorfer teilnahmen, verlief in würdiger Weise. Der Vorsitzende erludte zum Schluß, daß sich die Jugend am kommenden Donnerstag, dem ersten Vortragsabend, gleichfalls jährlich einfinden möge. In der Arbeiterzeitung ist es nun, die Hoffnungen, die die ältere Arbeiterkraft in sie legt, zu erfüllen und das Peim zu einer Sammelstelle der proletarischen Jugend zu gestalten.

Kaulsdorf.

Die Regelung der Schulgesundheitsstand diesmal als erster Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung der letzten Gemeindeversammlung. Zu diesem Zweck hatte der Dentist Herr Graudewitz eine Offerte unterbreitet, unter welchen Bedingungen er die Zahnspflege der hiesigen Schulkinder übernimmt. Er verlangt pro Kind und Jahr 25 Pfennig und verpflichtet sich, dafür zweimal im Jahre die Untersuchung der Zähne vorzunehmen. Und zwar geschieht dies in den Schulräumen, nachdem der Schulleiter drei Tage vorher davon benachrichtigt wird. Ueber die Frage, ob in Verbindung mit der Schulgesundheitspflege Merkblätter zur Statistik angelegt werden sollen, entstand eine rege Debatte. Entgegen der Ausführung eines bürgerlichen Vertreters trat Genosse Schmidt für die Zweckmäßigkeit dieser Merkblätter ein und widerlegte Punkt für Punkt, was von bürgerlicher Seite hiergegen ins Feld geführt war. — Die Kosten für die Behandlung erkrankter Zähne sind von den Eltern der Kinder zu tragen; nur dann tritt die Gemeinde dafür ein, wenn die Eltern infolge Armut nicht dazu imstande sind. Unser Vertreter ersuchte, dafür eine Norm zu schaffen, wer unter den vorgenannten Begriff fällt, wer eventuell berechtigt ist, die Hilfe der Gemeinde in Anspruch zu nehmen. Weiter bemerkte sich Genosse Schmidt entschieden dagegen, daß eine derartige Leistung als Armenunterstützung angedeutet werden könnte. Die Vertretung kam dem Ersuchen Schmidts nach. — Für die Zuflegung eines offenen Grabens in der Frankfurter Straße, die zirka 4000 Mark erfordert, erbot sich die Firma David Franke, die an jener Straße ihr Abfallgrundstück zu liegen hat, 1700 M. der Kosten zu tragen, wenn sie dafür das Recht erhält, ihre Abwässer in die zu verlegende Rohrleitung zu leiten. Genosse Schmidt bemerkte den geringen Betrag, und betonte, daß es dieser Millionenfirma wohl auf ein paar hundert Mark mehr nicht ankommen sollte. Auch hier fand er die bürgerliche Zustimmung. Da aber weitere Einzelheiten, zu denen sich die Firma verpflichtete, sehr dehnbar waren, wurde beschlossen, erst noch in Verhandlung mit der Firma zu treten und das Ergebnis der nächsten Sitzung vorzulegen. — Einem Antrage der hiesigen Sanitätskommission vom Roten Kreuz auf Ueberlassung der Turnhalle zu Uebungswägen für einmal im Monat wurde entsprochen. — Unter „Verschiedenes“ wurden zwei Ergänzungswahlen für die Grundverwahrkommmission erledigt. — Die letzte Sitzung bot wieder ein reiches Arbeitsfeld für unseren Vertreter und zeigte, wie schwer es für uns ist, unseren Forderungen und Anträgen den nötigen Nachdruck zu verleihen, wenn wir nur einen Vertreter im Dorparlament zu setzen haben. Jetzt dicke ich den Genossen, insolge einer Nachwahl in der 3. Klasse, Gelegenheit, ein neues Mandat zu erobern, wenn die Genossen bis zum Sonntag, den 5. Oktober, durch rege Agitation dafür sorgen, daß unser Kandidat den Sieg über die bürgerlichen und bauerlichen Bewerber erlangt. Heute abend findet in unserem Nachabendlokale Baby eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher die Aufstellung des Kandidaten sowie Verteilung der Wahlarbeiten erfolgt.

Spandau.

Zur aufgefunden wurde am Büchelborter Ufer der seit Dienstag voriger Woche vermisste Holzhändler Paul Meyer, der Wittwaber der Ruppelshändlerin F. B. Meyer Söhne. Zwei Männer aus Charlottenburg, die auf dem Stößensee eine Raubpartie unternahmen, saßen im Schiffe die Leiche eines Mannes. Die Leiche wurde am Land gebracht und der Leiche ein Vermerk von Meyer, der sich offenbar vergiftet hatte, festgestellt. Anscheinend sind geschäftliche Schwierigkeiten die Ursache der Tat gewesen.

Lettenburg, die auf dem Stößensee eine Raubpartie unternahmen, saßen im Schiffe die Leiche eines Mannes. Die Leiche wurde am Land gebracht und der Leiche ein Vermerk von Meyer, der sich offenbar vergiftet hatte, festgestellt. Anscheinend sind geschäftliche Schwierigkeiten die Ursache der Tat gewesen.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung verlas der stellvertretende Vorsitzende Budner ein Schreiben des Vorsitzers Haase, in dem dieser mitteilt, daß er kein Amt als Stadterordneter niederlegt. Der Magistrat empfahl Neuwahl zur allgemeinen Stadtverordnetenwahl. Die Jagd wurde an die Gebr. Samuel-Berlin zum Preise von 8600 M. verpachtet. Der bisherige Pächter, Jurekdirektor Albert Schumann hatte 2400 M. geboten und an demselben Tage hatte noch der Landtagsabgeordnete Dr. Liepmann das Angebot von 8600 M. gemacht.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung ein Geschenk eines Fräulein Hoppe in Höhe von 5000 M. an, das für ein Freizeit 3. Klasse im städtischen Krankenhaus bestimmt ist. — Zur Förderung der Ziele des Deutschen Reichsausschusses für olympische Spiele beantragte der Magistrat die Bewilligung eines jährlichen Beitrags von 50 M. Bewilligt wurde nur ein einmaliger Beitrag in dieser Höhe. — Die Stadt Potsdam hat ihre Beamten in der Brandenburgischen Witwen- und Waisenversorgung versichert. Weil diese Versicherung jetzt den Beitrag erhöht, hat die Stadt ein Versicherungstechnisches Gutachten darüber eingeholt, ob sie besser wegwartet, wenn sie einen eigenen Pensionsfonds einrichtet. Der Gutachter, dessen Honorar in Höhe von 500 M. bewilligt wurde, kommt zu dem Schluß, daß die Einrichtung eines eigenen Pensionsfonds für die Stadt teurer wird als die Erhöhung des Beitrages für die jetzige Versicherung. Die Versicherung bleibt also in der bisherigen Weise bestehen. — Für das Werner-Alfred-Bad, das voraussichtlich Anfang November eröffnet werden wird, ist ein Etat aufgestellt worden. Die Einnahmen werden jährlich auf 32 400 M. beziffert. Die Ausgaben sollen nochmals von einer Kommission geprüft werden. Sie wurden nur teilweise bewilligt. — Für das Bodensee wurde ein aus den Stadtverordneten Ringler, Gerber und Wille II bestehender Verwaltungsausschuß eingesetzt. — Ein großer patriotischer Klimbim soll am 18. Oktober anlässlich des 100-jährigen Lebensfestes der Stadt bei Leipzig in Potsdam stattfinden. Ein allgemeines Volksfest mit einem Umzuge der Schulen, Vereine usw. durch die Straßen ist geplant; auch ein großes Konzert in der Garnisonkirche. Es wurden hierzu 2800 M. bewilligt, welche Summe zum Teil durch den Verkauf von Einlaßkarten zum Konzert eingebracht werden soll. — Zum „Ehrenbürger“ der Stadt wurde in geheimer Sitzung der Oberhof- und Hausmarschall Graf August zu Tullenburg ernannt.

Die Stadtverordnetenwahlen finden in Potsdam in der Zeit vom 23. bis 29. November statt. Die dritte Abteilung wählt am 23. und 24. November. Gemählt wird in der dritten Abteilung in zwei Bezirken, doch sollen diesmal nicht wie früher nur zwei, sondern vier Lokale genannt werden, weil in den früheren Jahren der Andrang zu den einzelnen Lokalen zu groß gewesen ist. Wahllokale werden sein für den 1. Bezirk „Stadt Königberg“ und der Turnsaal am Neuen Markt, für den 2. Bezirk die Schulen in der Jäger- und Rauener Straße. Gemählt wird in der Zeit von 1—5 Uhr abends.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Kassier Pleitner als solcher wieder gewählt. Einer Magistratsvorlage, wonach für die zu errichtende Kumpstation der Kanalisation zwei Bienen im Betrage von 10 000 M. angekauft werden sollen, wurde zugestimmt. Bernau, das bisher nur sechs Stadtbezirke hatte, soll jetzt deren zehn erhalten. Ferner stimmte die Versammlung einer neuen Hundesteuerordnung zu, wonach der erste Hund eines Besitzers mit 10 M., der zweite mit 15 M., und der dritte und folgende Hund mit je 20 M. jährlich versteuert werden soll. Zwecks Begleichung verschiedener Ausgaben, wie Ränderankauf, Regulierung der Befolgsordnung usw., soll ein Darlehen von 40 000 M. ausgenommen werden, daselbst ist innerhalb eines Jahres zurückzahlen. Die Genossen wünschten und Krüger rügten die Steuerpolitik der Stadt und verlangten, daß die im Etat festgesetzten Beträge, z. B. beim Bautitel, ausschließlich dazu verwendet werden sollten; sobald die Beträge nicht aufgebraucht wurden, dürften davon andere Ausgaben nicht bestritten werden. Auch verlangten sie, daß für Ränderankäufe gleichfalls eine Position in den Etat eingesetzt werde, damit nicht aus anderen Titeln die Ausgaben hierfür gedeckt werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Adlershof. Donnerstag, den 25. September, nachmittags 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaale des Gemeindevorstandes I, Bismarckstr. 1.
Nickensberg. Donnerstag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaale, Wilmsdorferstraße 5.
Mariendorfer. Donnerstag, den 25. September, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaale, Kasserstraße.
Tempelhof. Donnerstag, den 25. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindevorstandszimmer, Dorfstr. 42.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Zentralverband des Fleischer (Ordnungsverwaltung Berlin). Freitag, den 26. September, abends 8 Uhr: Versammlung aller auf dem Schlachthof beschäftigten Fleischerangehörigen im „Althum“, Landsberger Allee 40/41.

frauen-Leseabende.

Mit-Glied. Heute Mittwoch, bei Kohnenbush, Rudower Str. 54. Genossin Siebel-Kaufmann referiert über: „Webel und die Frauenbewegung“.
Tempelhof. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Eder, Berlinstr. 27.

Briefkasten der Expedition.

Valentien in Berlin, auch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die nach Maßgabe des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, werden ihrem bisherigen Subskriptions wegen der Ueberweisung von Deutschland sofort ihre Adressen einreichen, da bei veränderter Bezeichnung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Briefe müssen jeden Monat neu eingepackt werden.

Wartypreise von Berlin am 22. September 1913. nach Ermittlungen des fgl. Holzgeschäfts. Weis (mitged), gute Sorte 17,00—17,30, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Reis (mitged), gute Sorte 14,50—15,30, Mittelsort 14,50—15,00, Schlechte 14,50—15,00. Weizen 30,00—30,00, Esbelsoboden weis 35,00—40,00. Weizen 35,00—40,00, Kartoffeln (mitgedl.) 5,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Stelle 1,70—2,40, Rindfleisch, Bauhoffleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,50—2,10, Rindfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,60—5,50, 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40, Hahn 1,40—2,30, Gander 1,30—3,30, Gans 1,40—2,90, Barch 0,90—2,40, Schleich 1,40—3,20, Fleisch 0,80—1,50, 60 Stück Karto 1,30—40,00.

Witterungsübericht vom 23. September 1913.

Stationen	Temperatur im Schatten	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Temperatur im Schatten	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Stettin	7,8	SE	3	bedeckt	Stettin	7,8	SE	3	bedeckt
Danzig	7,6	SE	3	bedeckt	Danzig	7,6	SE	3	bedeckt
Breslau	7,4	SE	3	bedeckt	Breslau	7,4	SE	3	bedeckt
Frankfurt	7,2	SE	3	bedeckt	Frankfurt	7,2	SE	3	bedeckt
Hamburg	7,0	SE	3	bedeckt	Hamburg	7,0	SE	3	bedeckt
Köln	6,8	SE	3	bedeckt	Köln	6,8	SE	3	bedeckt
München	6,6	SE	3	bedeckt	München	6,6	SE	3	bedeckt
Wien	6,4	SE	3	bedeckt	Wien	6,4	SE	3	bedeckt

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. September 1913. Nachts sehr kühl, am Tage wieder etwas wärmer, windig, stellenweise bewölkt, nordwestliche Winde; keine oder unbedeutende Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.